222. Ausgabe • 37. Jahrgang

München, Mittwoch, 31. Oktober 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27 4 60, 23 6 95. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20 6 47. Postscheckkonto: Franz Eher Nachf. G.m.b.H., München 11 3 46

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 1 500 000 000, auswärts M. 2 000 000 000. Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

F.M.J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Die marxistischen Reichsminister für Sowjetsachsen!

Tagesspiegel

Generalstreik in Sachsen als Protest gegen die Absetzung des Kabinetts Zeigner.

Der sächsische Reichskommissar Dr. Heinze erläßt eine Kundgebung.

Scharfer Protest der marxistischen Minister im Kabinett wegen des Vorgehens in Sachsen.

Reichsinnenminister Sollmann über die „bayerische Gefahr".

Kommunistisches Dynamitattentat gegen die Reichswehrkaserne in Schwerin.

Geht die „Große Koalition" aus dem Leim?

Sowjetsachsen als Spaltpilz

Die ganze innere Faulheit der „Großen Koalition" tritt nun, da die inneren Konflikte im Reich in ein Stadium getreten sind, wo sie nicht mehr abgeblasen werden können, in wünschenswerter Deutlichkeit zutage. Der Fluch der Kompromisse, auf Grund deren die schroffsten Weltanschauungs- und Parteigegensätze auf einen Generalnenner gebracht werden, beginnt sich nun auszutoben. Und das gerade bei denen, die diese „Große Koalition" geschaffen haben. Die „Einheitsfront" wendet sich gegen ihre eigenen Väter. Herr Stresemann, der einst das parlamentarisch-sozialistische System „ein Räubersystem gefährlichster parlamentarischer Parteipolitik" nannte, der dieses Raubsystem restlos weggefegt wissen wollte, muß es nun erleben, daß seine roten Ministerkollegen, mit denen er sich brüderlich zusammenfand, ihm ein „Bis hierher und nicht weiter!" zurufen. Die Aktion gegen Sachsen, die offensichtlich dazu dienen sollte, eine „rechtliche" Aktionsbasis gegen Bayern zu schaffen, hat sich nun offenbar bereits festgefahren. Die zur Kontrolle Stresemanns ins Kabinett gesetzten marxistischen Minister sind mit der „Heinze-Müller-Wirtschaft" in Sachsen offenbar nichts weniger als einverstanden, gab es doch in der letzten Kabinettssitzung einen Sturm im Wasserglas, über dessen Folgen vorerst noch peinlichstes Schweigen bewahrt wird. Allein, soviel steht offenbar fest, daß Sachsen wieder eine sozialistische Regierung unter Ausschaltung der Kommunisten bekommt. Herr Stresemann hätte damit kapituliert und erneut vor der Straße seinen Kotau gemacht. Nicht umsonst haben die „freien" Gewerkschaften sich für Sachsen erklärt, dieselben Gewerkschaften, die bei der Übernahme der Kanzlerschaft durch Stresemann es offen aussprachen, daß der neue Kanzler, wenn er überhaupt regierungsfähig bleiben wolle, den Willen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erfüllen müsse!

Demnach ist auch erklärlich, wenn letztere Herrn Stresemann entschieden abwinkt und darauf dringt, daß alles in Sachsen beim alten bleibt, und daß nur gegen das verhaßte Bayern vorgegangen wird, das die größte Gefahr für den Marxismus bildet und das, wie Herr Sollmann, so schön sich selbst kennzeichnend, erklärte, eine größere Gefahr bildet, als der sächsische Bolschewismus! Wenn es irgend etwas gibt, was unsere bisherige Stellung zu der Berliner Regierung rechtfertigt, so ist es die Entwicklung, die der Konflikt des Reichs mit Sachsen nimmt, und der sich allmählich zu einem politischen Skandal auszuwachsen beginnt. Hier kann nur reiner Tisch gemacht, mit eisernem Besen ausgekehrt werden, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll. Erst sollte Bayern Sachsen geopfert werden, als dies die gebührende Antwort fand, probierte es die Berliner Regierung mit Sachsen, um dann eine Rechtsgrundlage zum Vorgehen gegen Bayern zu haben. Aber auch hier scheint dem Herrn Stresemann, dem „Mann der ewigen Kompromisse", wie ein deutsch-volksparteiliches Organ seinen Parteigötzen treffend charakterisierte, das Konzept verdorben zu werden. Er steht nun vor der Wahl, sich erneut dem Marxismus mit Haut und Haaren zu verschreiben, und das heißt dann, das sächsische Rezept auf Bayern anzuwenden, oder aber mit Bayern dem Marxismus den Kampf anzusagen, wozu er sich aber nicht herbeilassen wird. Wir gehen darum nun offensichtlich der Austragung des Kampfes zwischen dem bewußten Deutschtum und dem jüdischen Marxismus, als dem Vollzugsorgan der Hochfinanz, entgegen. Wenn dieser Tag anbricht, dann soll er uns auf dem Platze finden!

Das vorläufige Ende der Regierung Zeigner

tu. **Dresden**, 30. Okt. Die ehemaligen Minister des Freistaates Sachsen verließen auf die an sie von Hauptmann Olbrich gerichtete Aufforderung das Ministerialgebäude. Lediglich der kommunistische Finanzminister Böttcher weigerte sich, das Gebäude zu verlassen und wurde darauf inmitten von zwei Reichswehrsoldaten unter Begleitung eines Offiziers aus dem Gebäude befördert — eine für die Masse bestimmte agitatorische Geste! An Stelle des bisherigen Finanzministers Böttcher wurde Ministerialdirektor Just, bisher Chef der zweiten Abteilung des Finanzministeriums, vom Reichskommissar mit der Führung der Geschäfte des Finanzministers betraut.

Besetzung von Ministerial- u. Landtagsgebäude

tu. **Dresden**, 30. Okt. Das Gebäude des Gesamtministeriums sowie das Finanzministerium, das Landtagsgebäude und das Telegraphenamt sind in den Nachtstunden von Reichswehrtruppen besetzt worden.

Kabinettssitzung, scharfer Protest der Sozialdemokraten

tu. **Berlin**, 30. Okt. Der „Vorwärts" berichtet:

Gestern abend um ½10 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, die bis gegen 11 Uhr dauerte.

Die sozialdemokratischen Minister gaben ihrer Entrüstung über die Dresdener „Heinze-Müller-Wirtschaft" schärfsten Ausdruck. Sie werden ihre weiteren Entscheidungen im Einverständnis mit den Parteiinstanzen treffen.

Unter diesen Umständen kommt der heutigen Sitzung des Fraktionsvorstandes und der morgigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine außerordentliche Bedeutung zu.

Reichswehrminister Dr. Geßler ist plötzlich erkrankt!!

Generalstreik in Sachsen

tu. **Dresden**, 30. Okt. **Von heute früh ab ist ein dreitägiger Generalstreik als Protest gegen die Absetzung des Kabinetts Zeigner für ganz Sachsen beschlossen worden. Der Generalstreik ist ausgerufen worden von der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei sowie von den Spitzengewerkschaften. An der Sitzung, die den Streik beschloß, nahmen auch die beiden kommunistischen Exminister Böttcher und Heckert teil.**

Vor der Entscheidung d. Sozialdemokraten

tu. **Berlin**, 30. Okt. **Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat gestern abend mehrere Führer der deutschvolksparteilichen Fraktion des preußischen Landtags zu Besprechungen empfangen, in der vermutlich im wesentlichen die Koalitionsfrage besprochen worden sein dürfte. Ab ½10 Uhr trat das Kabinett nochmals zu einer Sitzung zusammen, die bis in die späte Nacht dauerte.**

Ob die Mittwochsitzung der Sozialdemokraten bereits eine Entscheidung bringt, ist aus dem Grunde fraglich, weil dieser Beschluß vermutlich auch durch den Gang der Dinge in Bayern beeinflußt ist, und weil die entscheidende Kabinettssitzung in München erst am Donnerstag stattfindet.

tu. **Berlin**, 30. Okt. Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Montag zu dem jüngsten Vorgehen des Reichskanzlers gegen die sächsische Staatsregierung Stellung genommen. Der Parteivorstand hält das Vorgehen der Kommunisten in Dresden, die, gedeckt durch die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei, in Flugblättern zur Bewaffnung aufgefordert haben, für unerträglich mit den Interessen der Republik. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß nach dem Hamburger Kommunistenputsch und den Dresdener Vorgängen das Verbleiben von Kommunisten in der sächsischen Regierung unmöglich ist.

Trotzdem hält der Parteivorstand das Vorgehen des Kanzlers, der in Dresden einen Reichskommissar einsetzte und die verfassungsmäßig gebildete Regierung ausgeschaltet hat, nicht für gerechtfertigt. Außerdem hätte mit größerem Recht die bayerische Regierung ausgeschaltet und in München ein Reichskommissar eingesetzt werden müssen. Der Parteivorstand wird sich sofort um eine Entspannung der Situation in Sachsen bemühen. Er wird dann am Mittwoch gemeinsam mit der Reichstagsfraktion zu den zwischen dem Reich, Bayern und Sachsen bestehenden schweren Differenzen Stellung nehmen.

Vermutungen über die neue sächsische Regierung

tu. **Berlin**, 30. Okt. Der „Lokalanzeiger" berichtet: Gestern haben bereits Besprechungen der sozialistischen Parteiführer mit den sozialistischen Ministern stattgefunden. Die Gerüchte von einem bereits erfolgten Rücktritt der drei sozialistischen Reichsminister sind jedoch verfrüht. Die sozialistische Reichstagsfraktion wird erst am Mittwoch zusammentreten. Inzwischen ist eine Vermittlungsaktion im Gange. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischer und die sozialistischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dittmann sind bereits nach Dresden gefahren, um dort auf die Neubildung einer sächsischen Regierung beschleunigend einzuwirken. Man rechnet damit, daß im Augenblick wohl nur die Bildung einer rein sozialistischen Minderheitsregierung möglich ist, die sich dann später vielleicht in einer Koalition nach dem Muster des Reiches ausbauen könnte. In dem vorläufigen Kabinett würden vermutlich auch nicht alle Ministerposten besetzt. Die notwendige Landtagsmehrheit für ein sozialistisches Minderheitskabinett dürfte vermutlich in der Weise zustandekommen, daß eine bürgerliche Gruppe zum mindesten sich neutral erklären würde.

Versammlungsverbot in Sachsen

Dresden, 30. Okt. Das Wehrkreiskommando erließ gestern folgende Bekanntmachung: Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich. Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaat Sachsen bis zur anderweitigen Regelung verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen der in Ziffer 7 meiner Verordnung vom 27. September angeführten Strafandrohung.

Dresden, 29. Okt. 1923.

Der Militärbefehlshaber gez.: Müller.

Das Verbot des Landtagszusammentritts aufgehoben

tu. **Berlin**, 30. Okt. **Wie aus Dresden gemeldet wird, ist das Verbot des Landtagszusammentritts, das nur für die Zeit des Bestehens der Zeigner-Regierung Gültigkeit hatte, zurückgezogen worden.**

Eine Kundgebung des Reichskommissars für Sachsen

tu. **Dresden**, 30. Okt. Reichskommissar Dr. Heinze hat folgende Kundgebung erlassen:

An die sächsische Bevölkerung! Der Herr Reichspräsident hat auf Grund der Reichsverfassung, Artikel 48, Abs. 1, die bisherige sächsische Regierung ihres Amtes enthoben und mich als Reichskommissar bestellt.

Meine Hauptaufgabe ist, zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV die Ordnung und Sicherheit im Lande wieder herzustellen, Plünderungen zu verhüten, den Terror auf den Straßen und in den Betrieben zu brechen und damit die Rechtssicherheit zu schaffen, die die Voraussetzung für jede gedeihliche Arbeit ist. Meine Hauptsorge wird der Ernährung der Bevölkerung gelten. Mein Hauptziel wird sein, so rasch als möglich unter Zusammenfassung aller verfassungstreuen Kräfte die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fördern. Ich vertraue darauf, daß mich alle Gutgesinnten in der Erfüllung meiner schweren Aufgaben tatkräftig unterstützen. Von der Beamtenschaft erwarte ich, daß sie getreu ihren Verpflichtungen nachkommt. Beamte, die sich etwa ihrer Dienstpflicht entziehen werden, werden die Folgen ihrer Pflichtvergessenheit zu tragen haben.

Mit der Fortführung der Geschäfte in den einzelnen Ressorts sind bis zur Bildung einer neuen Regierung folgende Beamte betraut worden: Im Ministerium des Innern Ministerialdirektor a. D. Dr. Schmitt, im Finanzministerium Ministerialdirektor Dr. Just, Wirtschafts- und Arbeitsministerium Dr. von Hübel, Justizministerium: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Mansfeld, Ministerium für Volksbildung: Ministerialrat Dr. Wölker. Die Leitung der Staatskanzlei ist ihrem früheren Leiter, Ministerialdirektor Dr. Schulze, wieder übertragen worden.

Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen

gez.: Heinze.

Die Aufgaben des Reichskommissars für Sachsen

tu. **Berlin**, 30. Okt. Die Instruktionen, die der Reichskommissar Dr. Heinze erhalten hat, besagen:

1. Der Zweck der Verordnung über die Einsetzung eines Regierungskommissars ist die Wiederherstellung der Ordnung in Sachsen.
2. Mit dem verfassungsmäßigen Zustand ist die Teilnahme von kommunistischen Ministern an der Regierung unvereinbar, da deren Partei zu Gewalttätigkeiten auffordert.
3. Zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ist die Bildung einer neuen Regierung erforderlich, in der keine Kommunisten und hinter der die Mehrheit des Landes steht.
4. Solange diese neue Regierung nicht gebildet ist, gehen die Rechte der Regierung auf den Reichskommissar über.
5. Der Reichskommissar ist angewiesen, die Herstellung der neuen Regierung nach Möglichkeit zu unterstützen.

Personalveränderungen

tu. **Dresden**, 30. Okt. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist mit der Leitung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei der frühere Leiter dieser Stelle, Oberregierungsrat a. D., Oberstudiendirektor Professor Ernst Böhm, betraut worden. Oberregierungsrat Block, der bisherige Leiter, ist von dieser Stelle entfernt worden.

Die Streikparole in Sachsen

tu. **Dresden**, 30. Okt. Bis zur Stunde ist die Auswirkung der Streikparole in Sachsen praktisch noch nicht sichtbar geworden.

Der gestrige Beschluß der Freien Gewerkschaften und Spitzenorganisationen, für drei Tage einen Generalstreik eintreten zu lassen, wurde in Anwesenheit der sozialistischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dittmann gefaßt.

Bautzen, 30. Okt. Seit heute früh wird der Generalstreik in Bautzen durchgeführt. Sämtliche größeren Betriebe liegen still. Die Elektrizitäts- und Wasserversorgung ist eingestellt, auch die Zeitungen können nicht erscheinen.

Der Kampf um die Rheinlande

Duisburg, 30. Okt. Die Lage in Duisburg erfuhr gestern infolge der Haltung der belgischen Besatzungsbehörde eine Verschlechterung. Gestern nachmittag wurde der stellv. Oberbürgermeister Kind von den Separatisten verhaftet. Kind hatte die Bevölkerung in einer öffentlichen Bekanntmachung vor der Annahme gefälschten Notgeldes gewarnt, das die Separatisten herausgegeben. Duisburger Geschäftsleute, die sich geweigert hatten, das gefälschte Notgeld anzunehmen, wurden von den Separatisten mit vorgehaltener Pistole zur Annahme gezwungen. Die belgischen Patrouillen griffen gegenüber diesen Ereignissen nicht ein. Das Rathaus ist noch immer von den bewaffneten Separatisten besetzt. Es ist der Bevölkerung unmöglich, die Sonderbündler zu vertreiben, da auch gleichzeitig starke belgische Truppenabteilungen im Rathaus sich befinden und deutsche Gegenmaßnahmen zur Vertreibung der Sonderbündler als Angriff gegen die belgischen Truppen aufgefaßt werden können. Am Freitag wurde die Gewerkschaftsdelegation, die im Rathaus den belgischen Ortsdelegierten sprechen wollte, von den Sonderbündlern verhaftet. Die Sonderbündler bemächtigten sich der Uniformen der städtischen Polizei. Seitens der belgischen Kommandobehörde wurde den städtischen Behörden anheimgestellt, dafür zu sorgen, daß die städtischen Polizeibeamten zusammen mit den Sonderbündlern unter belgischem Kommando den Dienst wieder aufnehmen. Dabei wurde vorausgesetzt, daß die städtische Polizei nichts gegen die Sonderbündler unternimmt. Das Ansinnen wurde deutscherseits abgelehnt. In den letzten Tagen war aus allen Kreisen der Bevölkerung ein Selbstschutz gebildet, der den Schutz der öffentlichen Gebäude übernehmen sollte, der die Aufgabe hatte, die Rathäuser in Duisburg-Ruhrort, Duisburg-Meiderich, Duisburg-Böck vor dem Angriff der Separatisten zu schützen. Dieser Selbstschutz wurde gestern in Duisburg-Böck von den belgischen Truppen entwaffnet. Infolge des Verhaltens der belgischen Behörden vermögen sich die Separatisten in Duisburg noch zu halten. Die Schwierigkeiten steigern sich jedoch stündlich. Die Separatisten haben am Samstag ein Lebensmittellager, das dem Konsumverein gehört, gewaltsam geöffnet und Lebensmittel an die Arbeitslosen verteilt. Wie zuverlässig verlautet, wurden von den Separatisten auch belgisch-französische Militärkonserven verteilt.

Berlin, 30. Okt. Die aus allen Teilen des besetzten Gebietes bei der Regierung einlaufenden Nachrichten besagen, daß die eingesessene Bevölkerung der Rheinlande und des Ruhrgebietes dem hochverräterischen, von landfremden Elementen angezettelten Separatistenputsch, mit verschwindenden Ausnahmen, völlig ablehnend gegenübersteht. Der Separatistenputsch ist damit, trotz der gewaltsamen Inbesitznahme einiger öffentlicher Gebäude, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Mit bezahltem Gesindel läßt sich kein Staat gründen. Die verzweifelten Anstrengungen der Separatisten und ihrer Helfer, die Bevölkerung durch Einschüchterung und falsche Nachrichten zu beeinflussen, vermögen daran nichts zu ändern. Die Reichsregierung zollt der standhaften Haltung der Bevölkerung des besetzten Gebietes vollste Anerkennung. Sie weiß, daß die besetzten Gebiete sich durch nichts vom Vaterlande trennen lassen und ihm auch weiter die Treue halten werden. Der feste Rückhalt im Reiche und den Ländern ist und bleibt die stärkste Stütze in dem gerechten Kampfe der Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr für ihr Deutschtum und gegen die Verwelschung.

Die Beamten und der Hochverrat

tu. **Berlin**, 30. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Beamten dürfen unter keinen Umständen die Separatisten anerkennen. Treueverpflichtung, Unterordnung oder sachlicher Verkehr kann nicht in Frage kommen. Geldmittel dürfen ihnen nicht ausgehändigt werden und Kassenstellen, die irgendwie in die Hände der Separatisten gelangt sind, dürfen keine Mittel erhalten. Diese Instruktionen gelten für Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte gleichzeitig. Ein Verstoß dagegen zieht für die Beamten die schwersten Folgen nach sich. Anderseits ist nochmals ausdrücklich festgestellt worden, daß die Beamten für etwaige Folgen dieses Verhaltens gegenüber den Separatisten unbedingt sichergestellt werden.

Raubzüge der Hochverräter

tu. **Krefeld**, 30. Okt. Die Sonderbündler haben gestern 72 Billionen Mark Reichsgelder, die für die Reichsbank bestimmt waren, beschlagnahmt. Die Folge wird sein, daß die Arbeiter morgen nicht entlohnt werden können.

tu. **Mainz**, 30. Okt. Am Samstag versuchten bewaffnete Separatisten aus Rüsselsheim einen Angriff auf Bauschheim, von wo sie bereits am Mittwoch mit blutigen Köpfen heimgeschickt wurden. Zur Unterstützung hatten sie französische Kavallerie dabei. Die Feuerwehr, die alarmiert war, weil man schon auf Brandstiftungen vorbereitet war, wurde von den Franzosen angehalten und zurückgeschickt. Die Separatisten steckten mehrere Häuser in Brand. Unter französischem Schutz zogen sich die Separatisten nach Rüsselsheim zurück.

tu. **Mainz**, 30. Okt. In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben unter dem Schutze des Belagerungszustandes bewaffnete Separatisten einen Überfall auf die „Mainzer Tageszeitung" verübt und 9 Billionen geraubt. Außerdem wurden noch an einer anderen Stelle 12 Billionen geraubt. Die Stadt tritt mit der französischen Behörde wegen Schadenersatz in Unterhandlung, weil die Franzosen den Schutz der Stadt übernommen hatten.

Die vorläufige Niederlage d. Hochverräter

tu. **München-Gladbach**, 30. Okt. Die Lage im München-Gladbacher Bezirk ist, nachdem die verschiedenen Putsche zusammengebrochen sind, unverändert. Von den Ereignissen der letzten Zeit angewidert, haben zahlreiche frühere Freunde der Sonderbündler diesen den Rücken gekehrt.

Wirtschaftsbesprechungen an der Ruhr

tu. **Köln**, 30. Okt. Von Besprechungen zwischen berufenen Vertretern des Rheinlandes und der Rheinlandskommission in Koblenz liest man seit einigen Tagen in den Zeitungen. Die Nachrichten gehen fast alle in die Irre. Wahr ist, daß sich vorläufig noch ganz langsam Besprechungen — von Verhandlungen kann gar nicht die Rede sein — zwischen führenden rheinischen Persönlichkeiten und dem Präsidenten der Rheinlandskommission anbahnen.

Ein Dynamitanschlag?

tu. **Essen**, 30. Okt. Nach einer Mitteilung der französischen Besatzungsbehörde in Essen wurden in den Werkanlagen, die an die Büros der Kohlenkommission angrenzen, Pakete gefunden, in denen sich Sprengstoffe befanden, die mit Zündschnur verbunden waren.

Es wurde aus diesem Grunde die am 12. Oktober vom Kommandierenden General vorgesehene Strafmaßnahme um acht Tage verlängert.

Um die Sachverständigenkommission

tu. **Paris**, 30. Okt. In der auf heute nachmittag anberaumten Sitzung dürfte die Reparationskommission über die deutsche Note vom vergangenen Mittwoch noch keine Aussprache eröffnen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Antwort der englischen Regierung auf die französischen Vorschläge betreffend den Sachverständigenausschuß zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Man glaubt zu wissen, daß Barthou, der Präsident der Reparationskommission, sich gestern während einer längeren Unterredung mit dem englischen Delegierten Sir John Bradbury verständigt hat. Es ist überhaupt anzunehmen, daß, wenn es tatsächlich zur Bildung des Sachverständigenausschusses kommt, die Reparationskommission ihm die Aufgabe überlassen wird, die deutschen Vertreter in der Frage der Zahlungsfähigkeit zu hören. Bis zur Einberufung des Ausschusses wird eine Anhörung Deutschlands nach Auffassung hiesiger Kreise schwerlich zu erwarten sein. Bradbury wird auch in den Sachverständigenausschuß eintreten. Als französischer Kandidat kommt Seydoux in Frage.

Die Fragen der englischen Regierung an Poincaré

tu. **London**, 30. Okt. Das englische Kabinett hat gestern nahezu volle 2½ Stunden über den Text der französischen Antwort in der Frage des Sachverständigenausschusses beraten. Das Kabinett hat beschlossen, von Poincaré nähere Auskünfte zu erbitten, und zwar glaubt man, daß folgende drei Fragen an den französischen Ministerpräsidenten gerichtet werden:

1. Zu welchem Datum kann der Sachverständigenausschuß seine Arbeiten beginnen?
2. Welche Mächte werden beauftragt, Sachverständige zu diesem Ausschuß zu stellen?
3. Auf welche Weise werden die Sachverständigen von den verschiedenen Regierungen ernannt werden.

Englische Kabinettssitzung

tu. **London**, 30. Okt. Das Kabinett hielt gestern eine längere Sitzung ab, in der die Antwort auf die Vorschläge Frankreichs und der anderen alliierten Mächte für die erneute Prüfung des Reparationsproblems unter Amerikas Beteiligung beraten wurde. Lord Courzon hat gestern morgen die Antworten der Alliierten, Großbritanniens, der Reichskonferenz übermittelt, und die Premiers der Dominions haben ihre Ansichten über den gegenwärtigen Stand der Lage bekanntgegeben. Die Meinungen, wie sie in der Presse vertreten werden, scheinen geteilt zu sein. In einigen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Vorschläge durch Poincarés Einwände so entwertet worden sind, daß sie fast zwecklos sind, dagegen hält man es in anderen Kreisen immer möglich, daß die Untersuchung einen gewissen Erfolg haben könnte. Aus diesem Grunde werden sie vorgenommen. Die britische Regierung hat in ihrem Wunsche, einen Fortschritt zu erzielen, die Erhaltung der Vereinigten Staaten zur Reparationskommission berücksichtigen müssen, und ebenso die Weigerung Amerikas, an irgendeiner Konferenz teilzunehmen, ohne daß es von den europäischen Alliierten eine Einladung erhält, die einstimmige Annahme fand. Auf der anderen Seite bleibt jedoch die Weigerung Frankreichs, die Einladung an Amerika zu unterzeichnen, bestehen, da es durch die Teilnahme Amerikas eine Einschränkung der Befugnisse der Repko befürchtet.

„Deutsches" Reich

Reichsminister Sollmann in den Fußstapfen Zeigners

Köln, 29. Okt. Der Reichsminister des Innern, Sollmann, stellte der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" einen Artikel zur Verfügung, worin es u. a. heißt: Seit Samstag ist die innerdeutsche Krise, die sich seit Monaten hinschleppt, in einen entscheidenden Abschnitt eingetreten. Sowohl in Bayern als in Sachsen sind die Verhältnisse untragbar geworden. In beiden Ländern sind Strömungen mächtig, wahrscheinlich übermächtig, die einem Konflikt mit dem Reiche nicht aus dem Wege gehen wollen. Obwohl die sozialdemokratischen Reichsminister natürlich genau wissen, daß alle überzeugten Republikaner die schwerbewaffnete Reaktion in Bayern für weit gefährlicher halten als die gewaltig schwadronierenden Kommunisten in Sachsen (der Landesverräter Zeigner macht Schule!), obwohl des Reiches Ohnmacht in München peinlich in Erscheinung tritt, haben die sozialdemokratischen Reichsminister eine entscheidende Klärung der politischen Zustände in Sachsen wie in Bayern verlangt. Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, daß beide Länder ungleich behandelt würden, so liegt die Ursache in zwingenden Tatsachen, über die man als Minister im Augenblick sich öffentlich nicht äußern kann. Nun aber ist durch Überreichung der Verbalnote des Reichskanzlers in München gegenüber Bayern eine klare Linie geschaffen. (Das heißt also, was der „Bayrische Kurier" ausdrücklich auch im Namen der Regierung Knilling bestreitet, daß auch die Note nach München ein Ultimatum darstellte!) Ein Dauerzustand von Verfassungswidrigkeiten zwischen dem Reiche und den Ländern würde ohne sozialdemokratische Minister ertragen werden müssen. Bayern hat nun das Wort und seine Entscheidung kann eine Bedeutung haben, die Brücken schlägt oder Abgründe aufreißt. Wir müssen der Möglichkeit, daß die Gegenrevolution von Bayern her nach Norddeutschland vorgetragen wird und möglicherweise dem weißen Terror klar ins Auge schauen. In solcher Stunde könnte eine feste republikanische Regierung in Sachsen ein mächtiges Bollwerk für die Verfassung sein. Die kommunistischen Führer in Sachsen, denen viele Arbeiter ahnungslos folgen, kompromittieren die ganze Sozialdemokratie. Ihnen allein ist es zu danken, daß der Reichswehreinmarsch in Sachsen nicht mehr zu verhindern war. Jedem Bündnisgedanken hohnsprechend ziehen die kommunistischen Minister durchs Land und fordern zum bewaffneten Kampf gegen Reichsregierung und Reichsgewalt auf. Wenn die fortschrittlich und freiheitlich denkenden Teile des Bürgertums und die Intelligenz nicht in die Reihen der Reaktion getrieben werden sollen, müssen sich unsere sächsischen Genossen von den unmöglichen kommunistischen Kampfgenossen trennen.

Wertbeständige Lohnauszahlungen

Berlin, 30. Okt. In Besprechungen im Reichsarbeitsministerium, die zwischen den beteiligten Reichsressorts und Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde festgestellt, daß in der kommenden Woche nur ein geringer Bruchteil der Gehälter wertbeständig ausbezahlt werden könne. Der Übergang zur vollen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Die wertbeständigen Zahlungsmittel bedürfen eines erhöhten Schutzes gegen Fälschungen und unterliegen in ihrer Herstellung gewissen Beschränkungen. Die Verteilung der wertbeständigen Lohnzahlungsmittel soll auf die einzelnen Berufs- und Erwerbszweige möglichst gleichmäßig erfolgen. Die Besprechung über Goldmarklöhne soll auf Wunsch der Gewerkschaften am 31. Oktober fortgesetzt werden.

Havenstein beurlaubt

tu. **Berlin**, 30. Okt. Wie der „Reichsanzeiger" meldet, ist der Präsident der Reichsbankdirektion, Havenstein, gestern in Urlaub abgereist.

Das „christliche und nationale" Ungarn

II.

R. **Budapest**, 27. Okt.

Mit ganz geringer Mühe könnte man feststellen, daß das heutige Ungarn, welches in diesem Jahre über 4000 Waggon Getreide in die Schweiz ausführte, durch Mehrproduktion und Unterstützung der kleinen Landwirte in der Lage wäre, einen zweimal so großen Getreideexport zu ermöglichen, und nicht gezwungen gewesen wäre, eine Auslandsanleihe in Anspruch zu nehmen. Ich möchte mir hier nur zwei Bemerkungen erlauben. Die ungarischen Papierbanknoten werden nicht in Ungarn, sondern in der Notendruckerei der Firma Orel und Füßli in Zürich erzeugt. Die Noten hätten gewiß auch in Budapest gedruckt werden können, sie sind weder künstlerisch noch ist ihr Papier außergewöhnlich. Geschmackloser würde sie keine ungarische Provinzdruckerei hergestellt haben; allerdings würden sie aber dann den Vorzug gehabt haben, billig zu sein, denn die in Zürich fabrizierten, mit Schweizer Franken bezahlten Banknoten kosten dem ungarischen Staat beinahe soviel als ihr Nennwert ist. Was die Anleihe anbelangt, kommt mir das Vorgehen der ungarischen Regierung vor, wie das eines Magnaten, dessen Güter überlastet sind und der Geld nötig hat, der aber statt zu arbeiten den leichteren Weg wählt und Kredite in Anspruch nimmt. Man bedenke wohl, daß Ungarn einen Auslandskredit von 600 Millionen Goldkronen sucht, um mit diesem Gelde den Wert der Papierkrone zu heben und die ungarische Wirtschaft „in Ordnung" zu bringen. Der Anleihebetrag ist so lächerlich klein, daß man sich unwillkürlich fragen muß, was wohl die ungarische Regierung mit ihm zuerst beginnen wird? Sehr ernste und maßgebende Kreise sind der Meinung, daß man mit Sparmaßnahmen eine solche Summe hätte erübrigen können. Seit einem Jahre reisen ungarische Minister im Auslande herum, Fachkonferenzen finden statt; Graf Bethlen, der Außen- und Finanzminister weilen mit einigen Experten wochenlang in der Schweiz und in Frankreich, zahlen ihre Hotelrechnungen in Goldfranken. Die Vertretungen im Auslande verschlingen eine Unmenge von Gold, die Mitgliedschaft des Völkerbundes kostet Ungarn 200 000 Goldfranken, die Spesen der ungarischen Vertreter an den verschiedenen internationalen Kongressen in Stockholm, Prag, Dem Haag, Washington, Madrid, Nürnberg usw. betragen große Summen in Gold. Sparsamkeit und vernünftige Wirtschaft würde Ungarn in die Lage versetzen, innerhalb eines Jahres einen größeren Betrag als die Auslandsanleihe zu ersparen. Das Beispiel Österreichs hat indessen die Köpfe der führenden Staatsmänner Ungarns verwirrt, das Zauberwort „Auslandshilfe" hat eine derart große Anziehungskraft ausgeübt, daß man sich schließlich daran gewöhnte, zu glauben, daß nur die Auslandsanleihe ein Land wirklich glücklich machen könne.

Ich will mich indessen nicht weiter mit diesem Problem befassen, denn es ist schließlich die Aufgabe der ungarischen Regierung, anderseits aber ist ja die Anleihe eine fest beschlossene Tatsache. Ungarn bekommt die Anleihe, Graf Bethlen hat sein Ziel erreicht, denn seine Herrschaft wurde durch das Gelingen der Anleihe gefestigt. Was waren jedoch die Bedingungen dieser famosen Anleihe, und welche in- und außenpolitischen Folgen werden sie zeitigen?

Das tschechische Blatt „Slovensky Dennik" vom 10. Okt. erzählt, daß die Außenminister der kleinen Entente die Bedingungen der Anleihe veröffentlichen wollten, daß sie aber auf dringenden Wunsch des ungarischen Ministerpräsidenten davon Abstand genommen hätten, denn Bethlen erklärte, er müsse erst für die Publikation den Boden in Ungarn vorbereiten. Falls die kleine Entente das Genfer Abkommen veröffentliche, sagte Graf Bethlen, dann könnte er nicht auf seinem Posten bleiben und der völkische Abgeordnete Gömbös würde die Macht übernehmen. Die ungarische Öffentlichkeit erfuhr und erfährt denn auch vorläufig nicht die Bedingungen, d. h. Bethlen veröffentlicht nicht das Genfer Abkommen, sondern erfüllt die Bedingungen innerpolitischer Natur.

Der offizielle „Budapesti Közlöny" vom 24. Okt. veröffentlicht eine Regierungsverordnung, der zufolge die öffentlichen und Staatsbeamten nicht Mitglieder gewisser Organisationen und vaterländischer Vereine sein dürfen. Diese Regierungsverordnung ist in erster Linie gegen den „Verein der Erwachenden Ungarn" und gegen die sonstigen christlichen, vaterländischen Vereine gerichtet.

Bis zur Revolution bestanden in Ungarn keine Abwehr-Organisationen, sie waren auch teilweise überflüssig, denn der Staat sicherte jedem Bürger sein Hab und Gut, die Freiheit ist ebenfalls ein ganz anderer Begriff gewesen, man mußte sich nicht bewaffnen, um das nackte Leben zu sichern. Die Revolution brachte mit sich notwendigerweise die Abwehrorganisationen, wie es auch der „Verein der Erwachenden Ungarn" war. Die sog. „christlich-nationalen" Regierungen konnten sich nur dadurch gegenüber den radikalen marxistischen und jüdischen Organisationen behaupten, daß ihnen nationale Verbände zur Verfügung standen. Wäre der „Verein der Erwachenden Ungarn" nicht gewesen, dann hätte das „christliche Regime" nicht einmal drei Monate bestehen können. Wie sehr die ungarische Regierung auf diese völkische Organisation angewiesen gewesen war, beweist der Umstand, daß die verschiedenen Regierungen, Bethlen inbegriffen, die Übergriffe einzelner Gruppen des Vereines stillschweigend deckten. Insbesonders Graf Bethlen, der nun dem Verein den Gnadenstoß geben möchte, bediente sich der Macht dieser Organisation. Mit ihrer Hilfe führte er die berüchtigte Schlacht bei Budaörs gegen den König Karl von Ungarn. Damals waren ihm die Erwachenden Ungarn gut, sie verkörperten den nationalen Geist. Auch anläßlich der letzten Wahlen stützte sich Bethlen auf die „Erwachenden", ebenso wie er den von diesen geführten Insurgentenkrieg in Westungarn billigte und unterstützte. Die „Erwachenden Ungarn" wurden bei jeder Gelegenheit, wo es sich darum

handelte, das Vaterland zu verteidigen, gerne herangezogen. Ihre von nationalem Geist durchdrungene Organisation hat sehr viel dazu beigetragen, daß der christliche Mittelstand, das Beamtentum sich, soweit es möglich war, moralisch und wirtschaftlich erholte.

In den Augen der Kleinen Entente war der „Verein der Erwachenden Ungarn" eben deshalb immer ein Dorn. Er verkörperte auch die Idee der Landesintegrität, den Geist der nationalen Ehre. Nun opfert Graf Bethlen diese Organisation gegen den zweifelhaften Wert der Auslandsanleihe, welche nur dem ungarischen Judentum zugute kommen wird, auf. Bethlen handelt niemals offen, auch jetzt löst er nicht den Verein mit einem Dekret, wozu er die Macht hätte, auf, sondern verbietet den Staatsbeamten, Mitglied des Vereines zu sein, was zwar auf dasselbe ausgeht, da jeder Beamte Mitglied des Vereines ist. Eine Pikanterie an der Sache ist, daß das Staatsoberhaupt Ungarns, Admiral Nicolaus von Horthy, Ehrenpräsident des Vereines ist. Den Staatsangestellten wird somit verboten, Mitglied einer Körperschaft zu sein, an deren Spitze der Reichsverweser steht. Der „Verein der Erwachenden Ungarn" ist mehr als ein Verein, er ist eine Phalanx gegen den Radikalismus von links, ein Gegengewicht des bösen Geistes im Staate. Solange er die Regierung unterstützte, wurde er von Regierungen gefördert, jetzt aber, wo er sich gegen die unchristliche und antinationale Politik der jetzigen Regierung stellt, möchte ihn Bethlen vernichten, und zwar um so lieber, als dies die Kleine Entente in Genf als Bedingung für den zu gewährenden Kredit stellte. Ob Bethlen sein Ziel erreichen wird, ist eine andere Frage. Er kann zwar die Beamten zum Austritt aus dem Verein zwingen, nicht aber den Leuten ihre Überzeugung nehmen. Die Beamten werden gezwungen, Heuchler zu werden und sich unterirdischen Organisationen anzuschließen.

Ein zweiter verhängnisvoller Schritt des Grafen Bethlen war, daß er den Freimaurern Ungarns die Aufnahme ihrer Tätigkeit gestattet. Vor zwei Jahren wurden die Logen in Ungarn geschlossen, der Staat beschlagnahmte ihr Vermögen, bei welcher Gelegenheit schwer belastendes Material in die Hände der Regierung fiel. Die ungarische Regierung ließ zwei wertvolle Bücher über das verräterische Werk der ungarländischen Logen veröffentlichen, hat aber den öffentlichen Prozeß gegen diese aus außenpolitischen Gründen unterlassen. Das Hauptgebäude der Freimaurer wurde dem nationalen Verein „Move" übergeben, und jetzt sind bereits Schritte unternommen worden, um das Palais den Freimaurern, die ihre Tätigkeit zwar im geheimen fortsetzen, zurückzugeben. Herr Masaryk und Herr Benesch, die hohe Würdenträger der Loge sind, stellten auch diese Bedingung, die Bethlen um so bereitwilliger erfüllt, als sie auch eine Bedingung des ungarischen Judentums und jener Finanzgruppe war, welche Ungarn den Auslandskredit vermitteln will.

Im Vorworte des vom Regierungskommissar Adrian Barcsay geschriebenen Werkes: „Die Sünden des Freimaurertums" sagt Karl Wolff: „Welch satanisches Werk die ungarischen Freimaurer, beginnend mit der Verstaatlichung der konfessionellen Schulen, des Zivilehegesetzes, des allgemeinen und geheimen Wahlrechtes, des Pazifismus, der Volks- und Räterepublik verrichteten, wie sie Ungarn in die Katastrophe stürzten und den Weltkrieg vorbereiteten, beweisen deutlich die vorgefundenen Arbeitstabellen." Und nun ermöglicht der „christliche und nationale" Ministerpräsident Ungarns, Graf Stephan Bethlen, die Arbeit dieser Sekte. Er öffnet die Türen der verderblichen Logen zur gleichen Zeit, da er die vaterländischen Vereine vernichtet. Dies alles, um einen Kredit von 600 Millionen Goldkronen zu erlangen und die Macht zu behalten...

Kommunistisches Attentat

tu. **Schwerin,** 30. Okt. Gegen die Infanteriekaserne in Schwerin ist ein anscheinend kommunistischer Anschlag verübt worden. Neben dem Tor explodierte eine Sprengladung, wodurch in der Kaserne und Umgebung etwa 350 Fensterscheiben zerbrochen wurden. Die Täter konnten in der Dunkelheit entkommen. Da in der Kaserne eine Reichswehrabteilung untergebracht war, die gerade abtransportiert werden sollte, nimmt man an, daß der Anschlag dieser Abteilung gegolten hat. Der Transport erlitt jedoch keinen Aufschub.

Der Fall Anspach vor Gericht

tu. **Berlin,** 30. Okt. Vor der Strafkammer des Landgerichtes I begann heute der Prozeß gegen den viel genannten Dr. Anspach, der bekanntlich den Franzosen gefälschte Dokumente geliefert hat. Auf Antrag des Staatsanwaltes wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung von Staatsgeheimnissen ausgeschlossen.

Noch ein Küstriner Prozeß

tu. **Kottbus,** 30. Okt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte gestern das außerordentliche Gericht wegen der Küstriner Vorgänge gegen die Kaufleute Riebe aus Hohenziehen und Renke aus Stettin, Buchbinder Beer, Berlin, und Friseur Wölker aus Stettin. Die Anklage lautete auf Hochverrat. Das Gericht sprach die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

In der Verhandlung gegen den Feldwebel Wursta sprach das Gericht den Angeklagten des Hochverrates schuldig und verurteilte ihn zu 1 Jahr Festungshaft. Wursta war von Schutzpolizeibeamten als Führer eines Lastkraftwagens auf der Döberitzer Heerstraße festgenommen worden. Man fand bei ihm einen Besetzungsplan für das preußische Ministerium des Innern.

Die Geldgeber der Marxisten

In der sozialdemokratischen Mannheimer „Volksstimme" vom 26. Oktober 1923 findet sich folgende Notiz:

Für das Hilfswerk der Erwerbslosen gingen bei uns ein: 50 Milliarden Mark **von einem Ostjuden,** 10 Milliarden Mark **von einem Ostjuden,** 50 Milliarden Mark **von einem Ostjuden.** — Für den **Wahlfonds der badischen Partei ebenfalls von zwei Ostjuden je 10 Milliarden Mark.** Wir danken den Spendern und bitten um eifrige Nachahmung.

Die Ostjuden merken allmählich, daß das deutsche Volk sich langsam seiner Peiniger zu erwehren beginnt. Zwar denkt man in Baden noch nicht daran, das etwas sehr zaghafte Vorgehen Bayerns in der Ostjudenfrage sich zum Vorbild zu nehmen, aber immerhin halten es die obigen Herrschaften für angebracht, sich ihre Schutztruppe mittels offen zur Schau getragener „Wohltätigkeit" zu sichern. Und die deutschen Arbeiter lassen sich von diesem Geschmeiß an der Nase herumführen, schlagen sich gegenseitig den Schädel ein und merken nicht, daß sie nur das Mittel zum Zweck sind.

Ein Bild von Hochverrat und Deutschtum

Koblenz, 25. Okt.

Letzten Montag früh um 8 Uhr marschierten die Separatisten, zirka 50—80 Mann stark, vom Hauptbahnhof kommend, vor das Polizeipräsidium. Da jedoch einige Polizeibeamte mit einem Kommissar an der Spitze vor dem Eingang standen und aus vollem Halse über die paar traurigen Kreaturen lachten, so zogen die grünweißroten Herrschaften vor das Stadthaus, begleitet von einer großen Menschenmenge. Im Stadthaus war die Feuerwehr aufgestellt und die Hydranten waren klar zum Gefecht. Die Separatisten machten weiter keinen Versuch einzudringen, aber sie wurden langsam von der Menge in eine Ecke gedrängt. Da muß wohl einer der Sonderbündler es mit der Angst bekommen haben, denn er schoß einem der Umstehenden durch die Brust — und das war das Signal zum Einhauen. Wäre nicht die deutsche Polizei eingeschritten, so hätte die Menge die Separatisten zerrissen. Auf jeden Fall bekamen sie fürchterliche Prügel, wurden von der Polizei entwaffnet, und 16 Mann, die nicht entkommen waren, wurden gefangen abgeführt. Sie mußten dann abends auf Befehl der Franzosen freigelassen werden. Nun sammelten die Sonderbündler sich wieder im Bahnhof und erwarteten Verstärkungen. Der Dienstagmorgen verlief ruhig. Die Franzosen schienen sich nicht einmischen zu wollen und haben sich im großen und ganzen ziemlich anständig benommen.

Gegen 3 Uhr drang ein deutsches Polizeikommando in die Bahnhofsrestauration ein und entwaffnete die Sonderbündler, die sich dort stärkten. Der ganze Bahnhof war im übrigen durch französische Gendarmen abgesperrt.

Als die deutsche Polizei wieder weg war, setzten sich die Sonderbündler, nunmehr ohne Waffen, in Marsch auf das Schloß, in welchem gegenwärtig die Regierung untergebracht ist. Dieser Marsch gelang ihnen nur deshalb, weil vor ihnen her französische Gendarmen und hinter ihnen französische Kavallerie die Menge immer wieder zersprengte.

Im Schloß sperrten die Separatisten die Regierungsbeamten ein und hißten die grünweißrote Fahne. Die Erregung in der Menge wuchs immer mehr an. Da erschien wieder die deutsche Polizei und hielt zuerst die „Ordnung" unter den Massen aufrecht. Inzwischen fanden anscheinend Verhandlungen mit den Franzosen statt, bis diese so gegen 6 Uhr nichts mehr gegen das Einschreiten der Polizei hatten. Dieselbe ging nun, geführt von Kommissar Steinmann, gegen das Schloß vor, und eins, zwei, drei ergaben sich die Sonderbündler bedingungslos. Nun wehte aber noch der Schandfetzen oben, und ein Polizeibeamter kletterte auf dem Dach des Schlosses die sehr hohe Fahnenstange empor, da anscheinend der Zugmechanismus nicht mehr funktionierte. Die Menge unten harrte gespannt, wie der kühne Mann langsam, vom Mondlicht beschienen, emporkletterte, und als er die Fahne herunterriß, da setzte ein endloses Hurra ein; „Deutschland, Deutschland über alles", „Die Wacht am Rhein" und einige hier längst verbotene Marschlieder wurde ngesungen. Die gefangenen Sonderbündler wurden, von französischer Kavallerie eskortiert, nach dem Bahnhof gebracht, aber vom Schloß aus bildete sich ein endloser Zug, der unter Absingen von vaterländischen Liedern nach dem Stadthaus marschierte. Dort hielt Oberbürgermeister Russel eine Ansprache, die darin gipfelte, daß wir uns niemals von unserem deutschen Vaterlande trennen werden. Dann marschierte der ganze Zug zum Deutschen Eck, zum alten Kaiser Wilhelm I., und nachdem diesem gehuldigt war, marschierte die Menge unter Gesang durch die ganze Stadt. Gegen 9 Uhr verlief sich dann alles, weil die Franzosen den Belagerungszustand verhängten. Die Sonderbündler werden wohl nicht so bald wieder hier auftreten. Aber das größte Lob gebührt der Polizei, die sich hier schon oft bewährt hat und in welcher keine Spur von Marxismus zu finden ist.

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat Oktober 400 Millionen Mark. Streifbandbezugsgebühr im Ausland für Oktober: Österreich 30000 Kr., Ungarn 12000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika ¾ Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Wer ist der Verräter Matthes?

Der schuftigste Kerl und die schuftigste Sache der Gegenwart haben sich nun glücklich zusammengefunden: Joseph Matthes hat sich zum Ministerpräsidenten der rheinischen Republik gemacht. Sein Lebensbild darf der deutschen Öffentlichkeit nicht einen Tag länger vorenthalten werden, es ist zu bezeichnend. Bei wem nur kann ein solcher Schurke in die Schule gegangen sein? Nur bei Judas Ischariot, durch dessen sämtliche politische Parteien er sich hindurchgemausert hat. Dabei hat er es in der Kunst des Hetzens, Verleumdens und Ehrabschneidens zu einer Vollendung gebracht, durch die er Israels größten Meistern im Lügen, den Harden, Jakobson, Fechenbach, Eisner nahekommt, und vor der jeder rechte Deutsche vogelfrei und unsere Juristen machtlos waren. Er begann um 1910 bei dem Aschaffenburger Demokratenblatt Frankfurter Färbung. Er bildete sich darin aus, mit dem kulturellen Gehalt der Demokratie (Kampf gegen den „Gewissenszwang" in Staat, Kirche und Schule) den niedrigen Trieben der Menge zu schmeicheln, vor allem auch als Apostel der freien Liebe, was ihm Geldquelle und ideales Mäntelchen zugleich war für seinen eigenen schweinemäßigen Lebenswandel. Als vielfacher Ehebrecher und gewissenloser Verführer junger Mädchen marschiert er in der Lokalgeschichte mehrerer bayerischer Städte an der Spitze. Gegen Ende des Krieges stellte er sich auf die Ideale des Gandorfer-Wutzlhoferschen Bauernbundes um, als Redakteur in Passau und wußte — als kraftstrotzender Dreißigjähriger — durch hurrapatriotische Kaiserverhimmelung die Heeresersatzkommission merkwürdigerweise immer wieder von seiner „Unabkömmlichkeit" zu überzeugen bis zum Novemberverrat, nach welchem er als mehrheitssozialistischer Redakteur wieder in Aschaffenburg zwei Jahre lang alles Völkische und Deutsche durch die Gosse zog. In ganz Deutschland erregte er Abscheu durch sein Vorgehen gegen den hochverdienten Oberbürgermeister Dr. Matt, dem er an die Ehre ging, immer nach dem satanischen Rezept: „hundertmal die gleichen, frei erfundenen Lügen wiederholen, in einer Form, welche das armselige römische Recht nicht fassen kann; einmal wird dann doch was hängenbleiben". Selbstverständlich war der Schandbube verabscheut wie die Pest, aber auch gefürchtet wie die Pest. Dunkle Machenschaften mit Parteigeldern — nach Art Radek-Sobelsohns — bewirkten, daß der Lebenskünstler von den Mehrheitlern als ehrlos ausgestoßen werden mußte! Ein kurzes Gastspiel bei den Kommunisten und dann bei der Frankfurter „Fackel", einem Skandal- und Verleumderblatt, wie es nur auf dem Boden Deutsch-Jerusalems gedeihen kann, gaben dem Schurken den letzten Schliff. Inzwischen war beim Schwurgericht Würzburg Dr. Matt aus dem Beleidigungsprozeß fleckenlos hervorgegangen, Matthes aber zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Nun kam zwangsläufig der letzte Schritt dieses konsequenten Judenschülers: die Flucht in den Schutz der Franzosen.

Man tröste sich nicht mit der Hoffnung, daß die Herrschaft eines solchen Verbrechers nach kurzer Dauer an sich selbst zugrundegehen müsse. Matthes ist ein hochbegabter, tatkräftiger, durch und durch menschenkundiger Realpolitiker, der den von jeder Aufklärung abgeschlossenen Rheinländern mit seiner talmudischen Dialektik die Schurkerei der Abtrennung als heilige Tat aufsuggerieren wird.

Stern-Northcliffe hat im Weltkrieg mit seiner moralischen Offensive eine gute Sache zu Fall gebracht. Herr Stresemann — und falls der es für „untunlich findet —, dann Herr von Kahr, her mit der moralischen Offensive im In- und Ausland gegen die schlechte Sache des Matthes! Die „rheinische-Republik" muß erledigt werden durch die moralische und physische Erledigung des Schurken an ihrer Spitze.

Italien und Deutschland

(Von unserem ständigen Berichterstatter.)

Rom, 24. Okt.

Die italienische Presse beschäftigt sich ohne Ausnahme in spaltenlangen Artikeln mit der katastrophalen Lage Deutschlands, die immer bedrohlicher würde, das Gleichgewicht Europas mehr und mehr zu erschüttern drohe und die Hegemonie Frankreichs immer mehr in den Vordergrund schöbe, was Italien nicht gleichgültig lassen könnte und zu einer klaren Stellungnahme zwänge.

„L'Idea nazionale" schreibt, daß Italien Gewehr bei Fuß stehe und dank des Marsches nach Rom genug nationale Kraft besitze, sich auch von einer Hegemonie auf dem Kontinent nicht den Weg sperren zu lassen. Der „Corriere Italiano" vom 23. d. M. schreibt in einem Artikel mit der Überschrift „Vigilanza" (Wachsamkeit), daß man nicht mehr blind der Wirklichkeit gegenüberstehen dürfe, da Frankreich offenkundig die Auflösung Deutschlands betreibe; große Interessen stünden auf dem Spiel, und die Wachsamkeit der Regierung und der öffentlichen Meinung müßten heute auf ihrem Posten sein.

Und das Blatt der Ex-Combattenti (der alten Frontkämpfer, eine der stärksten Organisationen Italiens), „l'Epoca", schreibt wörtlich unter der Spitzmarke „Incognite":

„Keines der heutigen Ereignisse kann richtig beurteilt werden, wenn man es nicht zu dem Kampfe zwischen Frankreich, England und Deutschland im Ruhrgebiet in Beziehung bringt. Wir haben unserer Ansicht schon seit langem in klarer und bestimmter Form Ausdruck verliehen: Frankreich besitzt ausreichende Mittel, um seine Hegemoniepläne in die Tat umzusetzen, und es ist der französischen Regierung schon gelungen, alle möglichen Gegner zu neutralisieren. Heute sprechen die Pariser Blätter bereits von Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland und versuchen es, diese Drohung mit der Behauptung zu rechtfertigen, als bereiteten die militärischen Kreise Deutschlands den Revanchekrieg vor. Welch eine blutige Ironie! Das deutsche Volk waffenlos, verarmt und entkräftet, während Frankreich im Zentrum Europas mit einer Armee von einer Million Soldaten sein Lager aufschlägt, wobei ihm noch weitere Heere von Söldnern und Vasallen im Osten zur Verfügung stehen. Aber heute sind die Ziele des Herrn Poincaré offenkundig. Die Zerreißung der deutschen Einheit ist nach unserer Ansicht die allerschwerste Verletzung des Vertrages von Versailles, die man sich denken kann. Der Vertrag gründet sich durchaus auf die Voraussetzung, daß die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands unangetastet bleibe. Die Einheit Deutschlands wurde verbürgt durch ein Schriftstück, das die Unterschriften der Vertreter aller am Kriege beteiligten Mächte trägt, und hat die Wahrung der Interssen nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller derjenigen Völker im Auge, die durch eine Veränderung des europäischen Gleichgewichts geschädigt würden, und also vor allem unseres Volkes. Zum großen Glück hat Mussolini schon wiederholte Male erklärt, daß er unter keinen Umständen zugeben werde, daß jenes Gleichgewicht zugunsten eines oder des anderen Alliierten gestört werde. Das ist die einzige Hoffnung, die wir haben in dieser Stunde sorgenvollen Ausblicks in die dunkle Zukunft." Das ist deutlich.

Der offiziöse „Corriere Italiano" vom 24. Oktober schreibt in einem Leitartikel nach der Meldung der Erklärung der rheinischen Republik, daß Italien eine von der Entente unabhängige Politik unterhalten und die Anlehnung an die kleinen Staaten suchen müsse, die außerhalb der Entente stünden, da Italiens Interessen in bezug auf die Reparationszahlungen wohl mit Frankreich gemeinsam seien, aber Italien ebensowenig wie England die Zerteilung Deutschlands dulden könne.

Auch wegen des Ausschlusses Italiens von der Tanger-Konferenz greift teilweise die italienische Presse Frankreich heftig an. Tanger wurde bekanntlich durch die Algeciras-Akte im Jahre 1905 internationalisiert; nachdem nun Deutschland durch den Versailler Schandfrieden aller seiner Rechte in Tanger verlustig ging, glaubten England, Frankreich und Spanien die Tangerfrage von neuem aufrollen zu müssen, deren Neuregelung in einer inzwischen auf den 27. d. M. verschobenen Konferenz dieser drei Mächte besprochen werden sollte. Italien verlangte seine Teilnahme an dieser Konferenz, die, von Spanien unterstützt, aber von England und besonders Frankreich glatt abgelehnt wurde. Besonders der „Corriere Italiano" bekämpft in einem Leitartikel vom 21. d. M. die französische These und sagt, daß bei dem Korfu-Zwischenfall die Leitung des Orchesters Lord Curzon anvertraut wurde, während wir uns in der Tangeraffäre besonders bei Herrn Poincaré zu bedanken haben. Uns bleibt nichts anderes übrig, sagt das Blatt weiter, als davon Notiz zu nehmen. Es ist klar, daß wir nicht mit Gewalt unseren Eintritt erzwingen können, wo uns deutlich zu verstehen gegeben wurde, wie unerwünscht unsere Anwesenheit ist. Ein Faktum bliebe jedoch bestehen: der von unserer Regierung und der öffentlichen Meinung fest ausgesprochene Wille, künftig nicht mehr ohne Protest dem Ausschluß Italiens bei der Erörterung der Probleme des Mittelmeeres zuzusehen und nicht mehr stillschweigend die Regierung seiner hervorragenden Stellung in diesem Meer hinzunehmen. Der Artikel beschäftigt sich weiter mit den italienischen Kompatrioten in Tunis und sagt: Heute sehen wir uns ausgeschlossen von Tanger und wissen nicht einmal, mit welchen Mitteln wir das Minimum der Rechte unserer Landsleute in Tunis retten können, die von dem Damoklesschwert der neuen französischen Gesetze bedroht sind, in demselben Tunis, das uns Clemenceau einst 1914 anbot."

Tief steckt der italienische Stiefel im Mittelmeer, aber er kann keinen rechten Boden fassen am anderen Ufer, da der französische Tiger mit seinem jüdischen Manager schon auf dem besten und größten Teil Nordafrikas seine Neger dressiert. Ähnlich wie Deutschland mußte Italien Millionen seiner Landsleute in die weite Welt hinausschicken; annähernd 400 000 Italiener leben allein in Buenos-Aires und fast eine Million in Neuyork; die Kolonialfrage ist also genau so wie für Deutschland eine Lebensfrage auch für Italien, das mit Deutschland noch manche anderen Interessen teilt.

Rom, 25. Oktober.

Herr von Kahr gab dem Sonderberichterstatter des „Corriere Italiano" ein längeres Interview, und es ist interessant, das italienische Urteil über den „Diktator" zu lesen. Der „Corriere Italiano" schreibt am 21. Oktober:

„Die Diktatur von Kahr ist ein wenig sonderbar, da die politische Macht in vielem in den Händen der bayerischen Minister geblieben ist, die fortfahren, ihre Funktionen auszuüben.

Von Kahr macht in physischer Hinsicht durchaus nicht den Eindruck eines Diktators: klein von Gestalt, vierschrötig und eckig, ohne irgendwelche Feierlichkeit, Kleidung sehr schlicht, eher bürgerlich, wenn nicht bürokratisch. Er ist nicht der Mann politischer Finessen, obwohl er Ministerpräsident gewesen ist und Kommissar in der Pfalz während des Kommunistenaufstandes an der Ruhr.

Physisch und moralisch ist er eine viereckige Figur und durch seine fast bäuerliche Steifheit schimmert eine gesunde, gute, konservative Gesinnung hindurch. Die Nationalsozialisten werfen Kahr vor, ein alter, überlebter Bürokrat zu sein, was er bewiesen hätte, als er als Ministerpräsident den Befehl von Berlin zur Auflösung der Einwohnerwehren gebilligt und 1921 die Aufhebung des Ausnahmezustandes gegen die Sozialdemokraten verschuldet hätte. Von Kahr drückt aber tatsächlich einen eisernen Willen aus, jedoch — passiv. Hitler könne man einem edlen Rennpferd, das nur Sprünge und Schnelligkeit ist, vergleichen, Herrn von Kahr aber einem großen, schweren nordischen Pferd, das große Lasten trägt und langsam aber sicher seinen Weg geht. Im übrigen sind Kahr und Hitler keine Gegner, sondern eher zwei Konkurrenten. Es sei gut möglich, daß zwei Konkurrenten dahin gelangen, sich entweder die Knochen entzwei zu schlagen oder auch in perfekter Übereinstimmung zusammenzuarbeiten. In diesem Falle scheint die zweite Möglichkeit die wahrscheinlichste, um so mehr, da bei dem gänzlich verschiedenen Temperament der beiden Männer der eine den anderen ergänzt."

Im Verlauf des Interviews antwortete Herr von Kahr auf die Frage, wie seine Beziehungen zu Hitler wären, wie folgt:

„Wir sind durchaus keine Feinde; wir haben beide dasselbe Ziel, nur sind unsere Methoden verschieden. Hitler ist ein Demagoge im besten Sinne des Wortes, und eine Persönlichkeit, die absolut das Gute will. Aber ich meine, daß nicht immer außerordentliche Methoden notwendig sind, auch in außergewöhnlichen Zeiten können wir oft normale Maßnahmen gebrauchen. Meine Politik ist energisch, aber ruhig, ich will mit Ruhe vorgehen, ohne Hysterie."

Herr von Knilling antwortete im Verlaufe eines Interviews, des demselben Berichterstatter gewährt und im „Corriere Italiano" am 18. Oktober veröffentlicht wurde, auf die Frage, was er von der nationalsozialistischen Bewegung halte, **„nach einem rätselhaften verkniffenen Lächeln"**, wie der Korrespondent schreibt, folgendes: „Man muß machen, was man kann, nicht das, was man will. Sehen Sie, die nationalsozialistische Bewegung hat einen explosiven Charakter. Und wie alle Bewegungen dieser Art löst sich ihre innere Fähigkeit mit der Zeit in Nichts auf. Die Nationalsozialisten berauschen sich zu sehr an Phrasen, aber auch diese wissen wohl, daß man heute achtgeben muß. Im übrigen sind unsere Ziele dieselben. Die große Differenz liegt in den Methoden. (Dasselbe haben die Nationalisten vor dem Marsch nach Rom von den Fascisten gesagt. Die Methoden der Fascisten, sehr verehrter Herr von Knilling, haben aber Italien gerettet, während die Ihren zwangsläufig, ob Sie wollen oder nicht, zur Trennung Bayerns vom Reich führen müssen. Anm. des römischen Berichterstatters). Meine höchste Aufgabe ist jetzt, den Bürgerkrieg zu vermeiden. Wenn die Reichswehr und die Polizei gegen die Nationalsozialisten geschickt werden müßte, so wären die Sozialdemokraten die einzigsten, die daran eine Freude hätten." Soweit Herr von Knilling. Amen!!

Zur Neuordnung des Fascismus

Die begonnene Neuordnung der fascistischen Partei wird fortgesetzt und ist es besonders das Zeitungswesen, dem zur Zeit große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der große Rat hat bestimmt, daß jede Provinz nur eine Parteizeitung, die täglich erscheint, haben solle, damit eine Zersplitterung der Kräfte vermieden wird. Als amtliche Parteiorgane sind jetzt 44 Wochenzeitungen anerkannt worden, zwei Blätter, die zweimal wöchentlich erscheinen, eines, das dreimal jede Woche herauskommt, und 12 Tageszeitungen. Ferner gehören der Partei sieben Blätter für die Jugendbewegung, sieben Zeitungen im Ausland, darunter eine in Berlin, und zwei in den italienischen Kolonien. Außerdem bestehen drei gutgeleitete Zeitschriften, welche die Vertiefung und Ausarbeitung des fascistischen Gedankens und die Behandlung innen- und außenpolitischer Fragen im allgemeinen sich zur Aufgabe gesetzt haben. Es sind dies die „Gerarchia" in Mailand, die „Critica Fascista" in Rom und die „Polemica" in Neapel.

Zu erwähnen ist auch der neue „Hierarchische Aufbau" der Staatsbeamtenschaft, welchen der Ministerrat am 11. Oktober vorgenommen hat. In neun Punkten ist eine Einteilung der Staatsbeamten in drei Kategorien mit 13 Klassen vorgenommen worden, welche ungefähr der Abstufung im Heere in 11 Grade vom Unterleutnant bis zum General entspricht. Kriegsteilnehmer, -beschädigte und -hinterbliebene werden bei der Anstellung im Staatsdienst besonders berücksichtigt. Eine Auswahl verdienter Beamter für die höheren Stellen soll stattfinden können, auch wenn sie die nötige Zahl von Dienstjahren noch nicht erreicht haben. Eine Gehaltserhöhung soll schon in kurzer Zeit eingeführt werden, zudem ist eine Neuregelung der Pensionen beschlossen worden.

Mit militärischen Fragen befaßt sich die „Fiamma Nera" in einer Entgegnung des Kommandanten der Arditimanöver, die kürzlich in Bologna stattfanden, Majors Feguglia, auf eine Kritik des „Resto di Carlino" an dem von der Heeresleitung bei den jüngsten Manövern im Wippachtale erprobten neuen Bataillonstyp. Major Freguglia verteidigt die neue Bataillonsart, welche auf je 24 Mann ein Maschinengewehr kommen läßt, so daß sich eine Zahl von 28 Maschinengewehren bei einer Bataillonsstärke von 690 Mann ergibt, damit, daß während des Krieges das deutsche Bataillon die beste Kampfeinheit dargestellt habe und Italien sich nur dann für kommende Kriege hinreichend rüsten könne, wenn es das deutsche Bataillon noch überträfe durch eine bis ins kleinste durchgeführte Einzelausbildung eines jeden Soldaten.

Nachdem der verleumderische Angriff der „Vossischen Zeitung" auf die Nationalsozialisten durch Herrn Lüdecke richtiggestellt worden ist, bringen italienische Zeitungen weiter kurze Nachrichten über unsere Partei, und der Neapeler „Mattino" veröffentlichte ein Lichtbild Hitlers in voller Figur. Die Feierlichkeiten anläßlich des Jahrestages der fascistischen „Revolution" haben mit einer großen Kundgebung in Turin am 24. ihren Anfang genommen. Mussolini wurde im

„Kameraden! Nachdem wir eine beschwerliche Kampagne mit Ehren bestanden, den Ruhm der alten preußischen Disziplin von neuem bewährt und uns dadurch die Achtung von Freund und Feind erworben haben, gehen wir jetzt einem heiligen Kampf entgegen; denn es gilt die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, es gilt, ob wir Preußen bleiben, oder ob wir die schmählichen Fesseln eines wütenden Eroberers tragen sollen. Wir wollen uns den Kampf nicht leicht vorstellen, wir sehen aber die Möglichkeit, ihn ganz und glücklich auszukämpfen; wir wollen daher fest und entschlossen auf Gott und unsern Mut vertrauen und entweder siegen oder ehrenvoll untergehn."

Am 16. März 1813 erließ General York diesen Tagesbefehl an seine Truppen.

Das deutsche Volksmärchen

Seine Weissagung und Erfüllung.
Vortrag von Dr. Georg Schott.
„Der Wolf und die sieben Geißlein."
(Schluß.)

An diesem Zweifel, an dieser gesunden Kritik (wir wollen sie im Gegensatz zu der lebenzerstörenden die lebensnotwendige heißen) hat es unserer Zeit im Unterschied von der alten Zeit gefehlt. Man braucht wahrlich nicht auf dem Standpunkt zu stehen, daß früher alles gut war und daß heute alles verkehrt ist. Aber in diesem Punkt ist die heutige Zeit gegenüber der vergangenen im Nachteil. Die gesunde Kritik ist ihr abhanden gekommen. Kritizismus besitzt sie genug, mehr als genug. Der ist ihr richtig angezüchtet worden, damit sie das Entschwinden der lebenfördernden Kritik nicht merke. Genau so wie ihr Moralismus an Stelle von Moral, Religiosität an Stelle von Religion angezüchtet worden ist. Jetzt steht sie fassungslos: voller Kritiksucht, in absoluter Unfähigkeit in der Frage „gut und böse" die richtige, gesunde Unterscheidung zu treffen.

So gelingt es dem Verführer aufs leichteste, einzudringen. Mit einem kühnen Satz ist er mitten drin.

Der Wolf unter den Geißlein, eines nach dem andern zerreißend und hinunterwürgend: es gibt kein treffenderes Bild für das, was wir eben heute erleben als dies: der scharfbewehrte Feind in einem Haufen wehrloser Opfer wütend. Man wende das Bild an, auf welche Gebiete man will, auf Politik, auf Wirtschaft, auf Religion: überall stimmt es. Überall dieselbe Erscheinung: der Wolf in mörderischer Gier das Blut seiner Opfer trinkend. So und nicht anders ist es.

„Die Geißlein erschraken und wollten sich verstecken... Aber der Wolf fand sie alle."

Ist es nicht unsere ganze todtraurige Geschichte, die wir hier lesen, der Wolf, der in das Heiligtum, das sich unser Volk gebaut, in seine Wohnstätte eindringt: der den Tisch, den Altar des Hauses, zertrümmert, um den sich die ganze Familie gesammelt, an dem all die großen herrlichen Werke unserer Kunst und Wissenschaft und des guten, ehrlichen Handwerks geschaffen wurden; von dem aus der Vater und die Mutter den Kindern Speise und Trank für den Körper und Nahrung für die Seele gereicht; der die Küche durchstöbert; der das ganze Wirtschaftsleben zugrunde richtet; der den Ofen umstürzt, der die behagliche Wärme ausströmt und den Hauszauber vollenden hilft; der den Schrank erbricht, den Berger des sauer erworbenen Spargutes; der die Waschschüssel zerschlägt; denn Sauberkeit und Ordnung sind ihm ein Greuel; der das Bett durchwühlt, die Stätte der erquickenden Ruhe und Erneuerung der Kraft. Ist es nicht wie eine Vorherverkündigung dessen, was gekommen ist und was sich erfüllt hat bis ins Letzte? Entrechtet, verstoßen, zum Haus hinausgeworfen: so steht sie da, die Tochter unseres Volkes. Nun kann sie sehen, wo sie unterkommt.

Endlich kommt die Mutter nach Hause und sieht den Greuel der Verwüstung, das Entsetzliche, was geschehen ist. Da fängt sie zu weinen an, daß es einen Stein erbarmen möchte.

Es ist etwas Erschütterndes um die Klage der Seele eines Volkstums. Das ist etwas ganz anderes, als das Weinen der vielen einzelnen, die mehr oder weniger doch nur über Verluste trauern, die sie erlitten haben, und die sich alsbald trösten würden, wenn ihnen diese Verluste irgendwie ersetzt werden könnten. Es ist das Leid der Urmutter des Volkes, deren tiefster Seelenschmerz es ist, daß ihre Kinder, ihr Allerheiligstes, ihren Instinkt verloren haben für das, was ihnen eingeboren ist, für ihre Urwahrheit, für ihr Lebensgesetz. Und es ist nichts so ergreifend, als Menschen zu erleben, in denen die Seele unseres Volkes heute lebendig, Fleisch und Blut geworden ist, die, vom Leben in eine harte, schwere Aufgabe hineingestellt, wirken und schaffen und predigen müssen, ohne mit der Wimper zu zucken; welche die letzten, die allerletzten Möglichkeiten erkunden und mit scharfem Geiste erspähen müssen und die zu Hause im stillen Kämmerlein, da keiner es sieht, vor übergroßem Weh oft fast zusammenbrechen möchten. Es gibt ein Wort in der Bibel, in dem dieses tiefste Leid seinen Ausdruck gefunden hat wie selten wieder in menschlicher Sprache. Es steht im Buch Jeremia Kap. 8 am Schluß: „Was mag mich in meinem Jammer erquicken? Mein Herz in mir ist krank. Mich jammert herzlich, daß mein Volk so verderbt ist. Ist denn keine Salbe oder ist kein Arzt nicht da? Warum ist denn die Tochter meines Volkes nicht geheilt? Ach, daß ich Wasser genug hätte in meinem Haupte, und meine Augen Tränenquellen wären, daß ich Tag und Nacht beweinen möchte die Erschlagenen in meinem Volk." Was hier spricht, das ist nicht mehr der gewöhnliche sentimentalische Schmerz, wie man ihn so häufig bei Menschen trifft, die durch schwere Verluste in Trauer versetzt sind. Das ist ein Leid, unendlich viel tiefer als jene Bitternis. Es ist das Weinen der Urmutter des Volkes um die Seele ihres Kindes.

Wir kehren zurück zu unserer Geschichte. Die Mutter kommt heim. Ringsum Verwüstung, Zerstörung. Alles Leben ist erstorben. Nur in der Ecke dort läßt sich ein feines Stimmlein vernehmen, aus dem Uhrkasten. Die Alte öffnet. Da kommt ihr das Jüngste entgegengesprungen und erzählt die ganze traurige Geschichte. Da gehen sie miteinander hinaus auf die Wiese und finden den Wolf in tiefem Schlafe liegend.

Das ist der entscheidende Moment: der Augenblick, wo der Wolf in gesättigtem Behagen alle Vorsicht fahren läßt; wo er sich restlos dem Genuß überläßt, gar nicht mehr daran denkend, daß ihn noch etwas in seiner Ruhe stören könnte. Da muß das Geißlein nach Hause laufen und Schere, Nadel und Zwirn holen: alle möglichen Dinge, die für das, was nun kommt, wichtig sind. Sehr wichtig! Und dann kommt das große Wagnis. Dem Wolf wird der Wanst aufgeschnitten, während er im Schlafe liegt. Und siehe da, er ist so toll und voll, daß er nichts merkt. Die verschluckten Geißlein kommen eines nach dem andern wieder zum Vorschein. Sie sind verschlungen wie das Kaninchen von der Schlange, aber nicht verdaut. — Wenn der letzte Augenblick nicht versäumt wird, kann noch die Rettung kommen, wo alles aussichtslos scheint.

Verschlungen, aber nicht verdaut! So seltsam es klingt, aber darin liegt eine tiefe Wahrheit. All das kostbare Gut an Leben und Lebenswerten, das der Böse an sich gerafft, er kann es sich nicht zu eigen machen, weil er es nicht geschaffen hat. Er kann es sich nicht assimilieren. Es bleibt fremde Wahrheit, die er mit Haut und Haaren verschlucken, aber sich nicht einverleiben, nicht nutzbar machen kann. Eine Tatsache, die von vielen unserer Fachleute auf dem Gebiet der Industrie, der Technik, des Verkehrs bestätigt wird. Sie verstehen die Künste nicht, die sie uns geraubt.

Unser Märchen nimmt einen guten Ausgang. Aber achten wir jetzt nicht vor allem auf den Schluß. Gewiß hoffen und erwarten wir, daß es so kommt: daß das bereits verschlungene Leben noch gerettet wird, aber seien wir uns dessen bewußt: das Wagnis ist unerhört! Der Urmutter Weisheit muß uns dazu helfen. Und damit das Werk gelinge, gilt für uns die nachdrückliche Mahnung und Losung: Wachet! Ja, wachet!

An der istrischen Küste

Einer der schönsten Ausflüge, die man von Triest aus machen kann, ist eine Dampferfahrt entlang der istrischen Küste. Der kleine Küstendampfer entfernt sich langsam von der Stadt, die mit ihren sich am Karst hinaufziehenden Stadtteilen immer mehr entschwindet, um zwischen den Wellenbrechern hindurch die offene See zu erreichen. Links dehnt sich die Bucht von Muggia aus, einem Städtchen, das noch den venezianischen Löwen an seiner kleinen Burg trägt, eine Erinnerung an die Glanzzeit der großen, machtvollen Republik am Lido. Auf dem Hügel über dem Orte erhebt sich ein altes Kirchlein, der letzte Überrest einer von den Pisanern im Kampfe mit Venedig zerstörten Altstadt. Der nächste Ort, an dem man vorüberfährt, ist das auf einer Insel liegende Capodistria. Weithin erglänzt im Sonnenschein das hochliegende, große, weiße Gebäude des Gefängnisses, während man am Strande die langgestreckten Salzlager erblickt. Unweit des Städtchens befindet sich das Seebad S. Niccolo, das in diesem Jahre das meistbesuchte Modebad gewesen ist. Im vorigen Jahre war es Grigniano, im Jahre zuvor war es Sistiana, welches die größte Zahl von Badegästen aufwies. Im nächsten Jahre wird wahrscheinlich ein anderes Bad S. Niccolo den Rang ablaufen. Zum ersten Male hält der Dampfer in dem kleinen Fischerorte Isola. Auf dem Molo ist bei seiner Ankunft ein großer Teil der Bevölkerung zusammengeströmt, denn das Anlegen eines Schiffes ist hier immer ein Ereignis.

Nach kurzem Aufenthalt wird die Fahrt fortgesetzt, und nach drei Viertelstunden ist das auf einer Halbinsel erbaute Pirano erreicht. Der Ort trägt ganz das Gepräge süditalienischer Hafenstädte, sein auf einem Felshügel errichteter Dom hat einen Glockenturm nach dem Muster desjenigen von Sankt Markus in Venedig, das Rathaus trägt ebenfalls den venezianischen Löwen, und viele Gäßchen sind nach bedeutenden Dogen der großen Seerepublik benannt. Noch heute ist Pirano von einer hohen, mit wuchtigen Türmen versehenen Mauer umgeben, welche die Stadt, in der italienisch gesprochen wird, von ihrem slowenischen Hinterland abschließt. Man steigt einen langen, steilen Weg hinan, um den Platz zu erreichen, wo ehemals das Stadttor sich befand. Jetzt können die Bauern aus der Umgegend zwischen zwei gewaltigen Türmen ihre Lebensmittel frei in die Stadt hineinbringen. Von der Höhe aus genießt man einen wunderbaren Blick hinüber zum Karst, an dessen Fuß im Norden Triest sich ausbreitet, und der im Süden langsam sich in die venezianische Tiefebene hinabsenkt. Spiegelblank ist das Meer, und der Sonnenschein blitzt wider auf seiner glatten Fläche. Dicht unterhalb der alten Mauer, beschattet von Feigenbäumen, liegt ein kleines „Alpengasthaus", in welchem man ein gutes und billiges Mittagsmahl erhält. Ministra, Spiegeleier, Salami und Weißbrot, dazu ein Viertel guten istrischen Landweines, das alles für 6 Lire. Die Kellnerin spricht deutsch, was an diesem Orte etwas ungewöhnlich ist. Im Gespräch mit ihr stellt sich dann heraus, daß sie aus der Schweiz stammt, als Zirkusreiterin mit dem Münchener Zirkus Krone in der Welt umhergezogen ist, sich kürzlich den Fuß brach und nun einige Zeit sich hier ihr Brot verdient. Sie singt deutsche und italienische Lieder und läßt zwischenhinein einen urechten Jodler erschallen.

Am Nachmittage läßt sich bequem ein Ausflug nach Portorose unternehmen. Die Straße führt unmittelbar am Wasser entlang, während an den Hügelhängen zur Seite sich Weinberge hinziehen, aus denen wunderbar große dunkelblaue Trauben hervorleuchten. An langen Salzlagerhäusern und an einem Gaswerk geht es vorbei, an dem mit Kreide der Tag der Besitznahme durch die Fascisten und ihr Zeichen, das Rutenbündel mit dem Liktorenbeil, angeschrieben sind. Die ersten Villen, fast alle weiß inmitten grüner Lebensbäume, zeigen, daß wir uns in einem großen Luxusbade befinden. Von überwältigender Pracht ist das riesige Palasthotel, in dem vor kurzem die internationale Konferenz von Portorose stattfand. Vor diesem Riesenbau befindet sich ein überaus prunkhaft eingerichtetes Bad. In ihm ist, eine Seltenheit an der istrischen Küste, weißer Sand zu finden. Man hat ihn mit Schiffen von Italien hierher-

Stadtpalast von den Behörden Turins empfangen und hielt eine begeisternde Ansprache, indem er ausführte, daß er die Ziele des Fascismus unverrückbar im Auge behalten werde, und man nicht glauben dürfe, er habe sein schwarzes Fascistenhemd abgelegt, wenn er eine andere Kleidung trage. Er schloß mit den Worten: „Die Einigkeit des Vaterlandes ist jetzt unantastbar und wir werden sie unter allen Umständen verteidigen, auch wenn dieses Tränen und Blut kosten sollte, gegen die Tyrannen außerhalb und gegen die Schufte im Innern." Die gewaltige Menge, welche der Rede des Führers lauschte, brach in nicht endenwollende Beifallsrufe aus. Darauf fand in der Vorhalle des Stadtpalastes die Einweihung eines Gedenksteines für die während der Fascistenrevolution gefallenen Mitglieder der Partei statt.

Offener Brief Hitlers an Mr. E. D. Morel

2 Orchard House. Westminster, London.

Gemäß in München kursierender Gerüchte wird behauptet, Sie, Herr Morel, hätten in einer mit Exzellenz von Kahr stattgefundenen Unterredung gesagt, daß der Hitler-Freiheitsbewegung ohne mein Wissen französische Gelder zufließen.

Ich erkläre diese Behauptung für eine infame Lüge und böswillige Verleumdung.

Da ich noch Zweifel an der Richtigkeit der Behauptung, Sie, Herr Morel, wären Ursache dieser Verleumdung, hege, darf ich Sie bitten, öffentlich hierzu Stellung zu nehmen.

Adolf Hitler,
Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Dienstag, 30. Okt. 1923. München.

Zeichen der Zeit

In der „New-Yorker Staatszeitung" vom 22. August 1923 steht:

Bittgesuche.

Herzliche Bitte an Deutsch-Amerikaner. Unterstützt einen Familienvater, der unlängst aus Deutschland gekommen ist. Ich kaufe abgelegte Herrenkleider, Schuhe, sowie auch Möbel. Postkarte genügt. Isidor Schulmann, 1569 Lexington Ave. Tel.: University 0023.

Milderung der Erdrosselungssteuer

Über die Landabgabe und Betriebssteuer richtet die Bayer. Landesbauernkammer und der Bayer. Handwerkskammertag an die bayerischen Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibenden eine längere Erklärung, der wir entnehmen:

Die Bayer. Landesbauernkammer und der Bayer. Handwerkskammertag sind wegen der weiteren Raten der Landabgabe und Betriebssteuer für den gewerblichen Mittelstand beim bayer. Ministerpräsidenten, dem bayerischen Finanzminister und dem Generalstaatskommissar vorstellig geworden, wobei sie auf die außerordentlich ernste Lage hinwiesen, wie sie die Weiterleistung dieser Steuer in dieser Höhe für die Wirtschaft und die Volksernährung mit sich bringen müsse. Angesichts dieser Lage hat sich der bayer. Generalstaatskommissar veranlaßt gesehen, in einer Entschließung an die Landesfinanzämter darauf hinzuweisen, daß die Einhebung der Landabgabe und der Arbeitgeberabgabe vom Standpunkt der Sicherstellung der Volksernährung sowie der inneren Ruhe großen Gefahren begegnet. Deshalb stellte der Generalstaatskommissar an die Landesfinanzämter das dringende Ersuchen, daß von den am 1. Nov. bezw. 5. Nov. fälligen Steuerraten die der Landabgabe und, soweit der Mittelstand in Betracht kommt, auch die der Arbeitgeberabgabe unterbleibt, bis auf die von der bayer. Staatsregierung neuerlich zwecks Milderung der Steuergesetzgebung und des Steuervollzuges eingeleiteten Schritte weitere Stellungnahme der Reichsregierung erfolgt. — Die B. Landesbauernkammer und der B. Handwerkskammertag sprachen der Staatsregierung und dem Generalstaatskommissar den wärmsten Dank aus für ihre Haltung in den lebenswichtigen Fragen der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung geben daher die B. Landesbauernkammer und der B. Handwerkskammertag den Landwirten und Gewerbetreibenden die Weisung, die am 1. und 15. Nov. weiter fälligen Steuern an Landabgabe und Betriebssteuer solange nicht zu leisten, bis eine Revision dieser Steuer auf Grund der Entschließung des Generalstaatskommissars an die Landesfinanzämter erfolgt ist. Die B. Landesbauernkammer ist sich ihrer Verantwortung bezüglich der Lage der Volksernährung voll bewußt. Die Landesbauernkammer richtet daher an die bayer. Landwirtschaft das dringende Ersuchen, durch unentgeltliche Naturalabgabe die Not der städtischen Kreise in weitem Umfange im Rahmen des Bayerischen Hilfswerkes zu lindern und alles zu tun, um die Lebensmittelversorgung zu sichern.

Letzte Nachrichten

Der Schuft Dr. Dorten an die Nationen der Welt.

tu. Paris, 30. Okt. Der rheinische Hochverräterführer Dr. Dorten hat eine Botschaft an alle Nationen der Welt gerichtet, in der er erklärt, die Rheinische Republik erkenne an, daß der Weltkrieg durch Preußen entfesselt worden sei (!!), und erkläre sich bereit, ihren Anteil an den Reparationen zu zahlen. Die rheinische Bevölkerung appelliere an alle Nationen, insbesondere diejenigen, die besonders unter den Folgen des Weltkrieges litten, mit denen sie ehrlich und vorbehaltlos ihre Bemühungen vereinigen wolle, um eine neue Ära des Friedens und der Eintracht für ganz Europa herbeizuführen.

Findet sich denn niemand, der diesen Lumpen unschädlich macht?

Verhandlungen zwecks Einsetzung einer neuen Regierung.

tu. **Dresden**, 30. Okt. Die militärische Besetzung des Landtagsgebäudes ist heute mittag in eine polizeiliche umgewandelt worden.

Die Berliner Parteiführer der S.P.D., die zur Zeit in Dresden weilen, und der Landesvorstand der V.S.P.D. Sachsens sind heute im Landtagsgebäude in Verhandlungen mit der Demokratischen Partei eingetreten, um zu versuchen, über die Einsetzung einer sächsischen Regierung eine Einigung herbeizuführen.

Die Lage in Sachsen.

tu. **Dresden**, 30. Okt. Nachdem die Generalstreikparole bekannt geworden war, verließen die Arbeiter einer großen Anzahl Betriebe, namentlich aber die Bauarbeiter, die Arbeitsstellen. In zahlreichen Betrieben wird die Arbeit aber fortgesetzt, und es gewinnt den Anschein, daß die Streikparole nicht allgemein durchgeführt wird.

Bestimmend hierfür mag allerdings mit sein, daß heute Lohntag und morgen Feiertag ist. Aus kleineren Städten Sachsens liegen Meldungen von Arbeitseinstellungen größeren Umfanges vor, während im Erzgebirge heute noch allgemein gearbeitet wurde.

Die brüchige „Große Koalition".

tu. **Berlin**, 30. Okt. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat heute im Reichstag zusammen. Nach Schluß der Besprechungen sollen sich die Vertreter des Vorstandes zum Reichspräsidenten begeben, um ihm die Ergebnisse der Beratungen mitzuteilen. Die Beschlüsse, die der Vorstand fassen wird, werden von **entscheidender Bedeutung für den weiteren Bestand der Koalition** sein. Die letzte Entscheidung freilich, ob die sozialdemokratischen Reichsminister ihre Ämter niederlegen oder beibehalten, liegt bei der Fraktion, die morgen zusammentritt.

Dr. Geßler gesund.

tu. **Berlin**, 30. Okt. Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind die Gerüchte von einer Erkrankung des Reichswehrministers Dr. Geßler ohne jede Grundlage. Der Minister befindet sich durchaus wohl.

Bayern am Scheidewege.

Nürnberg, 30. Okt. Zu der Note des Reichskanzlers an die bayerische Regierung schreibt Universitätsprofessor Dr. Lent-Erlangen: Eine bayerische Regierung, die sich auf diese Zumutungen einließe, würde Bayern ruinieren. Das würde jeden Mann abschrecken, noch für Bayern seinen Kopf hinzuhalten und mutig zu handeln. Die vaterländische Bewegung aber würde in Feindschaft dieser Regierung gegenüberstehen. Die Folgen wären unabsehbar. Bayern hätte seine Rolle als Vorkämpfer des Deutschtums ausgespielt und wäre sicher ein von schwersten inneren Kämpfen zermürbter Kleinstaat. Das gerade will man in Berlin, denn hat man die Kräfte, die jetzt in Bayern zusammenstehen, gegeneinandergehetzt, dann hat man leichtes Spiel mit ihnen und braucht auch keine Verfassungsänderung mehr zu spendieren.

Die politische Debatte im Reichstag.

tu. **Berlin**, 30. Okt. Der Ältestenrat des Reichstages trat heute zusammen, um sich über den Termin der Einberufung des Plenums schlüssig zu werden. Es wurde beschlossen, daß die Sitzung auf den Freitag einberufen werden soll, falls der Reichskanzler bereit ist, an diesem Tage sich an einer politischen Aussprache zu beteiligen. Falls der Reichskanzler das aber erst für den Dienstag nächster Woche wünscht, soll dieser Termin bestimmt werden. Das letztere ist wahrscheinlich. Jedenfalls soll in der ersten Sitzung die allgemeine politische Aussprache stattfinden, während die Beratung des Arbeitszeitgesetzes für eine spätere Sitzung vorbehalten bleibt.

Eine Wucheranklage gegen ein Gaswerk.

tu. **Dresden**, 30. Okt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist gegen den verantwortlichen Leiter des Betriebsamtes der Stadt Dresden, Stadtbaurat **Wahl**, die Voruntersuchung eröffnet worden, weil der dringende Verdacht besteht, daß sich das Betriebsamt bei der Berechnung der Gas- und Strompreise des Wuchers schuldig gemacht habe. In den letzten Tagen spielten sich im Betriebsamt wüste Szenen ab, namentlich auch deshalb, weil das Betriebsamt die Gasuhren ablesen ließ, als noch ein billiger Gas- und Strompreis vorlag, aber die Rechnungen erst aushändigen ließ, als der Zweimilliardenpreis eingetreten war.

Erweiterung des Rapallovertrages.

tu. **Berlin**, 30. Okt. Am 23. Oktober hat im Auswärtigen Amt in Berlin der Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrages vom 5. Mai 1922 über die Ausdehnung des Rapallovertrages vom 16. April 1922 auf die sozialistischen Sowjetrepubliken der Ukraine, Weißrußlands, Georgiens, Armeniens, der Republik des fernen Ostens und Aserbeidschan durch den Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn und den Botschafter der Union der S.S.R. Krestinski, stattgefunden.

Dr. Cuno nach Deutschland zurückgekehrt.

tu. **Berlin**, 30. Okt. Der von seiner Amerikafahrt nach Hamburg zurückgekehrte vormalige Reichskanzler Dr. **Cuno** ist in Berlin eingetroffen und wird sich bereits am Abend wieder nach Hamburg zurückbegeben. Im Laufe des Nachmittags wird Dr. Cuno den Reichspräsidenten besuchen, um mit ihm über die Ergebnisse und Eindrücke seiner amerikanischen Reise zu sprechen.

Bonar Law gestorben.

tu. **London**, 30. Okt. Der frühere englische Ministerpräsident Bonar **Law** war an einer schweren Lungenentzündung erkrankt und obwohl in der letzten Zeit die Bulletins oft von einer Besserung von seinem Befinden sprachen, war es in ministeriellen Kreisen längst bekannt, daß der große englische Staatsmann diese Krankheit nicht überleben würde.

Lloyd Georges Amerikareise.

tu. **Neuyork**, 30. Okt. Lloyd George sprach gestern in Richmond im Staate Virginia. Er erklärte, Poincaré werde, wenn er darauf bestehe, Deutschland bis auf den letzten Pfennig zu Reparationszwecken auszupressen, von vornherein den Reparationsplan des Staatssekretärs Hughes zur Unfruchtbarkeit verurteilen. Frankreich müsse es sich abgewöhnen, sich jeder milderen Festsetzung der Reparationssumme zu widersetzen, wenn der Plan Hughes Aussicht auf Erfolg haben solle.

Mustapha Kemal — Präsident der Türkei.

tu. Paris, 30. Okt. Havas meldet aus Angora, daß Mustapha Kemal Pascha einstimmig zum Präsidenten der türkischen Republik gewählt worden ist.

Aus München

Brotverbilligung durch die Stadtgemeinde.

Der Stadtrat macht darauf aufmerksam, daß von den seitens der Bezirkswohlfahrtsämter ausgegebenen Brotmarken A, B, C, die zu unentgeltlichem Bezuge von je zwei Pfund Brot berechtigen, zunächst nur die Marke A, und zwar **nicht vor dem 6. November, eingelöst werden** darf. Die Marke A hat Gültigkeit bis zum 16. November. Über die Einlösung der Marken B und C erfolgt rechtzeitig besondere Mitteilung.

Unter dem Druck der Redebedürfnisanstalt.

München, 30. Okt. Die angekündigte Sitzung des bayerischen Ministerrates über die bekannte Note der Reichsregierung hat heute im Rahmen einer informatorischen Aussprache stattgefunden und mehrere Stunden gedauert. Vor Ende der Woche ist mit einer endgültigen Entscheidung nicht zu rechnen, da zunächst die Führer der Koalitionsparteien gehört werden und dann eine gemeinsame Beratung des Ministerrates mit den Koalitionsführern stattfinden wird. — Schon faul, würde der Berliner sagen.

Der mutmaßliche Täter.

Zu dem Raubmord, der heute nacht in der Landsbergerstraße an der Gastwirtin Marie **Süßmeier** verübt wurde, ist weiter zu melden, daß der mutmaßliche Täter der **Enkel** der Ermordeten ist. Es handelt sich um den Gärtner und Hilfsarbeiter Alfred **Mönchgesang**, der im 21. Lebensjahre steht. Der junge Mensch hat bei seiner Großmutter geschlafen, ist aber seit heute früh plötzlich verschwunden, so daß sich der Verdacht der Täterschaft gegen ihn richtet. Die Ermordete, die auf so schreckliche Weise aus dem Leben gerissen wurde, hinterläßt vier Töchter.

Münchener Beobachter

Die Neidhammeln

Der Himmel hat uns in den letzten Tagen noch ein ausnehmend schönes und warmes Oktoberwetter beschert, bevor wir auf Monate hinaus in Kälte und Nebel versinken. Alles, was über ein paar Stunden freie Zeit verfügt, beeilte sich, noch in den Genuß der letzten Sonnenstrahlen des Jahres zu kommen. Alle Kinderwagln wurden nochmals mobil gemacht, und auch die bejahrteren Volksgenossen und -genossinnen schwärmten aus, um auf irgendeiner Bank den scheidenden Herbst zu genießen. Überall also, wo sich dem wandernden Großstädter eine Sitzgelegenheit bietet, in Anlagen und sonstigen Oasen, ein reger Verkehr!

B'sonders lebhaft geht es im alten botanischen Garten zu, und ich erliege im Vorbeigehen der Versuchung, mich auch unter die Luftschnappenden zu mischen. Ich komme in Sichtweite einer Bank und spüre sofort, wie mir das Herz höher schlägt. Da sehe ich nämlich a Platzerl frei, und zwar grad neben einem blondkopfat'n Madl. Da setzt d' dich hin, sagt mir eine innere Stimme — wer weiß ... Gedacht, getan. Ich lüfte elegant das Hütchen und setze mich ihr mit Anstand und Grazie zur Seite. Sie hat mich aber gar nicht weiter beachtet, sondern — is aufg'stand'n und ganga. Das war mir etwas peinlich, denn auf der Bank vis-à-vis saßen ein paar Grasaffen, die in eine Art Gewieher ausbrachen. Dagegen merkten meine zwei Nachbarn auf der Bank nix, denn sie waren in angeregter Unterhaltung. Ich nahm also mit dem vorlieb, was da war, und rückte den beiden näher.

Der eine war, wie ich der Zwiesprache entnahm, ein Totengräber vom Westfriedhof, der heute seinen freien Tag hatte. Der andere war der „Herr Machtlfinger". Der Totengräber bekannte sich als Anhänger der Bayer. Volkspartei seit 1919, was mir durchaus glaubhaft erschien, weil er gar so dumm daherredete. Er nahm sich eine Prise Schmalzler und meinte: „Also, wissen S', Herr Machtlfinger, der letzte Freitag im Hofbräuhaus war wirkli hervorragend. Es hat mi net g'reit, daß i eigens bis vo Moosach rei'g'fahr'n bin." — „Ja, i woaß, es hat no a billigs Bier geb'n, und die ganze Schwemm war voller Leut." — „Na, na, aso hab i 's net g'moant, sondern — d' Bayerische Volkspartei hat an Heimatabend und an Ehr'ntag veranstaltet." — „An Ehr'ntag — für wen denn? Für 'n Dr. Heim oder für 'n Herrn Schweyer? Und an Heimatabend? War dees a Art Nachkirta?" — „Aber Herr Machtlfinger! Sie sollten Eahna doch mehra um Politik onemma. Sie wissen ja sonst gar net, was auf da Welt los is." — „Ah bah, i valang ma net mehra. I lang mit dem, was i alletag hör und siech." — „Sie sollten aba do in Vasammlunga geh, wia dö am Freitag. Was da Leut da war'n, Sie macha Eahna koan Begriff." — „No, no, so g'fährli werd's net g'wen sei'! D' Leut san nimma so dappi, daß sie sich z'weg'n ra Partei d' Füß ausreiß'n. Z'weg'n da Bayerischen Volkspartei scho glei gar net. Bei dera san s' alle beinand, d' Druckalada, sag'n meine Bekannten, die a politisier'n. Und übrigens — München is groß. Da bringt ma leicht so an Saal wia im Hofbräuhaus voll Dappige z'samm."

Der Totengräber vom Westfriedhof griff wieder nach dem Schmai und schob sich seinen Ärger durch die beiden Nasenlöcher, erwiderte aber doch etwas gereizt: „Mit Eahna, Herr Machtlfinger, soll ma über Politik net red'n. Sie san halt koa Politiker." — „Dees bin i a net! Aber ös von der Bayerischen Volkspartei seid's Neidhammeln. Daß d' Nationalsozialisten vier Mitgliederversammlungen ankündigen, dees hat euch wieder gift. Nachmacha könnt ihr's net — auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Und da schreit's um Hilfe. Der Kahr werd scho helfa. Und er hilft. Deo gratias!"

Der Totengräber vom Westfriedhof war wieder ausgesöhnt und sagte befriedigt: „Seh'n S', Herr Machtlfinger, mia san net umasunst vo da Bayerischen Volkspartei." — Der Herr Machtlfinger griff nach seinem Stock und verabschiedete sich mit den Worten: „I bin euch net neidi' drum. Es werd nimmer lang dauern. Wenn wir im Früajahr da wieder beinandsitzen — um Maria Verkündigung kehr'n d' Schwaiberln wiederum — die werd'n schaug'n, die werd'n schaug'n ..."

Spirifankerl.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die zwischen den Britischen Inseln und Irland gelegene Depression steht vorerst still.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 31. Oktober: Wenig Änderung.

*

Krawall im Stadtrat. In der heutigen Stadtratssitzung sollte ein Antrag „Freifahrt für Zivilblinde" behandelt werden. Die ganze Zuhörertribüne war besetzt von Blinden und deren Angehörigen. Trotzdem fiel es den Herren Stadträten nicht im entferntesten ein, diesen Punkt der Tagesordnung bevorzugt zu behandeln, um dadurch den Bedauernswerten das Warten zu ersparen. Im Gegenteil, man ließ die Leute stundenlang warten und wollte offenbar die Angelegenheit ganz am Schluß behandeln. Die Leute auf der Tribüne faßten das mit Recht als Schikane auf und äußerten endlich ihre Unzufriedenheit durch Zurufe. Ungeschminkt, so wie sie sich's dachten: „Schamt's enk. „Volksvertreter" nennt ihr euch, Volksverbrecher seid's." — „Pfui Teufel, ihr Schufte." — „Da sieht man's wieder, das „soziale Empfinden" der Sozialdemokraten!" — „Das sind die „Taten" von dem, was uns der Bürgermeister Schmid am Königsplatz versprochen hat." — „Os seid's ja nix anderes als Revolutionslumpen."

Die Herren Stadträte schauten wie verdutzt und ließen die Ohrwascheln hängen. Der Bürgermeister Schmid erklärte die Sitzung für unterbrochen und verschwand. Da wir sein Wiedererscheinen nicht abwarten konnten, nehmen wir an, daß ihm übel geworden ist.

Jüdische Wohltätigkeit. In Nr. 218 unseres Blattes haben wir mit dem entsprechenden Kommentar Notiz genommen von der Billionen-Goldanleihe der Münchener Judenbanken zum „Münchner Hilfswerk". Diese Notiz hat dem Marxisten Bürgermeister Schmid ganz und gar nicht gefallen, was wir mit Genugtuung verzeichnen. Denn je weniger eine Äußerung von uns einem Marxisten gefällt, um so sicherer sind wir, das Richtige zu treffen. Der Herr Bürgermeister bedachte in der Stadtratssitzung denn auch den „Völk. Beob." mit einigen Anzüglichkeiten, die uns eiskalt lassen, weil wir der begründeten Überzeugung sind, daß er der Münchner Bevölkerung nicht mehr allzu viel zu sagen hat. Der Bürgermeister erklärte es des ferneren für die Pflicht des (marxistischen) Stadtrats, die von uns angegriffenen Banken in Schutz zu nehmen. Das glauben wir gerne, denn die Kampfgemeinschaft zwischen Marxisten und Judentum ist ja allmählich allgemein bekannt. Interessant war uns auch die Feststellung des Bürgermeisters, daß die Banken „kein Almosen hingeworfen" hätten, sondern vom Stadtrat „höflichst ersucht" worden wären zur Eröffnung des Hilfswerkes. Nachdem also die Marxisten abgehaust haben und das Volk in der Verelendung zurücklassen, gehen sie bei den Juden „höflichst ersuchend" fechten. Ein Eingeständnis, dessen Widerwärtigkeit jeder empfindet, nur nicht die Marxisten.

Der ungenügende Straßenbahnverkehr. Die Fraktion der U.S.P. hat im Stadtrat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: „Am letzten Sonntag war infolge des schönen Wetters die Straßenbahn in so hohem Maße frequentiert, daß die Fahrgäste auf einzelnen Linien mangels der nötigen Wagen nicht zur Hälfte befördert und die Beförderten im gleichen Verhältnis kasiert werden konnten. Der hierdurch entstandene Schaden dürfte weit in die Billionen gehen. Wir beantragen, künftig für die erforderlichen Wagen Sorge zu tragen und für den am letzten Sonntag der Gemeinde entstandenen Schaden die Verantwortlichen finanziell haftbar zu machen."

Straßenbahnbetrieb an Allerheiligen. Am Mittwoch, den 31. Oktober, und Donnerstag, den 1. November (Allerheiligen), wird, wie alljährlich, zu den Friedhöfen ein verstärkter Betrieb durchgeführt. Es werden verkehren: am **31. Oktober: Zum Nordfriedhof** die Linien 3 und 6 nach Bedarf sowie Reservewagen ab Feilitzschstraße; **zum Westfriedhof** die Linie 4 nach Bedarf sowie Reservewagen ab Neuhausen; **zum Ostfriedhof** die Linien 7 und 12 (letztere ab Max-Weber-Platz) und Linie 17; **zum Waldfriedhof** die Linie 6 nach Bedarf und Reservewagen ab Harras bzw. Sendlinger-Tor-Platz. **Am Allerheiligentage, 1. November: Zum Nordfriedhof** die Linien 6 und 17 sowie Reservewagen ab Feilitzschstraße, und die Linie 3 ab mittags nach Bedarf; **zum Westfriedhof** die Linie 1 und 4, ab mittags außerdem die Linie 22 sowie Reservewagen ab Stachus nach Bedarf; **zum Ostfriedhof** die Linien 7, 12 (letztere von 9 Uhr vormittags ab Max-II.-Denkmal) und Linie 17 sowie Reservewagen ab Sendlinger-Tor-Platz bzw. Georgen-Schleißheimer Straße; **zum Waldfriedhof** die Linien 6, 18, 22 und eine Reservelinie ab Karlsplatz (letztere ab mittags) sowie Reservewagen ab Sendlinger-Tor-Platz.

Hausbesitz und städtische Gebühren. Im Stadtrat brachte der Hausbesitzer-Vertreter Stadtrat **Humar**, folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Die städtischen Gebühren haben sich im Oktober um rund das 50fache gegenüber dem Betrag erhöht, der in der Oktobermiete enthalten war; eine nachträgliche Angleichung dieser erhöhten Gebühren, wie es nach den Bestimmungen über Mietpreisbildung bis Ende August üblich war, ist bei der Regelung für November nicht vorgesehen. Die Hausbesitzer haben keine Mittel, vor Eingang der Novembermiete die anfallenden Gebühren zu bezahlen. Ich stelle deshalb den Antrag, daß seitens des Stadtrates zinslos Stundung bis 6. November 1923 gewährt wird.

Das städt. Mehlamt, dessen Räume für die immer umfangreicher werdende Erwerbslosenfürsorge benötigt werden, wird demnächst in die sog. Ziemssenvilla an der Lindwurmstraße verlegt.

Die neue Postgebührenerhöhung. Vom 1. November an kostet ein Fernbrief 100 Millionen und eine Fernpostkarte 40 Millionen. Diese neuen Gebühren werden aber nur vier Tage Gültigkeit haben, denn schon am 5. November wird eine neue starke Gebührenerhöhung eintreten.

Die Briefmarkenbörse. Jeden Montag hält in den Räumen des Ringhotels am Sendlingertorplatz der Verein bayerischer Briefmarkenhändler von 1—5 Uhr nachmittags eine Briefmarkenbörse ab, zu welcher jeder Briefmarkenhändler, der von zwei oder drei Mitgliedern des Vereins empfohlen wird, Zutritt hat. Jeder Börsenbesucher ist zu genauester Beachtung der einschlägigen Steuer- und Devisenvorschriften verpflichtet. Für den Geschäftsverkehr sind die Verkaufsbedingungen des „Bundes deutscher Briefmarkenhändlervereine" maßgebend. Börsenbesucher, die sich unreellen Geschäftsgebarens schuldig machen, werden ausgewiesen. Am vergangenen Montag wies die Briefmarkenbörse bereits einen lebhaften Besuch, auch von außerhalb, auf.

Eine wertbeständige Anlagemöglichkeit hat, wie wir einer Zuschrift entnehmen, die Firma J. F. Schreiber, Verlag der Meggendorfer Blätter und Deutsche Meisterverlag, Residenzstraße 10/1, erfunden. Diese hat zuviel Devisen umgewechselt und nun die der Entwertung preisgegebenen Papiermark unnütz liegen. Herr Schreiber ist in Nöten. Was anfangen mit den Reichsmark? Halt, er hat's! Herr Schreiber macht seinen Angestellten den Vorschlag, „entgegenkommenderweise" am Montag, den 29. d. M., einen Vorschuß in Höhe von ungefähr 50 Proz. der am Freitag erfolgten Gehaltszahlung zu gewähren, mit der Bedingung, daß diese Summe nach dem am Freitag, den 2. Nov., notierten Dollarstand vom Gehalt in Abzug gebracht wird. Herr Schreiber hat also sein Geld bei seinen Angestellten wertbeständig angelegt. Kommentar überflüssig.

Ein zeitgemäßer Freier. In ihrer Sonntagsausgabe enthalten die „M. N. N." die Heiratsannonce eines achtundzwanzigjährigen, reichen cand. med. Der Betreffende sucht eine Lebensgefährtin: „Religion und Nation Nebensache". Die Hauptsache ist ihm, daß sie viel Geld hat. Wahrhaftig — eine tüchtige Gesinnung für einen Freiersmann, wie sie vollkommen zu unserer heutigen Zeit paßt. Hoffentlich findet dieser Edle eine, die — ihn ordentlich ausschmiert!

Ein trauriges Kapitel. In letzter Zeit nehhatten sich vergangene Woche allein 17 Personen wegen dieses Deliktes vor der I. Strafkammer des Landgerichts München I zu verantworten. Diese Woche finden weitere Verhandlungen statt, wobei in einem Fall sich zehn, in einem andern Fall sieben Personen wegen Abtreibung und außerdem zwei weitere Personen wegen Abtreibungsversuch zu verantworten haben. Auch während der gegenwärtigen Schwurgerichtsperiode kommen vier Fälle wegen Lohnabtreibung zur Aburteilung.

Der alte Betrug. Festgenommen wurde eine 33 Jahre alte Köchin aus Franken, die in München eine Anzahl Schwindeleien dadurch verübte, daß sie Leuten versprach, Mehl zu liefern, sich Anzahlungen machen ließ, aber kein Mehl lieferte. In einer Stadt in Franken arbeitete sie ähnlich. Dort trat sie als Likörfabrikantensfrau auf, versprach gegen Anzahlung billigen Schnaps zu liefern.

Unangenehme Folgen. Ein Bahnangestellter in **Zamdorf** prahlte in einem dortigen Wirtshaus, als von Diebstählen die Rede war, mit den Händen am Tisch trommelnd: „In mein' Stall künna s' net einbrechen, da wett i, und wenns oaner ferti bringt, kann er sich meine Enten holen!" Alles war von dem gut gesicherten Stall des Bahnarbeiters überzeugt, bis auf zwei Eisenbahnerkollegen. Im Heimgehen beschlossen beide, zu beweisen, daß er unrecht habe. In der Nacht zum Samstag schlichen sie an seinen Stall heran, drangen ein und holten vier Enten heraus. Nachdem der Bahnarbeiter vor Zeugen erklärte: „Der's fertig bringt, der kann sich's holen", brachten sie die Enten auf eine nahegelegene Wiese und schlachteten die Tiere. Als sie die vier Stück im Rucksack heimschaffen wollten und sich über das Gelingen freuten, tauchte plötzlich ein Schutzmann auf, der beide kontrollierte. Er nahm sie wegen verdächtigen Besitzes mit zur Polizei. Trotzdem sie erklärten, es handle sich nur um einen Witz, wurden sie dem Richter überstellt.

Totenfeier im Waldfriedhof. Die Hinterbliebenen der in den Lazaretten Verstorbenen veranstalten mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten an Allerheiligen, nachmittags halb 4 Uhr, eine Totenfeier. Gedächtnisrede: Polizeipfarrer Dr. **Schneider**. Die Polizeimusik spielt Trauerchoräle.

Standmusik am Mittwoch, den 31. Oktober, mittags 12 Uhr, an der Feldherrnhalle. Musik des bayer. Pion.-Batl. Nr. 7. Direktion: Obermusikmeister **Borchardt**. — 1. Ouvertüre z. Op. „Das Nachtlager von Granada" von Kreutzer; 2. Finale a. „Ariele die Tochter der Luft" von Bach; 3. „Donausagen", Walzer, von Fucik; 4. „Germania-Marsch" von Keil.

Altkatholische Gemeinde. Am Allerheiligenfeste (Donnerstag) ist in der St. Georgskirche (Blumenstraße 36) nicht morgens um 10 Uhr, sondern **abends** um 6 Uhr Gottesdienst mit Predigt. Jedermann kann diesem Gottesdienste beiwohnen.

---

gebracht. Obwohl das Wasser für unsere Begriffe noch recht warm ist, sieht man nur wenige Badegäste. Fast hat man das Reich der Wellen für sich allein, und es ist eine stolze Freude, weit hinausschwimmen zu können in die still daliegende Bucht.

Nach der Rückkehr nach Pirano wird dem Dome ein Besuch abgestattet. Er ist eine große Basilika mit bunten Deckengemälden aus der Geschichte der Heiligen. Gerade wird Gottesdienst abgehalten, und besonders zahlreich sind die „Töchter und Söhne Marias" mit ihren weißen Schleiern anwesend. Etwas rauh klingt der italienische Gesang aus den noch ungeübten Kehlen der Schulkinder. Ein Stündchen ist noch Zeit bis zur Abfahrt des Dampfers, um von dem hochgelegenen Domplatz herunterzusteigen in den von vielen Müßigen im Sonntagsstaate belebten Ort. Die Gäßchen winden sich und verzweigen sich, hin und wieder erblickt man durch einen Torbogen das blaue Meer. Vor einem größeren Platze, der von in venezianischer Bauart errichteten Palästen umrahmt ist, befinden sich zwei kunstvoll aus mächtigen Steinen gehauene Brunnen. Aus den Häusern und auf den Straßen ertönt Gesang mit Mandolinenbegleitung. Langsam senkt sich die Nacht hernieder, vom Hafen läßt sich das erste Pfeifen des Dampfers vernehmen. Viele Einwohner Piranos gehen mit auf den Molo, um der Abfahrt zuzuschauen und die Fremden zu betrachten. Sie sprechen einen eigenartigen Dialekt, der sich von demjenigen der übrigen Städte und Landschaften Istriens vielfach unterscheidet. Die Lichter werden angezündet, und nach dreimaligem Pfeifen setzt sich das Schiff in Bewegung. Lange noch bleibt das Leuchtfeuer auf der Spitze der Halbinsel von Pirano in Sicht, während schon die Lichter von Isola auftauchen, einige hellerleuchtete Dampfer in der Ferne sich zeigen und ein matter Schein am Himmel die Lage Triests andeutet. Nach einstündiger Fahrt sind die Wellenbrecher des Triester Hafens mit ihren Blinkfeuern erreicht, und wir biegen ein in den freien Platz zwischen den Landedämmen. Ein Sonntag voll zahlreicher und dauernder Eindrücke, an den man noch oft und gerne zurück-

Juristendämmerung — Rechtsdämmerung?

Die Gerechtigkeit nennt man zwar die Grundfeste unseres Volkes und Staates; das, was das Leben erst lebenswert mache, aber erlebt wird sie nicht mehr als solche. — Auch das Recht zollt seinen Tribut dem jetzt allherrschenden Gedanken des Geldverdienens, der Macht des Geldstrebens, dem rücksichtslosen Geschäftsgebaren, der Machtgier der Herrschenden. — Das Rechtsverfahren ist ein Spiel, eine Spekulation der Streitparteien, der Schieber und Schleicher, ein müßiger Zeitvertreib, ein Schachern und Geschäftsbetrieb ohne höhere Ziele geworden: unfruchtbar und gemein. Letzter Grund für das Versagen unseres Rechts ist der sittlich-seelische, innerliche Verfall. — Gesetz und Recht sind dem Verenden nahe, so losgelöst sind sie vom Wesensgrunde, so fern den geistigen Lebenswurzeln, so abseits vom sittlich-verantwortlichen Leben; innerlich zersetzt in Öde und Enge, siecht ihr Dasein dahin.

Wann wird ein Retter kommen diesem deutschen Rechtselend? Dämmerung deckt die Lande. Ist es Abenddämmerung nur der alten „Jurisprudenz", der „Juristen" von Justinian her? Oder verfällt überhaupt das Recht, der Sinn für Ordnung und Schicklichkeit, für das Rechte, Angemessene und Billige? Führt die Dämmerung zu einem Morgen deutschen, aufrechten, volkhaften Rechts, das selbständige, selbstverantwortliche, deutschbewußte Rechtlichkeitsmenschen erzieht, die über dem Buchstaben Sinn und Wesen des Rechts als Vorstufe der Gerechtigkeit erkennen und zur Wirklichkeit zu machen suchen?

Diese Worte stammen vom Senatspräsidenten Deinhardt vom jenaischen Oberlandesgericht und sind einem Aufsatz entnommen, den das Septemberheft der Hamburger Monatsschrift „Deutsches Volkstum" bringt. Es tut wohl, einen Mann, der auf hoher Warte steht, so frei über das Rechtselend und über die Unzulänglichkeit der Juristerei (vom Justizministerium bis zum Fachjuristen) sich aussprechen zu hören. Wir empfehlen allen, die sich nach einer deutschen Gestaltung unseres Rechts sehnen, ohne dabei phantastischen Ideen nachzujagen, diesen Aufsatz zu lesen. Übrigens ist das ganze Heft dem „Deutschen Recht" gewidmet. Reichsgerichtsrat Müller in Leipzig und andere Autoritäten sind mit größeren Aufsätzen vertreten. Wir müssen gestehen, daß es einen fühlbaren Verlust für das deutsche Geistesleben bedeuten würde, wenn diese Zeitschrift nicht durch unsere Kulturkrise hindurchgebracht werden könnte, sondern wie so viele andere in den wirtschaftlichen Strudel hineingerissen würde. Wer's kann, sollte auf alle Fälle das „Deutsche Volkstum" beziehen.

Aus der Geschichte

Preußens Niederlage.

. . . Vier Tage später kam es zur Schlacht zwischen den Hauptheeren bei Jena und Auerstädt, in der die Preußen eine zerschmetternde Niederlage erlitten (14. Okt. 1806). Das Heer war völlig aufgelöst. Die Sünden seit des großen Friedrich Tod rächten sich fürchterlich. Die Offiziere waren dem gemeinen Manne fremd und verhaßt; die Gemeinen zum Dienste gepreßt; ohne Anhänglichkeit an den Staat, der ihr Blut erkauft, ohne inneres Band zu dem Lande, das sie verteidigen sollten.

Die Führer verloren den Einfluß über die Mannschaft; der Rückzug artete in wilde Flucht aus; ganze Truppenteile wurden fahnenflüchtig.

So verlor an einem Tage Preußens Heer Ruhm und Ehre!

Ein Zusammenbruch sondergleichen folgte der Niederlage. Es zeigte sich, daß auch das Volk und die Verwaltung jeden Halt verloren hatten. Wohin die Franzosen kamen, öffneten sich die Tore der Festungen ohne Schwertstreich, die Beamten lieferten freiwillig die Kassen ab und versahen für den Eroberer den Dienst weiter. Bürger und Bauern empfingen die fremden Sieger mit knechtischer Unterwürfigkeit, ja als Befreier.

Der Minister des Innern, Graf von der Schulenburg-Kehnert, erließ die schmachvolle öffentliche Kundgebung in Berlin: „Der König hat eine Bataille verloren. Ruhe ist jetzt erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Bevölkerung dazu auf. Der König und die Prinzen sind gesund."

So tief war der Heldenstaat des großen Friedrich gesunken: Der Feind im Herzen des Landes, und dieser Minister hat nichts anderes zu tun, als zu ruhiger Ergebung aufzufordern!

Wahrlich dies Volk mußte gezüchtigt werden, daß es erwachte . . .

Aus Einhart „Deutsche Geschichte 1909, Seite 202.

*

„Reichsfreiherr von Stein".

. . . Und wieder zeigt sich der deutsche Beruf Preußens:: Deutsche Männer aus allen Stämmen, nicht geborene Preußen sind es, die den Staat wieder aufrichten! Allen voran der Rheinfranke Stein, der Mecklenburger Blücher, die Hannoveraner Scharnhorst und Hardenberg, Gneisenau, der nicht wußte, wes Landes Kind er war, der Sachse Fichte, der Pommer Arndt und alle die andern.

Die letzten bewußten Deutschen sammeln sich in der Nordostecke des Landes und gehen an die Arbeit, eine Fülle geistesgewaltiger Männer, die wissen, daß ihr Tun nicht Preußen allein gilt, daß es dem ganzen deutschen Vaterlande zugute kommt . . .

Aus Einhart „Deutsche Geschichte" 1909, S. 204.

(Anm.: Und im Bayern der „Bayerischen Volks"-partei? Die Geschichte wird einst urteilen!)

*

Pietät.

Friedrich II. sprach stets mit der größten Achtung von seinem Vater, so hart dieser ihn auch in seiner Jugend behandelt hatte.

Kurz nach seiner Thronbesteigung erfuhr er, daß in Potsdam noch ein sehr alter Invalide lebe, welcher schon unter der Regierung seines Großvaters, Friedrich I., gedient habe. Er ließ also diesen alten Krieger zu sich rufen. Der Invalide erschien, der König empfing ihn sehr leutselig, fragte, unter welchem Regimente er gestanden, nach den Feldzügen und Schlachten, denen er beigewohnt, wie viele Blessuren er erhalten u. dgl.

Der Alte beantwortete alle Fragen zur Zufriedenheit des Königs, so daß der letztere sich immer mehr auf einzelne kleine Umstände aus seinem Leben einließ.

Darüber wurde der Graukopf so froh und zugleich so treuherzig geschwätzig, daß er, ohne gefragt zu sein, anfing:

„Ich muß Ew. Majestät doch noch einen Spaß erzählen. Als Ihr Herr Vater noch Kronprinz war, hatte ich einmal die Ordonnanz bei ihm. Er machte mit dem Fürsten von Dessau eine Reise von Berlin nach Potsdam. Unterwegs, bei Zehlendorf, trafen sie einen Kuhhirten bei seiner Herde schlafend an, da schnitten sie einigen Kühen die Schwänze ab."

„Das ist nicht wahr!" rief der König mit barschem Ton und finsterer Miene aus und brach augenblicklich das Gespräch ab. Er rief seinen Kammerhusaren und sagte zu diesem: „Geb' er dem Alten zwei Friedrichsdor." Dann kehrte er sich um und ließ den höchst bestürzten Invaliden stehen, der, ohne seine vorschnelle Plauderhaftigkeit, aller Wahrscheinlichkeit nach eine Pension erhalten haben würde.

Kleine Nachrichten

Operettenbühne (Lustspielhaus). Anläßlich des Allerseelentages findet am Donnerstag, den 1. Nov., eine Aufführung von „Wiener Blut" statt. Am Samstag, den 3. Nov., gelangt die „Süße Susi", Operette in 3 Akten, von August Neidhardt und Richard Bars, Musik von Siegfried Droyb, zur Erstaufführung.

Was ist eine Trillion? Die Dame Valuta zwingt uns, mit Zahlen zu rechnen, die früher nur in der Astronomie ein bescheidenes Dasein geführt haben. Der Botokude kann nicht auf 2, der Australneger höchstens auf 5 zählen, aber auch alte Kulturvölker haben nicht entfernt unsere hohen Zahlbegriffe gehabt. Für den Griechen ging das einfache Zahlwort nie bis zum Begriff 10 000 (Myriade), dem römischen Bauern bedeutete schon 600 unendlich; nur Indien schwelgte in phantastischen Zahlen, die über jede Anschauungsmöglichkeit hinausgingen. In Europa war der Begriff Million im 16. Jahrhundert noch unbekannt. Heute ist die Milliarde (= 1000 Millionen) durch die neuen Milliardenscheine für jeden Deutschen eine Selbstverständverständlichkeit, während der Franzose dafür den Begriff der Billion setzt, die für die Deutschen 1000 Milliarden bedeutet. Eine Billion ist eine Million Millionen, also eine 1 mit 12 Nullen. Die weiteren Begriffe Trillion (1 000 000 000 000 000 000), Quadrillon, Quinquillion ergeben sich durch Erweiterungen um je 6 Nullen. Da diese Schreibweise aber ebenso zeitraubend wie fehlergefährlich ist, wird man gut tun, die Potenzzahlen Trillion = 10^{18}, Quadrillion = 10^{24} usw. einzuführen. Daß diese Zahlen früher fürs practische Leben wertlos waren, geht aus verschiedenen Beispielen hervor. Die Weltgeschichte umfaßt noch nicht einen Zeit Zeitraum von 1 Billion Sekunden = rund 32 000 Jahren, und die 10 000 Sextillionen Affen, von denen eine indische Geschichte erzählt, hätten nicht in einer Hohlkugel Platz die unser ganzes Planetensystem umschließen könnte. Um so trostloser nimmt sich dagegen unser Finanzelend aus, das solche Zahlen in steigendem Maße für den Alltag nötig macht.

Buchbesprechung

Joachim Kurt Niedlich, „Deutscher Heimatschutz als Erziehung zu deutscher Kultur!" Dürrsche Buchhandlung, Leipzig 1920. Das vom Friesenbund herausgegebene Werk Niedlichs ist eines der besten Bücher über deutsche Kultur überhaupt. Es legt einen sehr hohen Maßstab an alle Kulturfragen und geht daher unbarmherzig ins Gericht mit unserem verfallenden Kulturgefühl der Vorkriegszeit. Aber dabei bleibt der Verfasser nicht stehen, sondern er behandelt fast alle einschlägigen Gebiete, indem er Wege zeigt, wie den bisherigen Mißständen abzuhelfen ist. Er vertritt die Ansicht, daß jegliche Kultur auf dem Heimatschutz aufgebaut werden muß. Aus ihm heraus hofft er die Wiedergeburt der deutschen Seele mit herbeiführen zu können. Er hat seine Arbeit eingeteilt in die höchst lesenswerten Abschnitte der Persönlichkeitskultur, Kultur der Familie, der Gemeinde, des Stammes und des Volkes. Wichtig ist auch der dritte Teil des Buches über Schulfragen, in dem die einzelnen Fächer: Religion, Deutsch, Geschichte, Sprachunterricht, Naturkunde endlich einmal in die richtige Reihenfolge und Zusammenhang gebracht worden sind. Besonderen Wert legt Niedlich auf die Pflege des Turnens und die Abhaltung von Elternabenden. In einem Anhang gibt er uns den Entwurf zu einer Heimatsiedelung. Vorschläge, Bücher und Pläne zur Neugestaltung unserer Kultur und unseres Schulwesens haben wir jetzt zur Genüge; aber sie können nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden, solange wir nicht eine nationale Regierung haben, welche sich die vorhandenen guten Gedanken zu eigen macht und in die Tat umsetzt.

Mit ihrem heil'gen Wetterschlage,
Mit Unerbittlichkeit vollbringt
Die Not an einem großen Tage,
Was kaum Jahrhunderten gelingt.

Hölderlin.

Beschlagnahmte Lebensmittel. Gegen zwei Viehhändler in Niederbayern wurde bei der Landeswucherabwehrstelle Anzeige erstattet wegen Verdachts der Zurückhaltung von Nutz- und Schlachtvieh zum Zwecke der Preistreiberei. Es wurden 11 Bullen, 4 Kühe, 1 Kalb und weitere 14 Stück Großvieh beschlagnahmt. Der bayerische Markt wurde von den beiden Händlern gemieden, und das Vieh sollte nur dorthin geliefert werden, wo die höchsten Preise in Aussicht standen. Da die Beiden versucht haben, Viehzeuger zu falschen Angaben zu verleiten, wurden sie wegen Verdunkelungsgefahr in Haft genommen. — Das gleiche geschah aus demselben Grunde einem Viehhändler in der Umgebung Münchens. Bei diesem wurden wegen Zurückhaltung zum Zwecke der Preistreiberei 15 Stück Großvieh beschlagnahmt, die er in verschiedenen Ställen von Landwirten untergebracht hatte. — Bei einem Landwirt im Bezirk Neuburg a. D. hat die Landeswucherabwehrstelle 10 Zentner Roggen, zirka 85 Zentner Weizen und zirka 20 Zentner Gerste alter Ernte wegen Zurückhaltung beschlagnahmt. — Ein Sennereigenossenschaftsvorstand im Algäu wollte 80 Kisten Limburger Käse auf einer Fuhre in eine Käsegroßhandlung in Kempten schaffen. Wegen Verstoßes gegen die bestehenden Vorschriften (unerlaubter Versand) wurde die Ware (2,1 Zentner Käse) von der Landeswucherabwehrstelle beschlagnahmt. — Aus dem gleichen Grunde wurden im Algäu 62 Zentner und 98 Pfund Limburger sowie 75 Pfund Butter beschlagnahmt, welche unter Umständen, die gegen die Anordnung des Generalstaatskommissars über Milchlieferpflicht und Versand von Milcherzeugnissen verstoßen, auf einem Fuhrwerk auf der Landstraße in eine Großhandlung verbracht wurden. Gegen den Inhaber der letzteren, der schon wiederholt wegen ähnlicher Vergehen bestraft ist und nur eine bedingte Handelserlaubnis bis zum 30. September besaß, sowie gegen einen Ökonomen und einen Molkereipächter, die die Waren verbotswidrig lieferten, ist Anzeige erstattet. — Ein Käser im Algäu verschickte an eine Frankfurter Firma 542 Kilogramm Rundkäse. Bei der Kontrolle eines Güterzuges wurde die Sendung festgehalten, von der 42 Kilogramm beschlagnahmt wurden, da die Landesfettstelle die Genehmigung nur für 500 Kilogramm erteilt hatte.

Warum gibt die Landeswucherabwehrstelle nicht die Namen dieser Volksbegaunerer bekannt?

Bund der Lichtfreunde. Donnerstag Breidalick, Fußgänger halb 10 Uhr Waldfriedhof, Radfahrer halb 9 Uhr bei Seitz.

Fechtkurse. Im Männer-Turn-Verein München von 1879, Häberlstraße 11, beginnen am Samstag, den 10. November, die Anfängerkurse für Florett und leichten Säbel. Anmeldung jeden Dienstag und Samstag abends bis 10. November einschließlich.

Die Dachauer am Platzl. Auch in diesem Monat weiß die Gaststätte am Platzl ihre alte Anziehungskraft auszuüben. Den Anfang macht wieder der Gesang der Dachauer Gemeinde mit dem hübschen Tanz Eringer Seppls und Meierle Paulas am Schluß. Sodann tritt Weiß Ferdl mit seinen humoristischen Vorträgen hervor. Er erzählt lustige Dinge aus der Weltgeschichte und zieht die dementsprechende Nutzanwendung, daß wir nach der Eis-, Stein- und Bronzezeit, die heutige Zeit als Papierzeit anzusprechen haben. Viel Beifall fand auch die Schilderung des Deutschen Museums und seines Inhaltes. Die beiden Volksstücke „Die Scheidung" mit Weiß Ferdl, Eringer Seppl, Prunner Gabi und Meierle Paula sowie „Eine unangenehme Nachricht" mit Eringer Seppl, Meierle Paula, Berger Hansl und Holl Schorschl als Spielern fanden den wohlverdienten Anklang. Weiter seien noch erwähnt die scherzhaften Vorträge „Der Spukgeist", „Unsere Liebschaft" und andere des humoristischen Quartetts sowie die Lieder und Jodler von Resl Walter, vor allen Dingen das prächtige „Ich hab' dich ja so lieb". Die Kapelle unter Leitung von Hans Pfahl machte ihre Sache wie immer gut und erfreute durch ihre frischen Weisen.

Beerdigungen

am 31. Oktober.

Südfriedhof: Ursula Widtmann, Früchtenhändlerswitwe, 80 J., 11 Uhr; Jakob Gratzl, Rentier, 80 J., 11½ Uhr; Kreszenz Hicker, Seilermeistersgattin, 65 J., l. n. Aibling.
Ostfriedhof: Hans Müller, Wurstfabrikant, 42 J., 2½ Uhr; Anna Rosenhammer, Stütze, 65 J., 2¼ Uhr; Franziska Dorn, Privatiersgattin, 70 J., 2¾ Uhr; Chrysostumus Schaberl, Spezereihändler, 68 J., 2 Uhr; Gustav Schaky, Ministerialrat, 73 J.; Ludwig Grünewald, Oberstaatsrat, 69 J., 9 Uhr, Feuerb.; Max Niederer, Rentier, 79 J., 10 Uhr, Feuerb.; Karl Eichler, Fabrikdirektor a. D., 80 J., 10½ Uhr, Feuerb.; Richard Vogel, 3 Mt., 2¼ Uhr.
Nordfriedhof (Schwabing): Johann Altschäff, pens. Leichenträger, 67 J., 4 Uhr; Michael Daniel, Wagenbaugehilfe, 36 J., 3 Uhr; Johann Reiser, Schreiner, 42 J.; Heinrich Jüngling, Bankbeamter, 23 J., 3½ Uhr; Wendelin Rohrer, Hilfsarbeiterskind, 8 Tage, 2 Uhr.
Westfriedhof (Moosach): Kath. Kohlhaas, Kaufmannswitwe, 57 J.; Kath. Maier, Taglöhnerswitwe, 69 J., 2 Uhr.
Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Frieda Gaggel, Studienratsgattin, 32 J., 3½ Uhr; Paul Reith, Braumeister, 46 J., 4 Uhr; Karl Albert, Gutsbesitzer, 44 J., 4¼ Uhr; Zenta Dehu, Oberkellnersgattin, 36 J., 3 Uhr.
Sendlinger Friedhof: Josepha Penzenstadler, Holzhändlersgattin, 57 J., 11 Uhr.

*

Raubmord

Eine Gastwirtin mit der Hacke erschlagen.

Nach langer Pause, dem Raubmord an dem Kaufmann Schöpping am Färbergraben, ist in München ein neues Verbrechen verübt worden. Im Schlafzimmer ihrer Wohnung, Landsberger Straße 129/1, ist die 63 Jahre alte Gastwirtsfrau Marie Süßmeier von unbekannten Tätern mit der Hacke erschlagen und beraubt worden. Die Tat scheint in der Nacht zum Dienstag zwischen 12 Uhr nachts und morgens 7 Uhr verübt worden zu sein. Am Dienstag, vormittags halb 9 Uhr, nahm eine Tochter der Ermordeten, die in einer anderen Wohnung im gleichen Stockwerk wohnt, wahr, daß die Türe, die zur Wohnung der Mutter führt, etwas aufstand. Sie trat ein, um nach der Mutter zu schauen. Beim Betreten des Schlafzimmers bot sich ihr ein schrecklicher Anblick. In diesem Zimmer lag alles im wilden Chaos durcheinander. Wäsche lag am Boden und Papiergeldbündel von kleineren Geldsorten, Kästen standen offen und im blutüberströmten, weiß überzogenen Bette lag Frau Süßmeier mit eingeschlagenem Kopf, nur mit Hemd und Nachtjacke bekleidet. Die Frau scheint im Schlafe ermordet worden zu sein.

Frau Süßmeier führte allein die Wirtschaft im gleichen Haus. Ihr Mann liegt in der Klinik, wo er eine Krebsoperation durchmachte. Geraubt sind, soweit feststeht, einige 100 Milliarden Biergeld, das die Frau heute an die Spatenbrauerei bezahlen wollte. Was sonst noch geraubt ist, steht noch nicht fest. Das blutige Mordbeil fand man im Gang. Ein junger Bursche, der sich am Montag abend in verdächtiger Weise in der Nähe des Anwesens umhertrieb, wurde in Haft genommen. Der Erkennungsdienst der Polizeidirektion, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter waren den ganzen Vormittag am Tatort mit Erhebungen beschäftigt.

Sprechstunden der Schriftleitung. Mit Ausnahme von Samstag und Sonntag täglich von 10—11 Uhr vormittags.

Gerichtssaal

Urkundenfälschungen. Der 25jährige Kaufmann Richard Freiberger in München gründete nach dem Kriege eine Holzgroßhandlung, ohne die nötigen Fachkenntnisse und Geldmittel dazu zu besitzen. In kurzer Zeit geriet er in Konkurs, wobei die Gläubiger leer ausgingen. Das Landgericht München verurteilte den Freiberger im September d. J. wegen einfachen Bankrotts zu 10 Monaten Gefängnis, welche Strafe er gegenwärtig verbüßt. Gelegentlich der damaligen Untersuchung hat sich herausgestellt, daß Freiberger durch falsche Vorspiegelungen sich Geld und Kredit verschaffte. So fälschte er einen Vertrag, in welchem hochklingende Namen von nicht existierenden Persönlichkeiten vorkamen, auf Grund dessen er seinem Schwager ein größeres Darlehen herausschwindelte. Er fälschte außerdem auch die Unterschrift und das Siegel eines Berliner Notars, ferner fälschte er zwei Wechsel, einen über 20 Mill. M. und einen über 25 000 Dollar. Wegen dieser Urkundenfälschungen wurde er zur Aburteilung an das Schwurgericht verwiesen, nachdem es sich um eine öffentliche Urkunde handelt. Der Angeklagte war unumwunden geständig. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Eier- und Butterschieber. Der 21jährige Liftjunge Franz Schmidbauer und der 23jährige Konditor Josef Rieß von München waren bis 1. September l. J. in einem Hotel in Wörishofen beschäftigt. Nach Schluß der Fremdensaison verlegten sie sich auf den Schleichhandel, indem beide in der Gegend von Wörishofen und Mainburg wiederholt Butter und Eier in erheblichen Mengen aufkauften und nach Frankfurt a. M. verschoben, wo sie die Ware an ein Hotel verkauften. Als Schmidbauer eines Tages, schwerbepackt mit Eiern und Butter, am Hauptbahnhof den Frankfurter Zug bestiegen hatte, wurde er bei der Zugskontrolle erwischt und er sowohl als sein „Kompagnon" Rieß verhaftet. Man fand bei ihnen etwa 800 Eier und mehrere Pfund Butter. In der Verhandlung am Wuchergericht gaben die Angeklagten, die im wesentlichen geständig waren, an, der Direktor des fraglichen Hotels in Frankfurt a. M. habe ihnen eine Stellung versprochen, wenn sie ihm Eier und Butter besorgten. — Schmidbauer wurde wegen Schleichhandels zu 6 Wochen Gefängnis und 50 Milliarden M., Rieß ebenfalls zu 6 Wochen Gefängnis und 10 Milliarden M. Geldstrafe verurteilt. Der Antrag auf Gewährung einer Bewährungsfrist wurde abgelehnt.

Diebstähle in Schulen und Lehranstalten. Am 7. Januar wurde im Strafvollstreckungsgefängnis Laufen die ledige Kontoristin Anna Meister von hier und am 10. Januar die ledige Hilfsarbeiterin Franziska Peischl von Hallbergmoos, B.-A. Freising, entlassen. In Mühldorf trafen sich die beiden wieder, wo sie beschlossen, gemeinsam nach München zu fahren. Um ein flottes Leben führen zu können, verabredeten sie sich, zu stehlen. Als Schauplatz ihrer „Tätigkeit" erkoren sie sich Schulen, Lehranstalten usw. Selbst das Marianum an der Schyrenstraße verschonten sie nicht. So entwendeten sie in zehn Fällen bis zu der am 21. September erfolgten Verhaftung Damen- und Herrenfahrräder, Handtaschen, Regenschirme, Damengürtel, Wäsche, gestickte Jacken, Mäntel usw. im Gesamtwerte von vielen Milliarden. Ihre Beute verkauften sie beim Soller im Tal. Bei der Festnahme wurden bei Peischl 13 870 000 M., bei Meister 420 000 M., bei beiden etwa 127 Gegenstände, darunter Schmucksachen, beschlagnahmt. Das Volksgericht München I verurteilte die beiden Angeklagten wegen je zehn Verbrechen des schweren Diebstahls im Rückfall zur Zuchthausstrafe von je fünf Jahren sowie zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je zehn Jahren.

Ein rabiater Holzfrevler. Am 16. September traf auf der Landstraße bei Perlach ein Unterwachtmeister der Landespolizei den in Perlach ansässigen verheir. Maurer Kaspar Reiser von Finsing, wie er mit einem etwa 8 Meter langen, grünen Fichtenstamm, den er mit dürrem Reisig zugedeckt auf den Karren geladen hatte, seiner Wohnung zufahren wollte. Als der Wachtmeister von ihm verlangte, den gefrevelten Stamm im Schulhofe Perlach abzuladen, weigerte sich Reiser, dieses zu tun. Plötzlich der Hand auf den Wachtmeister mit den Worten zu: „Jetzt erstech ich Dich, du Hund", wobei er dem Wachtmeister einen Stich in den rechten Oberschenkel beibrachte. Als der Wachtmeister sich nun zur Wehr setzte, gab ihm Reiser noch weitere 3 Stichwunden in die linke Hand. Die Folge war, daß der Verletzte sechs Wochen in ärztlicher Behandlung zu stehen hatte und noch jetzt an den Verletzungen zu leiden hat. Das Volksgericht München I verurteilte nun den Angeklagten mit Hinweis auf die Roheit und Gemeingefährlichkeit der Tat wegen Widerstands zur Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Bayern

Die bayerische Schwere Artillerie hinter Hitler

Bei der am vergangenen Samstag, den 27. Okt., im Mathäsersaal abgehaltenen außerordentlichen Versammlung des Landesverbandes der bayerischen Schweren Artillerie hielt der 2. Vorsitzende Wiesner einen Vortrag über die gegenwärtige Lage unseres Reiches. Der Redner teilte die Deutschen in Pazifisten, Marxisten und Nationalisten. Den beiden ersteren Gruppen zählte er in richtiger Erkennung alle diejenigen — also auch Rechtsstehende — zu, welche nicht national aktiv tätig sind. Die wuchtigen Ausführungen klangen aus in den Ruf: **Unser Volk, das deutsche Volk ist in Not, darum weg vom internationalen Schwindelsozialismus, hin zur nationalen Bruderliebe, zum nationalen Sozialismus. Die Worte des die Anwesenden hinreißenden Redners gipfelten in der machtvollen Betonung des Nationalsozialismus.** Die mit ungeheurem Beifall aufgenommene Rede gab Veranlassung, unter Führung des 1. Vorsitzenden, Oberstleutnant Trautmann, mit einem kräftigen „Zugleich" **sich geschlossen hinter Hitler zu stellen und sich sofort dem Deutschen Kampfbund anzuschließen.** Es ist die erste aktive Tat einer Regimentsvereinigung, ganz entsprechend ihrer Bestimmung. Wiederum ist die schwere Artillerie bahnbrechend vorangegangen. Der Abend schloß mit dem Ruf: „Dir wollen wir treu ergeben sein, der Flagge „schwarz-weiß-rot".

Alle ehemaligen Angehörigen der Schweren Artillerie und ihre Freunde wollen sich ungesäumt zum Eintritt melden. Anmeldungen täglich von 6—9 Uhr abends im „Bauerngirgl", Residenzstraße 20.

Wesentliche Verschärfung des deutsch-marxistischen Konflikts

Der bayerische Ministerrat, der zur Beratung der Note der Reichsregierung über die Wiederherstellung der Reichsbefehlsgewalt in der bayerischen Reichswehr für Montag in Aussicht genommen war, hat, wie schon gemeldet, nicht stattgefunden, sondern ist auf Dienstag vormittag verschoben worden. Die bayerische Staatsregierung will bei der großen grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedeutung die Angelegenheit nicht überstürzen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß es große und nachhaltige Verstimmung in München erregt hat, daß im selben Augenblick, in dem die Reichsexekutive gegen Sachsen eingeleitet wurde, auch der neue Schritt gegen Bayern getan wurde, was nach bayerischer Auffassung auf eine Planmäßigkeit des Vorgehens schließen läßt und den Verdacht erweckt, **daß die Aktion gegen Sachsen und der neue Schritt gegen Bayern in einem ursächlichen Zusammenhang miteinander stehen. In gut unterrichteten Kreisen wird jedenfalls betont, daß von einem Fallenlassen des Generals von Lossow als Landeskommandant nach wie vor keine Rede sein könne, und daß durch den neuesten Schritt der Reichsregierung der Konflikt zwischen Berlin und München wesentlich verschärft erscheine.**

*

Zu dem Ersuchen der Reichsregierung an Bayern schreibt die offiziöse „Bayerische Staatszeitung": Es ist doch ein ganz wesentlicher Unterschied, ob, wie es in Sachsen der Fall ist, eine Staatsregierung die Ordnung nicht aufrechtzuerhalten vermag und die Verhältnisse sich zu einer eminenten Gefahr für die öffentliche Sicherheit entwickeln läßt, oder ob, wie in Bayern, die Landesregierung Maßregeln trifft, die Ruhe und Ordnung sichern und die Autorität stabilisieren. Der Unterschied ist derart in die Augen springend, daß man hätte wünschen müssen, das Ersuchen der Reichsregierung wäre, wenn überhaupt, in einer anderen Form zum Ausdruck gekommen. So wie es erfolgt ist, erscheint es uns keineswegs geeignet, die Gegensätze zu mildern.

Endlich

Der Generalstaatskommissar hat folgende Anordnung erlassen: Auf Grund der Verordnung des bayerischen Gesamtstaatsministeriums vom 26. Sept. wird mit sofortiger Wirksamkeit das Erscheinen der „Münchener Post" wegen der Artikel „Bayerns Reichstreue" in Nummer 249 und „Ausweisung von Juden aus München" in Nr. 250 bis auf weiteres verboten. Unter das Verbot fällt auch jede andere Zeitung, die sich sachlich als Fortsetzung der „Münchener Post" erweist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, bestraft. — Wozu brauchte man einen solchen Anlaß? Das Parteiblatt des Verräters Hoffmann müßte grundsätzlich verboten werden.

An unsere bayerischen Brüder!

Das Elend, die Not in Deutschland schreien zum Himmel. Soll das so weitergehen? Einen eisernen Willen, ein einziges Nein dem Franzosen entgegengesetzt, nur das kann Erfolg für uns haben. Wir blicken voll Stolz auf euch, wie ihr das Land reinfegt von internationalen Elementen, wie ihr abschüttelt die internationalen Völkerbeglückungsideen. Hier oben hat man anderes zu tun. Da müssen sich die Parteien in dieser höchsten Not des Landes selbst zerfleischen. Unsere Blicke richten sich auf euch! Dort ist jetzt das Deutschland, das im Kampfe gegen den Erbfeind der beste Hort unseres Deutschtums ist. Bei euch ruht das Schicksal unseres geliebten deutschen Vaterlandes. Wir aber wollen und werden alle unsere Kräfte einsetzen, um euch im Kampfe für das völkische Deutschtum zu unterstützen.

Es lebe unser heißgeliebtes deutsches Vaterland!

Aschersleben, 30. Oktober 1923.

Der Wehrwolf,

Bund deutscher Männer, Landesverband Alt-Sachsen.

Erhaltung der deutschen Wirtschaftseinheit

Augsburg. In der Sitzung der Augsburger Handelskammer stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung: Kundgebung der Augsburger für die Erhaltung der deutschen Wirtschaftseinheit. Im Anschluß an den Bericht des Syndikus Dr. Meier über die wirtschaftlichen Zusammenhänge Bayerns mit dem Reiche und die Gefahren der Störung dieses Zusammenhanges faßte die Handelskammer folgende Entschließung: Angesichts der täglich steigenden Not verfolgt die Handelskammer Augsburg mit tiefer Besorgnis den Ausbruch und die Fortdauer des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reiche. Mit der politischen Seite des Konfliktes uns zu befassen, lehnen wir ausdrücklich ab. Dagegen halten wir es für unsere Pflicht, in aller Öffentlichkeit auszusprechen, daß im Interesse aller Teile des Reiches die deutsche Wirtschaftseinheit erhalten bleiben muß. Bayern kann sich weder ernähren noch wirtschaftspolitisch selbst genügen. Es ist groß und zu einem wirtschaftlich bedeutsamen Faktor geworden durch die Zugehörigkeit zum großen deutschen Wirtschaftsgebiet. Diesem liefert es auch ständig selbst unerschöpflich befruchtende Kräfte. Insbesondere steht das schwäbische Wirtschaftsgebiet in besonders starkem Zusammenhange mit der deutschen Gesamtwirtschaft und alle vorübergehenden Störungen des wirtschaftlichen Zusammenhanges mit den übrigen Teilen des Reiches müßten beiderseits schwerste Erschütterungen des gesamten Erwerbslebens und unheilvolle Wirrnisse in der wirtschaftlichen Orientierung Bayerns nach sich ziehen. Wir begrüßen die von der bayerischen Staatsregierung in unzweideutiger Weise erklärte Ablehnung der Loslösung Bayerns vom Reich. Die Ablehnung ist auch eine zwingende wirtschaftliche Forderung, die sich aus der engen Verbundenheit des gesamten deutschen Wirtschaftslebens ergibt. Wir erkennen dankbar die Bestrebungen der bayerischen Regierung an, Voraussetzungen für eine Gesundung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens zu schaffen und bayerische Belange im Rahmen des Reichsganzen zu wahren. Schließlich geben wir, nicht um wirtschaftlicher Sonderinteressen willen, sondern um dem Ganzen zu dienen, der Hoffnung Ausdruck, daß die entstandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bayern und dem Reiche alsbald eine grundsätzliche Lösung finden.

Die Hoffmanniade

Johannes Hoffmann, ehemaliger bayerischer Ministerpräsident, Volksschullehrer und Reichstagsabgeordneter, wollte zum zweiten Male Geschichte machen, und es sind Geschichten daraus geworden. Der Hoch- und Landesverrat, den er anzettelte, unterstützt von zwei typischen Novemberlingen, deren einer die gewöhnliche marxistische Laufbahn zur Futterkrippe zurücklegte und eine Zeitlang auch den bayerischen Landtag mit seiner Anwesenheit beehrte, ist einstweilen zusammengebrochen, und die Pfalz ist nach einer Bekundung von drüben noch nie so gut bayerisch gewesen als jetzt. Allein es ist sicher, daß der Hoch- und Landesverrat auf Widerruf noch nicht zu Ende ist, und daß der Versuch zum anderen Male unternommen wird, sobald sich die Verhältnisse günstiger gestalten und solange noch ein Franzose auf deutschem Boden steht. Denn der Verrat am Volke und Staate ist das eigentliche Wesen des Marxismus. Das hat die Vergangenheit bei jeder Gelegenheit gezeigt, man braucht sich nur an die schmähliche Herabsetzung der deutschen Würden und des deutschen Namens im Reichstage, sooft eine nationale Frage zur Entscheidung stand, zu erinnern, braucht nur an den größten Hochverrat, der jemals begangen wurde, das Verbrechen des Novembers 1918, zu denken.

Hoffmann hat an diesem Novemberverbrechen sein redlich Anteil gehabt. Er hat sich sofort dem Lumpen Eisner zur Verfügung gestellt und als Revolutionskultusminister wie als Vizeministerpräsident und Stellvertreter des Juden Kurt gewirkt. Während des Krieges stand Hoffmann im Geruch, zu den Unabhängigen übergetreten zu sein, doch trat das nach außen nicht hervor. Als Kultusminister hat Hoffmann sich beeilt, die geistliche Schulaufsicht abzuschaffen, und er hat diese „Großtat" triumphierend im Arbeiter- und Soldatenrat mitgeteilt; im übrigen ritt er als typischer Volksschullehrer sein Steckenpferd, das Lehrergesetz, und die Bamberger Landtagszeit im Sommer 1919 war in der Hauptsache mit den Beratungen über dieses Gesetz ausgefüllt, das heute schon wieder veraltet ist, den Lehrern mehr Nachteile als Vorteile gebracht hat und in absehbarer Zeit im Beamtengesetz aufgehen wird. Hoffmann war als Ministerpräsident eine starre, fanatische Persönlichkeit, die eigensinnig an einer vorgefaßten Meinung festhielt; bekannt ist sein bis zur Lächerlichkeit geführter Kampf gegen den Adel, den er restlos beseitigen wollte, und womit er dank des famosen Ermächtigungsgesetzes, das ihm ein impotenter Landtag gegeben hatte, auch eine Zeitlang durchdrang, bis die vernünftigere Auffassung, die man im Reiche der Sache angedeihen ließ, dem Adel wenigstens seinen Namen zurückgab.

Überblickt man das Wirken Hoffmanns in dieser Periode, dann tritt dem Beschauer das stets wiederkehrende Bild jener ersten Revolutionsepoche entgegen: Revolutionsgleichmacherei und -zerstörung, die jahrelang mit Aufbaugeschrei und Fortschrittsgebrüll begleitet war, dieweilen es sich doch um die gewöhnlichste und unsinnigste „Reaktion" handelte.

Ein besonders freudiger Bayer ist Hoffmann nie gewesen, als Ministerpräsident mußte er ihn aber markieren. Es entbehrt nicht einer leise ironischen Note, daß in seine Amtszeit die Angliederung von Koburg an Bayern fiel, welches Ereignis noch in den ersten Märztagen 1920 im Münchener Hofbräuhausfestsaal festlich begangen wurde. Am 20. März fand der Kapp-Putsch statt, und die Ministerpräsidentschaft Hoffmanns, der sich gerade im Ministerium des Äußern, dessen politische Aufhebung er übrigens betrieb, häuslich eingerichtet hatte, war zu Ende. Die Ära Kahr begann.

Diese Tatsachen muß man sich vor Augen halten, wenn man über den Hoch- und Landesverrat Hoffmanns und seiner Freunde in der Pfalz urteilen will. Hoffmann war Unitarier und Zentralist reinsten Wassers. Er hat schon immer höchstens das Deutsche Reich gelten lassen und während seiner Ministerpräsidentschaft alles gefördert oder wenigstens nicht bekämpft, das geeignet war, die Bundesstaaten zu bloßen Provinzen Berlins herabzudrücken. Mit dem Gedanken der pfälzischen Separation zunächst von Bayern hat dieser Mann, dem geschichtliche und namentlich dynastische Bindungen und Erinnerungen nichts galten, und der, wie jeder Marxist, der organischen Staatsauffassung seine Sandhaufen- und Massentheorie und seinen wirtschaftlichen Materialismus gegenüberstellt, sicher schon lange gespielt, und seine Abneigung gegen das rechtsrheinische Bayern wuchs, als Kahr zur Regierung kam, den er als Todfeind seines Wesens erkannte und haßte. Hoffmann, der bei den Juniwahlen 1920 wieder in den bayerischen Landtag gewählt worden war, legte das Mandat nieder und betätigte sich von da an im Reichstag, wo er bei allen Anlässen gegen Bayern vorging. Er konnte es nicht verwinden, daß er als Nachfolger einen Mann erhalten hatte, der ihm so ganz entgegengesetzt war, und er zog es vor, den Gefilden der bayerischen Politik von nun an ganz ferne zu bleiben. Hoffmann fühlte sich verdrängt, und sein Fanatismus stieg ins Ungemessene. Sooft sich ein günstiger Augenblick zu bieten schien, der verhaßten bayerischen Regierung eines anzuhängen, wurde er ausgenützt. Die schwierige politische und wirtschaftliche Lage Bayerns und der Pfalz mußte dazu herhalten, fortwährend mit Drohungen von einem Abmarsch der Pfälzer von Bayern weg gegen München zu operieren und so die Separationsstimmung in der Pfalz künstlich zu erzeugen. Sicher hat es auch die Regierung nicht an Ungeschicklichkeiten in der Behandlung der Pfälzer fehlen lassen; allein es wäre doch verfehlt, von einer gewollten Zurücksetzung der Pfälzer Landesteile zu sprechen. Es handelt sich mehr um Gefühlsmomente, die durch die räumliche Entfernung und Trennung bedingt sind und die ausgeschaltet wären, wenn Österreich auf dem Wiener Kongresse 1815 sein in den Verträgen zu Ried und Bogenhausen gegebenes Versprechen erfüllt und für eine Landbrücke zwischen dem links- und rechtsrheinischen Bayern gesorgt hätte, die von Würzburg über badisches und ehemals bayerisches Gebiet herzustellen gewesen wäre; die über 100 Jahre geleistete alljährliche Kontiguitätsentschädigung Österreichs an den bayerischen Staat in Höhe von 100 000 Gulden für die Nichteinhaltung des Versprechens bildete keinen ausreichenden Ersatz.

Begünstigt wurde die Hoffmanniade durch die Verschiedenheiten der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur beider Landesteile, die eine Verständigung schon oft erschwert haben.

Hoffmann hat widerrufen. Über die Verurteilung seines Vorgehens vom innen- und außenpolitischen wie vom moralischen Standpunkt aus herrscht nur eine Meinung. Freilich, Herr Hoffmann ist als Reichstagsabgeordneter immun, und er hat Schutz bei den Franzosen. Wenn aber je, dann kann man hier von einem Ertapptwerden auf frischer Tat sprechen, das die Wohltat der Immunität aufhebt. Mit Hoffmann sind indes auch noch andere Persönlichkeiten mitschuldig geworden, zwar in anderem Sinne. Man fragt sich hier vergeblich, warum ein kostspieliges Staatskommissariat für die Pfalz unterhalten wird, warum in Heidelberg eine Verbindungsstelle für die Wahrung der bayerischen Belange besteht, wenn das Land und die Regierung von einem solchen verräterischen Akt förmlich überrumpelt werden könne.

Das Rätsel löst sich, wenn es richtig ist, daß die Leiter der beiden Stellen, Geheimrat Wappes und Dr. Ritter von Eberlein, stark demokratische Anwandlungen haben. Denn die Herren Demokraten haben bei dem Verrat gegen Bayern, das sich zu einem Verrat gegen das Reich zwangsläufig entwickelt hätte, natürlich nicht fehlen dürfen, wenn auch der frühere Abg. Räschig (Ludwigshafen), ein steinreicher Mann, echter Demokrat, bei der Partie gegen „Kahrbayern" nicht mit war.

Es wird Sache der Regierung Kahr-Knilling sein, die Lage ins Lot zu bringen und die noch immer bedrohte Pfalz zu retten für Bayern, aber auch für das Reich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Politik, die in kluger Berücksichtigung aller Verhältnisse den alten Wahrspruch: **Bayern und Pfalz, Gott erhalts!** auf eine deutsche Formel bringt.

Die Treue der Pfälzer

Die pfälzischen ausgewiesenen Eisenbahner, die in der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -arbeiter organisiert sind, hatten für gestern zu einer Konferenz einberufen, in welcher u. a. eine Entschließung angenommen wurde, worin gefordert wird: Freilassung der Inhaftierten und Gefangenen, Rückkehr aller Ausgewiesenen, Wahrung aller erworbenen Rechte und volle Entschädigung aller verlorengegangener „Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände in Goldmark.

In der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Landesbauernkammer am 26. Oktober gedachte der Vorsitzende, Ökonomierat Kathely, Landau (Pfalz), des mißlungenen Abtrennungsversuches pfälzischer sozialistischer Führer und entbot den pfälzischen Landwirten, sowie der ganzen pfälzischen Bevölkerung den Dankesgruß ihrer linksrheinischen Brüder für die Treue, die sie einmütig zum Ausdruck gebracht haben, gegenüber den Bestrebungen abtrünniger Hochverräter. Er erinnerte an einen früheren Abtrennungsversuch derselben Kreise (1919), der ebenfalls an der Liebe und Anhänglichkeit der pfälzischen Bevölkerung zu ihrem Mutterlande kläglich gescheitert sei. Mit besonderer Genugtuung erwähnte Kathely den einmütigen Abwehrwillen, den gerade die sozialdemokratische Bevölkerung gegen den hochverräterischen Plan einiger Führer bekundet habe. Mit Freude und Genugtuung werde von der ganzen Bevölkerung der Pfalz der Antrag des Stadtrates von Ludwigshafen auf Absetzung der 2. Bürgermeister Kleefoth aufgenommen werden. Die Pfalz werde stets unerschütterlich zu Bayern und dem Reiche stehen und selbst unter den größten Opfern treu deutsch und treu bayerisch bleiben.

Sehr verständig

Kaiserslautern. Zur Separatistenbewegung in der Pfalz schreibt die pfälzische Presse u. a.: Die Aktion der Sozialdemokraten wird allen Bestrebungen, die auf die Trennung der Pfalz vom Reiche abzielen, ein neuer Ansporn sein. **Die bayerische Regierung hat unzweideutig erklärt, daß sie nicht an eine Trennung Bayerns vom Reiche denke: das muß der Pfalz genügen. Alles andere ist für uns nur von untergeordneter Bedeutung.** Glücklicherweise bilden die Führer der pfälzischen Sozialdemokratie nur ein kleines Grüppchen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft der Pfalz dürfte keineswegs in dieser Sache so geschlossen hinter ihren Führern stehen, wie diese es darstellen. Die bürgerlichen Parteien der Pfalz haben ihre Antwort am Donnerstag in einer großen Versammlung in Neustadt erteilt. Das Schicksal der sozialdemokratischen Aktion dürfte damit entschieden sein: sie ist ein Fehlschlag.

Was der Deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund erwartet

Die Vorstandschaft des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes hat, wie uns geschrieben wird, mit großer Genugtuung von den bisherigen Maßnahmen des Herrn Generalstaats-

Opfer des Wahnsinns

18 **von J. A. Rodionoff.**

Außerdem folgten die Familien der Offiziere der Armee und Tausende von Fuhrwerken all der flüchtenden Zivilpersonen, die sich vor der Wut der Bolschewisten gerettet und mit den weißen Truppen vom Norden Rußlands bis an den Don gezogen waren.

Der Wagenzug war über 12 Kilometer lang. Die Umformierung der Armee wurde schon auf dem Marsch vorgenommen, die Tschernezowzer der Partisanenbrigade des Generals Bogajewsky zugeteilt.

Sie hielten alle zueinander und blieben in einer Kompagnie.

Diese dahinziehende Freiwilligenarmee bot ein ganz ungewöhnliches Bild.

Über die ebene, unübersehbar weite Steppe, die mit einer dünnen Schneeschicht, die unter der Einwirkung der Februarsonne taute, knapp bedeckt war, ging zu Fuß durch den Schmutz patschend allen voran, in seinem langen, grauen Pelz und der hohen grauen Pelzmütze, den Säbel an der Seite und den Stock in der Hand, Kornilow selbst. Hinter ihm in ihren zottigen Mützen und ihrer buntscheckigen Tracht ein kleines Häuflein seiner berittenen Geleitmannschaft, mit dem jungen, schönen Chan Chadshieve an der Spitze. Das große dreifarbige Tuch der russischen Nationalflagge — die einzige, die um die Zeit in dem ganzen verunreinigten Rußland zu finden war — trugen an langer Stange nicht rein russische Leute — sondern Tekinzer.

Hinter ihnen blitzten in dünnen, aber festgefügten Reihen die Bajonette der Offiziersregimenter des General Markow und die Partisane Bogajewskys.

Die jungen Stimmen sangen melodisch und harmonisch ihr schon auf dem Marsch entstandenes schwermütiges Heldenlied:

Vorwärts, Kornilowzer, haltet Tritt!
Mit uns unser Held Kornilow zieht.
Glaubt es, in ihm uns ein Retter ersteht.
Das russische Volk er niemals verrät.
Kornilows Namen führen wir,
Stets wollen treu wir ihm sein,
Durch unsere Tapferkeit helfen wir,
Die Heimat aus Schanden befrein.

Während die Armee durch die südlichen Steppendörfer zog, hinderte sie nur der fast undurchdringliche Schmutz der auftauenden Wege.

Die Rostowzer Bolschewisten konnten ihnen nicht folgen.

Es hatte nur ein kurzes Gefecht in der Nähe der Chomutowsker Staniza stattgefunden.

Durch einige Kanonenschüsse hatten die Freiwilligen ihre Verfolger verjagt.

Die Donsche Kosakenbevölkerung begegnete im großen und ganzen den vertriebenen Ankömmlingen mit Wohlwollen, ja die alten Leute zeigten ganz offenkundig ihre Sympathie für Kornilow.

Futter und Lebensmittel waren im Überfluß vorhanden; es fanden sich warme und verhältnismäßig reinliche Unterkunftsstellen für die Nacht.

Allein die Frontkosaken[1], die schon von den Früchten der bolschewistischen Propaganda gekostet und jetzt ihre Kriegsrüstung abgeworfen und sich in ihre Schafspelze verkrochen hatten, verhielten sich den Freiwilligen gegenüber anders, als ihre weiseren Väter und Großväter.

Wenn die Frontkosaken, die, sorglos Sonnenblumensamen kauend, in blitzblank geputzten Stiefeln und Gummischuhen, mit geschmierten Pelzen, satt und zufrieden, daß sie den Militärdienst an den Haken gehängt hatten, auf den Schwellen ihrer schmucken und sauberen, verschiedenfarbig angestrichenen Häuschen standen, warfen sie sich beim Anblick der blassen, ermatteten, zerlumpten Freiwilligen, die auf den Dorfstraßen bis an die Knie in den klebrigen Schmutz der „schwarzen Erde" sanken, hämische Bemerkungen zu.

„Schaut, schaut, Brüder, da kommen die Kadetten[1], schlecht gekleidet. Donnerlittchen, das nennt sich Truppe, die haben ja alle in einer hohlen Hand Platz . . ."

„Nu, nu, Ihr Herrn Offiziere, knetet jetzt man Dreck, brecht Euch man jetzt Eure weißen Beinchen, wir haben es oft genug tun müssen. Schmeckt Ihrs jetzt? Scheint Euch nicht sehr zu gefallen? Seht, wie sie die Schnauzen hängen lassen! Habt jetzt wohl nicht g'rad herrschaftliches Essen, was, nicht sehr herrschaftlich? Schad' Euch nichts, jetzt könnt Ihr aushalten, was wir haben aushalten müssen. Jetzt müßt Ihr's Maul halten, und wir spielen mal an Euerer Stelle die Herren."

Die langschöpfigen „Bürger", die nicht geneigt waren, das Blut ihrer bolschewistischen „Brüder" zu vergießen, ahnten damals nicht, wie bitter und mit wie blutigen Tränen sie hier über sich selbst lachten, über ihre armen, jetzt fast ganz und gar ausgerotteten Familien, über ihr Hab und Gut, das zerstört und verjubelt und von ihren roten „Brüdern" in alle Winde zerstreut worden ist. Sie sahen es nicht voraus und dachten nicht daran, daß sie sich mit eigenen Händen ihr trauriges Los zogen, als sie über diese „Herren im Dreck" spotteten, daß es ihnen selbst ihre törichten Köpfe kosten würde.

Der rote Teufel hat sich später in der endlosen, wohlhabenden Donebene ordentlich ausgetobt, stahl, vernichtete und zerstörte alles bis auf den letzten Rest. Der Sozialist, der die Revolution bis auf den letzten Grund auskosten wollte, hat voll und ganz die „Errungenschaften" verwirklicht, die ihm in seinen schönsten Träumen vorschwebten! Ein blühender Landstrich ist in eine verpestete Wüste verwandelt worden.

Der Rauch der Feuersbrünste hat die schmucken, reichen Kosakendörfer und Ansiedlungen verhüllt. Der rote Teufel hat ihre Frauen, Töchter, Schwestern und Bräute vergewaltigt, die Greise erschossen, die schutzlosen Kinder durch Hunger und Kälte und Mißhandlungen zu Tode gequält.

Da kamen selbst die Langschöpfigen zur Besinnung und griffen nach den Waffen, doch zu spät! Jetzt bleichen ihre Knochen überall zerstreut auf russischer Erde. Auf den Feldern Polens, in den Steppen des Don- und Kubangebietes, in den Bergen des Kaukasus und der Krim, — und die wenigen, die leben geblieben sind, fristen elend, zerlumpt, als Bettler ohne Rechte ihr Leben überall in der Welt, unter fremdem Joch, hinter Stacheldraht oder erwerben sich durch sklavische Arbeit ihre spärliche Nahrung, oder kämpfen mit den Waffen in der Hand für fremdes Wohl um ihren endgültigen Untergang.

Diese prachtvollen, auf allen Schlachtfeldern gefürchteten Krieger werden jetzt gewissenlos ausgenutzt, und mit ihrem Blut handeln sowohl frühere Bundesgenossen als frühere Feinde.

Dort, wo seit uralten Zeiten behagliche, wohlhabende, freundliche Gehöfte und Kosakendörfer standen, ragen jetzt nur ausgebrannte Schornsteine und schwarze Trümmerhaufen empor. Der Steppenwind jagt mit klagendem Heulen dort graue Asche unter wuchernden Disteln und Steppengras hervor, wo noch vor nicht langer Zeit blühende Fluren grüßten.

Er erzählt die empörende Geschichte, wie durch gemeine, falsche Versprechungen ein ganzes Volk belogen, irregeführt und vernichtet wurde. Und mit welchen undenklichen Qualen, Leiden und Verhöhnungen seine letzten Lebenstage erfüllt waren. Doch wer hört's, wer beachtet es? Niemand. Er hat keine Zuhörer. Ja, Untreue ist eine schreckliche Sünde, aber furchtbar ist auch die Strafe, die darauf folgt.

Die prächtigen Wein- und Obstgärten, die wie eine ununterbrochene Girlande Hunderte von Kilometern das rechte bergige Ufer des blauen stillen Don einrahmten, sind jetzt vernichtet. Verwilderte Schweine, herrenloses Vieh, auch die ängstlichen Hasen zertrampeln und fressen ihre fruchtbaren Triebe und Wurzeln.

Dort gibt es nicht mehr den früheren schönen, gutmütigen, gastfreundlichen, arbeitsamen und kriegerischen Volksstamm.

Langbärtige, habsüchtige Herumstreicher mit bösen Raubtieraugen zogen wie die Heuschreckenschwärme aus allen Ecken des ausgeraubten, vertierten Rußlands herbei und fielen über die Ueberreste der von Feuersbrünsten zerstörten Wohnstätten her, fraßen alles, was noch unreif und halb ausgewachsen war, auf, verschleppten die letzten Besitztümer, brachten Frauen und Kinder der rechtmäßigen Besitzer um und führten untereinander wie die Köter um die Überbleibsel ihres Raubes fortwährenden Krieg. Dort, wo seit Jahrhunderten ein fleißiges, militärisches Regiment herrschte, wo harmonische, schneidige Kosakenheldenlieder erklangen, stöhnt jetzt die Luft von frechen Flüchen und ohrenzerreißenden, besoffenen, unflätigen Zotenliedern. Dort auf den öden Aschenhaufen des vor kurzem so schönen, blühenden, jetzt aber zerstörten und geschändeten Lebens, tanzt der augenblicklich triumphierende, doch dem Untergang geweihte, lumpige und betrunkene Demokrat seinen schauderhaften Todestanz.

Bis Leszanka, dem ersten Grenzdorf des Stawropolsker Gouvernements, zog die Freiwilligenarmee ganz unbehelligt von den Bolschewisten.

Bei Leszanka kam es zur ersten großen Schlacht, die mehrere Stunden dauerte. Den Freiwilligen trat hier die 39. Infanterie-Division entgegen, die eigenmächtig von der zerfallenden kaukasischen Front auf Nahrungssuche hierher gezogen war. Ihr schlossen sich fast vollzählig die gegen die Kadetten[1] gestimmten Bauern der anstoßenden Dörfer an, hauptsächlich Reservisten.

Die Freiwilligen stürmten wie auf dem Exerzierplatz fest gefügt auf die Roten, ohne einen Schuß abzugeben, und es kam zu einem fürchterlichen Handgemenge.

587 bolschewistische Tote blieben auf dem Schlachtfeld liegen, außer den Verwundeten. Die Freiwilligen hatten nur 2 Tote und 17 Verwundete.

Nachdem sie ihren Feinden diese blutige Lehre erteilt, zog die kleine Armee einige Tage unbehelligt dahin.

Doch war das nur die Stille vor dem Sturm.

Die Bolschewisten flohen zwar voll Entsetzen vor den Freiwilligen, doch ihre Führer zogen in den Dörfern und Städten neue riesige Streitkräfte zusammen in der Hoffnung, der kleinen Armee den Weg nach Jekaterinodar abzuschneiden, sie zu umzingeln und durch ihre erdrückende Übermacht und überreichlichen Geschosse und Munition vollständig von der Erdoberfläche zu vertilgen.

XIX.

Es war dunkle Nacht.

Kalter durchdringender Wind fuhr über die kahle, flache Steppe.

Schwere, schwarze, zerfetzte Wolken jagten über den Himmel, alle Augenblicke ihre Gestalten verändernd, bald den Himmel ganz verdeckend, bald sich hier und da auseinanderziehend, so daß ein paar schüchterne Sternchen durchblitzen konnten, die sich aber in der nächsten Sekunde wieder versteckten. Die Steppe war um diese Zeit menschenleer, schweigsam, finster, unheimlich drohend in ihrer ungastlichen Einsamkeit.

Nur auf einem Fleck, dort auf dem in der Dunkelheit sich nur schwachgrau abhebenden Weg, neben einer Telegraphenstange bewegten sich einige menschliche Gestalten.

Die Leute dort waren alle wach und munter, hatten ihre Gewehre in Händen und führten halblaut kurze, abgerissene Gespräche.

Neben dieser Gruppe, direkt auf der kalten, gefrorenen Erde lagen dicht aneinandergeschmiegt mehrere Leute lang ausgestreckt, man sah sie kaum, so wenig hoben sie sich vom Erdboden ab.

Sie schliefen den tiefen, schweren Schlaf vollständig ermatteter Menschen.

Es war dies eine der Partisanen-Feldwachen, die zur Sicherung der Freiwilligen-Armee einige Kilometer im Umkreise der Staniza aufgestellt waren, in der die Hauptmacht und der Wagenzug übernachtete.

Über den Köpfen der Partisane riß und zog der Wind an den bereiften Telegraphendrähten, so daß sie klangen, summten und sangen.

Die dicke Stange heulte trübselig immer im selben Ton den Baß dazu.

(Fortsetzung folgt.)

[1] Kosaken, die aus dem Kriege zurückgekehrt, ihre Truppenteile verlassen und nach Hause gegangen waren.

[1] Im Volk war der Name „Kadetten" zum Allgemeinbegriff für die bürgerlichen Parteien geworden.

[1] Der Ausdruck „Kadetten" war im Volke zur Bezeichnung geworden für alle bürgerlichen Parteien, alle „Burschuis".

kommissars von Kahr — Einstellung des Vollzuges der Republikschutzgesetzgebung, Streikverbot, Schutz der Arbeitswilligen vor dem sozialdemokratischen Terror, Entsetzung des Nürnberger Bürgermeister Luppe von der Polizeigewalt, Todesstrafe auf Landesverrat, Abwehr des unter sozialdemokratisch-marxistischem Einfluß erfolgten Eingriffes in die Polizeigewalt Bayerns anläßlich der Sache Geßler-Lossow — Kenntnis genommen und erblickt in ihnen den Beginn des tatkräftigen Kampfes gegen Marxismus, Internationalismus und Judaismus. Der Bund wird in Verfolgung aller Ziele, die die Wiedergeburt des deutschen Volkes und die Abwehr seiner Feinde bezwecken, Herrn von Kahr stützen, insbesondere bei den mit Spannung erwarteten, angesichts der ungeheuren Notlage äußerst dringlichen weiteren Maßnahmen zur Erfassung der seit 1914 erwucherten und erschobenen Vermögen, gegen den Geldhandel, die Bankenherrschaft, die Verschiebung und Zurückhaltung der Inlanderzeugnisse, das lästige Ausländertum einschließlich der Abkömmlinge des jüdischen Volkes, endlich gegen den Kernpunkt aller inneren Feindschaft gegenüber wahrem Deutschtum: die marxistischen Spitzenorganisationen aller Spielarten mit ihren Helfern, Gönnern und Zuhältern in Berlin.

Zum Beamtenabbaugesetz

Vom Bayerischen Beamtenbund wird uns geschrieben:

Der erweiterte geschäftsführende Ausschuß des Bayerischen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 20. Oktober l. J. zu der Frage des Beamtenabbaues eingehend Stellung genommen und dabei übereinstimmend folgenden Standpunkt eingenommen:

Die Beamtenschaft kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie ihre Pflicht im Dienste der Allgemeinheit mit Anspannung aller ihrer Kräfte erfüllt. Sie hält es deshalb für selbstverständlich daß im geplanten Beamtenabbau zuerst eine entsprechende Vereinfachung der Staatsverwaltung und eine weniger reichliche und besser geregelte Handhabung der gesetzgeberischen Tätigkeit vorausgehen muß, und daß insbesondere der Kreis der staatlichen Aufgaben durch Heranziehung der Selbstverwaltungskörper und Wirtschaftsträger entsprechend eingeschränkt wird.

Ein nach Erfüllung dieser Voraussetzung möglicher Abbau muß sich ferner auf alle mit Staatsaufgaben vertrauten Kräfte erstrecken, wobei die zur Erhaltung der Staatsautorität unbedingt notwendigen Beamtenrechte gewahrt bleiben müssen. Die Beamtenschaft hält es weiter für selbstverständlich, daß parteipolitische Rücksichten bei der Durchführung des Gesetzes vollständig ausgeschieden werden müssen, und daß nicht wie bisher der Beamtenkörper aus parteipolitischen Rücksichten durch nicht entsprechend vorgebildete Beamte vermehrt wird.

Endlich darf dabei der Dankespflicht an unsere durch die gewalttätige Willkür des Feindes ihrer Stellung beraubten ausgewiesenen und gefangenen Kollegen nicht vergessen werden.

Unter den angegebenen Voraussetzungen ist die Beamtenschaft bereit, das äußerste Maß dienstlicher Belastung auf sich zu nehmen, sie muß aber auch erwarten, daß ihre Arbeitsleistung in einer Weise entlohnt wird, die sie vor dem Mangel und der täglichen Entwertung des Geldes ganz anders als bisher schützt.

Denominationswucher

Schon jetzt trifft man auf dem Lande polnische und galizische Juden, die den dummen Bauern und Handwerkern die alten braunen Tausendmarkscheine und die alten blauen Hunderter abkaufen; so zahlten in der Koburger und Bamberger Gegend die edlen Hebräer in voriger Woche für den Hunderter drei und für den Tausender dreißig Millionen! Diese jüdischen Schnorrer wissen also aus irgend einer hohen geheimen Quelle ganz genau, daß diese alten „echten“ Geldscheine in absehbarer Zeit mehr wert sein werden als das andere Papiergeld, das von ihnen selbst als „Mist“ bezeichnet wird! Die bevorstehende „Denomination“ (Nullenstreichung) am jetzigen Mistgeld wird also, so muß man schließen, nach dem Wissen und Willen der oberen Juden an dem „echten“ Papiergeld vorbeigehen! D. h. die Börsenjuden der neuen Rentenbank werden das alte Papiergeld um einige Millionen Mist in ihre Hände bringen und werden ihm dann Goldwert verleihen! Man bringe mit diesem neuesten Judenraub das Verfahren in Einklang, an die Bauern Ware (Maschinen) um 100 oder 300 „Mark“ zu verkaufen mit Stundung der Summe, zahlbar im Oktober 24 oder 25!! Hoffentlich ist bis dahin von der Rentenbank und dem Denominationsschwindel kein Jota mehr übrig!! K.

Sonntagsfriede

Aus Bamberg wird uns geschrieben:

In der Kirchenzeitung für die Erzdiözese Bamberg (Beilage zu „Sonntagsfriede, Kirchenzeitung für das katholische Volk“), Schriftleitung: Georg Meixner in Bamberg, Nr. 41, vom 14. Oktober 1923, finden sich in einem „Die Bamberger und der Rosenkranz“ überschriebenen Artikel folgende Sätze:

„Mein Gott, diese Rosenkranzkultur war doch wirklich mit viel Segen und mit viel Idealismus und mit viel Treue verknüpft. Dieser einfache, schwachgliedrige Rosenkranz ist zur Stahlkette geworden, die mitgeholfen hat, daß Bamberg am katholischen Glauben festgeschmiedet blieb. Und als Gustav Adolf, der Schwede, mit der Schärfe seines Schwertes für den lutherischen Protestantismus missionierte bis nach Bamberg hin, blieb Bamberg, das rosenkranzbetende, katholisch und gut deutsch-kaiserlich, und es wird auch katholisch bleiben, wenn Adolf Hitler, der Nichtbayer, durch seine Gefolgschaft das indische Hakenkreuz an jedes Bamberger Haus schreiben [illegible].“

Eine solch unerhörte, an den Haren herbeigezogene Verdächtigung trägt eine Zeitung, die sich „Sonntagsfriede“ nennt und unter dem Schutze des Bamberger Erzbischofes steht, in die katholischen Familien. Was hat Hitler und seine vaterländische Bewegung dem Katholizismus getan? Wir kennen die dunklen Kräfte, die hier am Werke sind, das katholische Volk an der völkischen Bewegung irre zu machen. Dietrich Eckart hat sie in seinem Artikel „Landgraf werde hart!“ vom 18. Oktober treffend festgehalten.

Jüdische Frechheit und Sonstiges aus Kempten

1. Töchter eines Kemptener Metzgermeisters, die im elterlichen Geschäft als Verkäuferinnen tätig sind, tragen unser Hakenkreuz. Der sattsam bekannte hiesige Viehjude Loew läßt den Vater wissen, wenn seine Töchter das Hakenkreuz nicht ablegen, liefert er ihm kein Vieh mehr.

Was sagt der Herr Generalstaatskommissar zu dieser Anmaßung des fremdrassigen Juden, die Zuteilung von im Lande gewonnenen Lebensnotwendigkeiten von der Ablegung des Zeichens abhängig machen zu wollen, das allein ein unumwundenes Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur ehrlichen deutschen Arbeit kundgibt? Da gibt es nur eine Antwort: Sofortigen Entzug der Handelserlaubnis wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und deutscher Belange!

Wir wissen freilich: Jud Loew hat hochmögende Freunde. Wir erinnern an das allgemeine Ärgernis, das seinerzeit während des Krieges die lange Zurückstellung des kräftigen Juden vom Militärdienst, und als endlich seine Einziehung durchgesetzt war, seine baldige Entlassung erregte, weil sonst die Beischaffung des nötigen Viehes nicht möglich wäre. Loew wurde dann auch staatlicher Viehkommissionär.

2. Es besteht hier eine sich prächtig entwickelnde nationalsozialistische Jugendbewegung unter der Leitung unseres im Offiziersrock ergrauten Pg. Seuffert, eines Mannes, der durch seinen lauteren Idealismus, seinen geraden Charakter und durch die Abgeklärtheit seines Alters wie kaum einer zum Jugendbildner berufen ist.

Über den Kopf der beteiligten Eltern hinweg hat aber dieser Tage das Rektorat des hiesigen humanistischen Gymnasiums und der hiesigen Oberrealschule den Schülern der 1. bis 7. Klasse die Teilnahme an den Zusammenkünften unserer Jugendbewegung verboten. Gegen die Beteiligung an „Bayern und Reich“ dagegen wird nichts erinnert.

Offenbar soll dem Davonlaufen der jüngeren Leute aus „B. und R.“ auf diese Weise entgegengewirkt werden, nachdem „B. und R.“ bei allen aktiven deutsch empfindenden Elementen abgewirtschaftet hat.

Es paßt in diesen Zusammenhang, daß der Sohn des obenerwähnten Juden Löw die Bekanntgabe des Ukas in seiner Klasse der Oberrealschule mit Beifallsklatschen begrüßte.

3. Dieser Tage wurden die Häuser einiger hiesiger Hebräer, darunter das des Juden Löw, mit Hakenkreuzen beschmiert. Wiewohl es für jeden Kundigen auf der Hand liegt, daß dieser Dummejungenstreich nicht von Nationalsozialisten ausgegangen sein kann, weil diesen ihr Hakenkreuz viel zu heilig ist, als daß sie es durch Beklecksen eines Hebräerhauses verunehren möchten — sie würden höchstens den David- oder Sowjetstern dazu auswählen —, trotzdem beschuldigt die hiesige Ratschpresse die Nationalsozialisten der Täterschaft, und das Rektorat des humanistischen Gymnasiums — wohl auf das Gerede eines eifrigen „B. und R.“lers hin — bedrängt fortgesetzt einen hakenkreuzlerischen Gymnasiasten, er solle eine Tat eingestehen, die er doch niemals begangen hat.

4. Dafür wissen wir jetzt, daß die seinerzeit gemeldete falsche Depesche von einem Hitlerputsch in München von einem Mitglied von „B. und R.“ angeschlagen worden ist.

Es offenbaren sich da merkwürdige Zusammenhänge!

Ländliche Armut und Judenschloß

Weit verbreitet ist leider die Kampfstimmung der Stadtbevölkerung gegen die Bauern und viele können sich letztere nur als sorgenlos dahinlebende, profitgierige Gestalten vorstellen. Für solche Leute wäre ein guter Anschauungsunterricht empfehlenswert durch einen Besuch des **Niedernhaller und Ingelfinger Landes**, des **Kochertales**, mit seiner vorwiegend Kleinbauern- und Weingärtner-Bevölkerung. **Diese früher wohlhabende Gegend ist heute in erschreckendem Maße verarmt.** Die Metzgereien und Wirtschaften haben durchweg als unrentabel schließen müssen und es wird einem Fremden sehr schwer fallen, eine Unterkunft zu finden, oder außer Brot ein annehmbares Essen aufzutreiben.

Der Ertrag der letzten Weinernte war infolge der Geldentwertung nach wenigen Monaten aufgezehrt und die diesjährige Ernte ist von sehr geringer Ergiebigkeit, so daß sich die Einheimischen zum großen Teil in einer traurigen Lage befinden.

Auch zum Kapitel der Zurückhaltung von Feldfrüchten seitens der Bauern können in jener Gegend interessante Betrachtungen angestellt werden. Man kann sich dort davon überzeugen, daß von den im **Kochertal stark vertretenen jüdischen Händlern** Pferde und andere für die Landwirtschaft notwendige Artikel niemals gegen Papiergeld verkauft werden, sondern nur im Tausch gegen Getreide, Kartoffeln und sonstige Naturalien. So soll ein **einziger jüdischer Großhändler in E. ungeheuere Mengen Getreide in seinen Lagerhäusern aufgestapelt haben**, um es zurückzuhalten, und es wäre jedenfalls gut, wenn die Geschäftsmethoden dieser edlen Menschenfreunde gründlich geprüft würden.

Zwischen all der ländlichen Armut beginnt in idyllischer Gegend, bei W. am Kocher, einem Ort ohne Bahnanschluß, ein herrliches Schloß seiner Vollendung entgegen zu gehen, an dessen Herstellung ein Teil der Ortschaft sowie fremde Ingenieure, Architekten, Installateure usw. schon seit geraumer Zeit arbeiten. Auch sind Berliner Kunstmaler, deren Namen weniger von Rang, als in gewissen Kreisen von Klang sein dürften, mit der Ausschmückung der Wände und Decken beschäftigt. Es wird mit einem ungeheueren Aufwand und unter Nichtachtung der in die ungezählten Trillionen gehenden Kosten gearbeitet, es werden Parkanlagen geschaffen, Autohallen errichtet, und man fragt sich, wer ist dieser Finanzfürst mit seinen scheinbar unerschöpflichen Geldquellen, der hier in der Einsamkeit seinen strahlenden Glanz verbreiten läßt?

Es ist kein anderer als der Kammerpräsident des Fürsten zu Hohenlohe, **Herr von Kleefeld**, der Schwager des Reichskanzlers Dr. Stresemann. Kleefeld, ein nicht unbekannter Jude, der sich unter der Monarchie noch den Adelstitel erwarb, hatte vor einiger Zeit ein verfallenes und verwahrlostes Schlößchen von dem Fürsten erworben, um es zu einem großartigen Palast neu aufzubauen. — Der Fürst von Hohenlohe ist ja mit seinen, in dem jetzt Polen gehörenden Teil Schlesiens gelegenen Besitzungen nicht gerade rühmlich bekannt. Dr. Stresemann und sein Kollege Hilferding hatten bekanntlich sehr schöne Aufrufe an den Besitz erlassen, dem Vaterlande seine Opfer zu bringen und den arbeitenden Kreisen hat man sie auch, ohne lange zu fragen, abgenommen, soweit überhaupt noch etwas herauszuholen war.

Es wäre nun doch interessant, zu wissen, wie es mit den, von dem Schwager des Reichskanzlers dem Vaterland gebrachten Opfern steht, und wie er trotzdem noch dazu kommt, das liebliche einfache Kochertal mit seinem jüdischen Prunk zu verpesten.

In der dortigen Gegend spricht man auch davon, daß Kleefelds Palais eines Tages auch unseren verehrten Herrn Reichskanzler in seinen Mauern aufnehmen wird, wenn er sich von den Staatsgeschäften zur wohlverdienten Ruhe zurückgezogen haben wird, was wohl schon in den nächsten Wochen erfolgen dürfte.

*

Bayerische Rundschau

Augsburg. (Lieber geschenkt als verkauft.) Eine Hamsterin aus Augsburg versuchte, wie den „Augsburger Neuesten Nachrichten“ glaubwürdig erzählt wird, dieser Tage in verschiedenen Ortschaften im Schwäbischen Kartoffeln zu bekommen. Jedoch vergeblich. Die Bauern erklärten, sie wüßten nicht, was sie mit den Papierfetzen anfangen sollten. Als die Hamsterin dann bat, man möge ihr doch Kartoffeln schenken und mit dieser Bitte in mehrere Häuser eintrat, hatte sie in kürzester Zeit drei Zentner Kartoffeln beisammen. „Um Gottenlohn“, meinte ein Bauer, „kannst Kartoffeln haben. Die Münzen gilt bei uns no.“

Kempten. (Ein Bild unserer Zeit.) Der Stadtrat richtete an die hiesigen Bäder eine Aufforderung, in den kommenden Tagen möglichst viel Brot bereitzustellen. Die Leute hätten seit ein paar Tagen kein Brot mehr kaufen können, weil sie keinen Pfennig Geld mehr hatten, während nach dem Zahltage die Nachfrage naturgemäß sehr stark sein werde.

Günzburg. (Jugendlicher Selbstmörder.) In seiner Wohnung hat sich der 18 Jahre alte Banklehrling Franz Weng aus Offingen erschossen. Weng, der starker Morphinist (!) war, dürfte wegen drückenden Familienangelegenheiten zur Waffe gegriffen haben.

Landshut. (Die Not der Arbeitslosen.) Trotz wiederholter Reklamation des Landshuter Arbeitsamtes waren in den letzten Tagen die Gelder für die Erwerbslosenfürsorge nicht eingetroffen. Infolgedessen gab es erregte Ansammlungen von Arbeitslosen, die natürlich mit Sehnsucht nach ihrer Unterstützung verlangten. Drei Mann begaben sich zum stellvertretenden Rechtsrat und erhielten auf Verlangen einen Vorschuß zugesagt. Daraufhin ging die Demonstration wieder ruhig auseinander.

Edelshausen. (Gefecht mit Wilderern.) Hiesige Jagdpächter gerieten im Forst bei Berg mit Wilderern zusammen und es kam zu einem Feuergefecht. Die Wilderer ergriffen die Flucht und entkamen unerkannt. Einer von ihnen dürfte eine Verletzung davongetragen haben.

Dorfen. (Tödlich verunglückt. Am Samstag fuhren mehrere Kinder auf einem Fuhrwerk vom Feld nach Hause. Die Pferde scheuten und rasten mit der Last querfeldein. Die Kinder wurden vom Wagen herabgeschleudert und der sechsjährige Bäckerssohn Michael Wimmer geriet unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Lindau. (Vorarlberger Liebesgabenspende für Lindau.) Auf sechs Lastautos trafen am Samstag nachmittags Vorarlberger Liebesgaben für die bedrängten Klein- und Sozialrentner der Stadt Lindau ein. Der Transport enthielt 360 Zentner Kartoffeln, eine bedeutende Menge Fett, ferner Mehl, Brennholz usw. Die Aktion stellt den Dank für die vor vier Jahren ausgeübte Liebestätigkeit der Stadt Lindau für die damals bedrängte Bevölkerung von Bregenz dar.

Hilpoltstein. (Ein Schwein = zwei Unterhosen.) Ein Landwirt in unserem Bezirk verkaufte vor kurzem ein ziemlich schweres Schwein um 10 Milliarden. Anderntags schon — damit das Geld nicht entwertet werde! — kaufte er in Roth ein und erhielt um 10 Milliarden zwei Unterhosen für seine beiden Mädchen. — Dann wundert man sich noch, wenn der Bauer von den Ebertrubeln nichts mehr wissen will.

Ludwigshafen a. Rh. (Unwetter in der Pfalz.) Die in den letzten Tagen in der West- und Saarpfalz niedergegangenen Regenfälle, verbunden mit einem starken Oktobergewitter, haben ausgedehnte Überschwemmungen verursacht, die großen Schaden anrichteten. In Zweibrücken drangen die Wasserfluten in die niedrig gelegenen Straßenteile, wo Ladenräume und Keller überschwemmt wurden. In Ixheim ist der Hornbach über die Ufer getreten. Zahlreiche Kartoffeläcker und Gärten stehen unter Wasser. Erdrutsche entstanden in der Umgebung von Ernstweiler. Auch die Orte Bubenhausen, Hornbach, Blieskastel, Homburg, Landstuhl, Oberauerbach sind durch das Hochwasser schwer in Mitleidenschaft gezogen. Wiesen, Gärten, Äcker sind von den Wassermassen überflutet. Da die Felder vielfach noch nicht abgeerntet sind, erleiden die Besitzer empfindlichen Schaden.

Koburg. (Ein Auto beschossen.) Ein Privatauto, das voll besetzt war, wurde bei Rottenbuch beschossen und schwer beschädigt. Eine Dame erlitt einen Schuß in den Oberschenkel.

Erklärung

Ergänzend zur letzthin schon gebrachten Erklärung des Fürsten Karl Wrede erhalten wir von dessen Rechtsvertreter noch folgenden Brief:

Beiliegend gebe ich Ihnen meine Erklärung auf die Artikel der Münchner Post vom 29./30. IX. 23 und des Miesbacher Anzeigers vom 17. X. 23 bekannt.

Daß den Genossen von der Münchner Post der Ruf „Aufgesessen“ unsympathisch ist, ist leicht erklärlich. Wissen die Herren Gegner doch, daß in demselben Augenblick, wo die letzten Reiter wieder aufsitzen, für sie die Zeit zum „absitzen“ kommt. Wenn sich der Miesbacher Anzeiger die Mühe genommen hätte, selbst im letzten Gotha und Semigotha nachzuschauen, dann hätte er nicht ohne Prüfung geschrieben, was ihm andere vorgeschrieben oder vorerzählt haben.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Sektion Sendling. Am Mittwoch, 31. Okt., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Khidlerburg“, Sendling (Ecke Khidler-Oberländerstr.) die Gründungsversammlung der Sektion Sendling statt. Parteimitglieder und Gesinnungsfreunde sind dazu eingeladen.

*

Jugendbewegung. Die Ortsgruppe München nimmt geschlossen an der Trauerkundgebung der gefallenen Helden Münchens teil. Sammelpunkt und Zeit werden noch bekanntgegeben. Für die Kundgebung benötigen wir dringend eine Kriegsflagge. Parteigenossen, die uns dieses Ehrenzeichen der alten Armee und Marine zur Verfügung stellen wollen, werden höflichst um ihre Anschrift ersucht.

Ortsgruppe München.

Dienstes-Nachrichten

Höheres Lehramt. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde vom 16. Oktober l. J. an der im zeitlichen Ruhestande befindliche, mit dem Titel und Rang eines Studienprofessors ausgestattete Studienrat Dr. Franz Xaver Thalhofer, zuletzt an der Lehrerbildungsanstalt Pasing, auf sein Ansuchen als Studienrat an der gleichen Anstalt in etatmäßiger Weise wieder angestellt.

Staatsforstverwaltung. Vom 1. November an wird der meister Friedrich Frhr. v. Reitzenstein von Hammelburg auf das Forstamt Allersberg versetzt.

Landesfinanzamt München. Vom 1. November an wird der Steuerbetriebsassistent Johann Lindemann des Finanzamts Weilheim in gleicher Diensteseigenschaft zur Oberfinanzkasse München und der Kanzleiassistent Lilly Rüffel der Oberfinanzkasse München als Steuerbetriebsassistent zum Finanzamt Weilheim versetzt.

Staatsforstverwaltung. Vom 1. Nov. an wird der Forstassessor Hermann Schrott von Bamberg zum Forstamtmann beim Forstamt Kötzting ernannt.

Justizdienst. Vom Staatsministerium der Justiz wurden mit Wirkung vom 1. November an der Vollstreckungssekretär bei dem Amtsgerichte Neukirchen Franz Speckmaier auf die Stelle eines Gerichtsassistenten bei dem Landgerichte Kempten, der Gerichtsassistent bei dem Amtsgerichte Nürnberg Friedrich Hankele in gleicher Diensteseigenschaft an das Amtsgericht Schwabach, der Kanzleiassistent bei dem Landgerichte München 1 Alois Selmayr in gleicher Diensteseigenschaft an das Amtsgericht München, sämtliche auf ihr Ansuchen in etatmäßiger Weise versetzt, dem Kanzleiassistenten der Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte Kempten Karl Koderitz die erbetene Entlassung aus dem Staatsdienste bewilligt, der Hilfsassistent bei dem Amtsgerichte Landstuhl Viktor Rikart zum Kanzleiassistenten bei dem Amtsgerichte Kusel, der Hilfsassistent bei dem Amtsgerichte Pirmasens Heinrich Zwick zum Kanzleiassistenten bei dem Amtsgerichte Germersheim, beide in etatmäßiger Eigenschaft ernannt; der Hilfsassistent bei dem Amtsgerichte München Karl Piehler zum Kanzleiassistenten bei dem Amtsgerichte Miesbach, der Hilfsassistent bei dem Amtsgerichte Zweibrücken Friedrich Herwerth zum Kanzleiassistenten bei dem Amtsgerichte Germersheim, beide in etatmäßiger Eigenschaft ernannt. Mit Wirkung vom 1. Dezember an der Kanzleiassistent außer dem Stande der Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte Bayreuth Friedrich Schwab auf die statusmäßige Stelle eines Kanzleiassistenten bei dem Landgerichte Bayreuth in etatmäßiger Weise versetzt.

Heil- und Pflegeanstalten. Vom 1. November an wird der Hauptkassenverwalter bei der Kreis-Heil- und Pflegeanstalt Haar, Gottfried Herterich, zum Verwaltungsoberinspektor bei der Kreis-Heil- und Pflegeanstalt Erlangen in etatmäßiger Eigenschaft ernannt.

Bergwerksverwaltung. Vom Staatsministerium der Finanzen wird vom 1. November an der Obersteiger bei der Grubenbetriebsleitung Eichstätt Jakob Sonn wegen nachgewiesener Dienstunfähigkeit auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt.

Straßenaufsicht. Mit Wirkung vom 1. Oktober ab werden der Straßenaufseher Franz Goß in Vilsbiburg und der Straßenaufseher Georg Zauner in Pfeffenhausen in etatmäßiger Weise zum Straßenoberaufseher der Gruppe III der Besoldungsordnung in ihrer bisherigen Station befördert.

Landesfinanzamt Nürnberg. Der Postbetriebsassistent Gg. Straßer aus Tirschenreuth wird vom 1. November als Steuerbetriebsassistent endgültig in die Reichsfinanzverwaltung übernommen und an das Finanzamt Heinau versetzt; der Steuerinspektor Martin Wirth bei dem Finanzamt Spalt vom 1. Oktober an an das Finanzamt Hilpoltstein versetzt; der Steuerinspektor Eugen Kastner des Finanzamts Neunburg v. W. vom 1. April an an das Finanzamt Walderbach versetzt; der Steuersekretär Theodor Drescher bei dem Finanzamt Bayreuth vom 1. Oktober an zum Obersteuersekretär ernannt; der Steuersekretär Georg Schrüfer bei dem Finanzamte Neumarkt i. O. vom 1. Oktober an zum Obersteuersekretär ernannt.

Gendarmeriedienst. Versetzt ab 1. Oktober der Wachtmeister Wilhelm Jäger von Gunzenhausen nach Pleinfeld; der Oberwachtmeister Joseph Schlereth von Aschach nach Steinach; die Wachtmeister Johann Bott von Pfarrweisach nach Hammelburg, Johann Schwarz von Kissingen nach Königsberg, Joseph Kitz von Kissingen nach Randersacker, Albert Dachs von Kissingen nach Aub, Johann Bitzthum von Kissingen nach Baunach; der Oberwachtmeister Konrad Junker in Leeder auf die Stelle eines Stationskommandanten bei der Gendarmeriestation Haupeltshofen; die Wachtmeister Joh. Huber von Erkheim nach Buchenberg, Johann Hermann von Rennertshofen nach Wiggensbach, Bernhard Grimm von Haupeltshofen nach Gundelfingen, Rudolf Gehring von Nesselwang nach Augsburg, Michael Birzle von Gundelfingen nach Holzen, Otto Schick von Pfronten-Weißbach nach Nesselwang. — Versetzt auf die Stellen von Stationskommandanten: Gendarmerie-Assistent Julius Link in Bayreuth bei der Gendarmeriestation Thurnau; die Oberwachtmeister Jos. Heinfling in Hohenau bei der Gendarmeriestation Hohenau, Otto Schuh in Neukirchen hl. Blut bei der Gendarmeriestation Neukirchen hl. Bl., Georg Fendt in Möhren bei der Gendarmeriestation Möhren, Joseph Schneider in Lammerdingen bei der Gendarmeriestation in Lammerdingen. — Versetzt: der Wachtmeister Hans Dünkel in Bayreuth auf die Stelle eines Kanzlei-Assistenten bei der Gendarmerie-Abteilung der Regierung von Oberfranken, K. d. J.

Justizdienst. Im Namen der Regierung des Freistaates Bayern wurden mit Wirkung vom 1. Oktober an der Assessor Dr. Christian Hohe auf sein Ansuchen von der Verpflichtung zum Antritt der Stelle eines Obersekretärs am Amtsgericht Nördlingen entbunden; mit Wirkung vom 1. November an der Oberinspektor bei dem Amtsgericht Germersheim, Kanzleirat Joh. Jak. Klippel, auf sein Ansuchen auf Grund des Art. 47 Ziffer 1 des Beamtengesetzes in den dauernden Ruhestand versetzt und ihm in Anerkennung seiner Dienstleistung der Titel und Rang eines Rechnungsrates verliehen, der bei dem Amtsgericht Germersheim verwendete Inspektor Karl Leibrock in gleicher Diensteseigenschaft an dieses Gericht in etatmäßiger Weise berufen; der Inspektor bei dem Amtsgericht Germersheim Heinrich Benzinger auf sein Ansuchen in gleicher Diensteseigenschaft an das Landgericht Frankenthal in etatmäßiger Weise versetzt; der Obersekretär am Amtsgericht Schwabach Michael Hermann Gundelsheimer auf sein Ansuchen auf Grund des Art. 47 Ziffer 1 des Beamtengesetzes unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt; der Obersekretär am Amtsgericht Nürnberg Alfred Stengel auf die Stelle eines Sekretärs am Amtsgericht Schillingsfürst; der Obersekretär am Amtsgericht Herzogenaurach Werner Leisner auf sein Ansuchen in gleicher Diensteseigenschaft an das Amtsgericht Nürnberg; der Sekretär am Amtsgericht Schillingsfürst Friedrich Rahmer auf sein Ansuchen in gleicher Diensteseigenschaft an das Amtsgericht Herzogenaurach; der Obersekretär der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II Friedrich Spitzer auf sein Ansuchen auf die Stelle eines Obersekretärs am Landgericht München I, sämtliche in etatmäßiger Weise versetzt; der am Amtsgericht Miesbach verwendete Obersekretär Ludwig Röck in gleicher Diensteseigenschaft an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II in etatmäßiger Weise berufen; der Sekretär am Amtsgericht Vilsbiburg Arnulf Zizelsberger auf sein Ansuchen auf die Stelle eines Sekretärs außer dem Stande bei diesem Gericht in etatmäßiger Weise versetzt und bestimmt, daß er ausschließlich bei der Grundbuchbereinigung zu verwenden ist; der Obersekretär am Landgericht Kempten Friedrich Rief in gleicher Diensteseigenschaft an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kempten in etatmäßiger Weise versetzt; der Inspektor bei dem Landgericht Nürnberg Oberinspektor Friedrich Schwalb zum Oberinspektor bei diesem Gericht; der Obersekretär am Amtsgericht Nürnberg Emil Bernhard Wolfbauer zum Inspektor bei diesem Gericht; der Sekretär am Amtsgericht Starnberg Erwin Feuerstein, der Sekretär am Amtsgericht Nürnberg Wilhelm Lippold, der Sekretär am Amtsgericht München Edmund Keller, der Sekretär am Amtsgericht Straubing Karl Winkler, der Sekretär am Amtsgericht Bayreuth Georg Schöffel zu Obersekretären an diesen Gerichten; der Sekretär außer dem Stande bei dem Amtsgericht Bamberg Georg Kunzelmann zum Obersekretär außer dem Stande bei diesem Gerichte; der Kanzleisekretär am Amtsgericht Neustadt bei Koburg Andr. Knoch, der Gerichtsassistent bei dem Amtsgericht München Karl Hartmann, der Gerichtsassistent bei dem Amtsgericht Fürstenfeldbruck Christian Pronold zu Sekretären an diesen Gerichten, sämtliche in etatmäßiger Weise befördert; der im zeitlichen Ruhestande befindliche Sekretär am Landgericht München I Andreas Knoller wegen fortdauernder Dienstunfähigkeit unter Anerkennung seiner Dienstleistung im Ruhestand für immer belassen.

Staatsforstverwaltung. Vom 1. November an werden zu Oberforstmeistern auf ihren derzeitigen Dienstesstellen befördert die mit dem Titel und Range eines Oberforstmeisters bekleideten Forstmeister Johann Wappes, Vorstand des Forstamtes Neustadt a. H.-Nord, zurzeit Verweser des Forstamtes Miltenberg, Friedrich Rober in Ebersberg, Karl Bauschinger in Dillingen, Peter Graßmann in Rosenheim, Christian Schneider, Vorstand des Forstamtes Passau-Nord und Johann Jordan in Schweinfurt; in gleicher Diensteseigenschaft auf ihr Ansuchen versetzt der Oberforstmeister Max Seeholzer von Riedenburg auf das Forstamt Lohr-Ost und der mit dem Titel und Rang eines Oberforstmeisters bekleidete Forstmeister Joseph Roth von Lellenfeld auf das Forstamt Oberammergau; berufen der mit dem Titel und Range eines Oberforstmeisters bekleidete Forstmeister Gustav Lettenmayer, Vorstand des Forstamts Neuburg a. D.-Ost, zurzeit zur Dienstleistung beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds beurlaubt, auf das Forstamt Starnberg, die Forstmeister Joseph Nirschl, ebenfalls zurzeit zur Dienstleistung beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds beurlaubt, von Münchsmünster auf das Forstamt Ruhpolding-West und Richard Reiter von Tettau auf das Forstamt Burgberg, ferner der Forstamtmann Wilhelm Eisele beim Forstamte Oberammergau nach Hofolding, Forstamts Sauerlach; Oberforstmeister Viktor Frantz, Vorstand des Forstamtes Dahn, von der Verwesung des Forstamtes Starnberg entbunden und dem Forstmeister Heinrich Götz, Vorstand des Forstamtes Passau-Süd, der Titel und Rang eines Oberforstmeisters verliehen. Vom 1. November an werden in gleicher Diensteseigenschaft auf ihr Ansuchen versetzt die Forstverwalter Franz Antretter von Langheim nach Seßlach, Forstamts Buch a. F., Friedrich Primbs von Lutzmannstein, Forstamts Parsberg, nach St. Wolfgang, Forstamts Isen, und Otto Greiner von Seßlach nach Langheim, Forstamts Lichtenfels; berufen der Oberforstverwalter Xaver Sollacher, zurzeit zur Dienstleistung beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds beurlaubt, von Straßberg, Forstamts Münchsmünster, nach Klosterberg, Forstamts Schrobenhausen, die Forstverwalter Franz Xaver Stadler von Achthal nach Derching, Forstamts Eurasburg, und Albert Peter Koenig beim Forstamte Seeshaupt nach Achthal, Forstamts Teisendorf; vom 1. Dezember 1923 an der Forstverwalter Max Gürtner beim Forstamte Tegernsee in gleicher Diensteseigenschaft nach Raiten, Forstamts Marquartstein-West, berufen; vom 1. Januar 1924 an auf ihr Ansuchen unter Anerkennung ihrer Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt die Oberforstmeister Konrad Messerer in Frauenaurach, Forstamts Erlangen-Ost, und Joseph Petzold in Altmugl, Forstamts Mähring. Vom 1. November 1923 an in gleicher Diensteseigenschaft versetzt der Oberforstverwalter Hermann Weixler von Rettenbach nach Roßhaupten, Forstamts Sulzschneid; berufen der Oberforstverwalter Max Röckseisen, zurzeit zur Dienstleistung beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds beurlaubt, von Zandt, Forstamts Stammham, nach Rettenbach, Forstamts Sachsenried, die Forstverwalter Christian Wolf, zurzeit zur Dienstleistung beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds beurlaubt, von Denkendorf, Forstamts Stammham, nach Kimratshofen, Forstamts Kürnach, Ludwig Holl beim Forstamte Waldsassen nach Griesbach, Forstamts Mähring, Georg Hohenner von Brücklas, Forstamts Wunsiedel, nach Warmensteinach, Forstamts Weidenberg und Franz Grau von Painten, Forstamts Riedenburg, nach Lutzmannstein, Forstamts Parsberg. Vom 1. Dezember an der im zeitlichen Ruhestande befindliche Oberforstverwalter Joseph Aschauer in Eurasburg auf sein Ansuchen unter Anerkennen seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt.

Katholischer Kultus. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde die katholische Pfarrei Obereuerheim (BA. Schweinfurt) dem Priester Valentin Röder, zur Zeit Pfarrer in Donnersdorf (BA. Gerolzhofen), übertragen.

Briefkasten

D. H., Mauritiushafen. Betrag erhalten, auftragsgemäß verwendet. Für Spende besten Dank!

Anonym, München! Geben Sie uns an, in welchem Bezirk Sie die Zeitung wünschen!

„E. U. Bjelovar.“ Geld richtig eingegangen und Ihrem Zeitungskonto gutgebucht. Ihre weiteren Bestellungen werden erledigt.

Weihnachtsdamenkomitee der O. G. Kempten: Herzlichsten Dank für übersandte Schenkung. Schreck (O.Kdo.).

Fink in Wien XIX. Für übersandte Postanweisung herzl. Dank. Schreck (O.Kdo.).

Handel Finanz- und Wirtschaftspolitik

Schutz der Arbeit und dem Kapital

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt unterm 6. Oktober d. J.:

„Die Lage auf dem Weltmarkt ist, verglichen mit der ersten Nachkriegszeit, sehr viel günstiger. Wenn wir trotzdem mit einer großen Arbeitslosigkeit und Absatzkrise in Deutschland zu rechnen haben, so liegt das weniger an den Verhältnissen des Weltmarkts als daran, daß unsere Produktionskosten zum Teil zu hoch sind. Der Leiter eines der vorzüglichsten deutschen Stahlwerke errechnete vor einiger Zeit, daß eine Tonne Stabeisen in Deutschland und mit deutschem Material hergestellt, über 70 Schilling teurer ist als eine Tonne englischen Stabeisens. Für die Kohlenpreise gilt ähnliches.“

So das Unternehmerorgan. — Dazu bemerkt der „Freie Angestellte“, Zeitschrift des (marxistischen) Zentralverbandes der Angestellten, am 17. Oktober 1923:

„Es ist tatsächlich nicht zu bestreiten, daß die deutschen Waren den Weltmarktpreis vielfach überschritten haben. Die Löhne können daran nicht schuld sein. Es liegt dies vielmehr an der Preispolitik der Unternehmer, d. h. an den zu hohen Gewinnen, die sie einzutreiben gewohnt sind. Demgemäß ist auch die Forderung erhoben worden, die deutschen Unternehmer müßten sich zur Förderung des Auslandsabsatzes mit geringeren Gewinnen begnügen.“

Hier wird also dem Unternehmensgewinn die Schuld gegeben. Die Unternehmer — wie auch die „Bergwerkszeitung“ — aber wollen die Arbeitszeit verlängern, um die Produktionskosten zu verkleinern. Wer hat nun recht? — Das wird man am besten entscheiden können, wenn man volkswirtschaftlich urteilt.

Englisches Stabeisen ist also jetzt bei uns billiger als deutsches Stabeisen. Es muß zunächst als möglich hingestellt werden, daß daran Löhne und Gehälter oder daß daran zu hohe Gewinne oder beide zusammen schuld sein können. Dann ist aber die Position Rohstoffe einzustellen. Eisen wird aus Erz mittels verkokbarer Kohle hergestellt. Das Eisenerz Lothringens, das uns vor dem Kriege 80% unseres Bedarfes lieferte, ist uns verschlossen. Wir müssen also jetzt Erz aus dem Auslande zu einem uns vorgeschriebenen Preise beziehen. England hat aber noch immer wie vor dem Kriege 10,80% des erschlossenen Erzvorrates Europas in seinem Boden. Die einzig verkokbare Kohle Europas gibt es in England und im Ruhrgebiet. Die Ruhrkohle ist uns verschlossen. England hat dagegen wie vor dem Kriege immer noch die 24,20% des erschlossenen europäischen Kohlenvorrates in seinem Boden. Ist es deshalb so verwunderlich, wenn englisches Stabeisen billiger ist? In den Preisen für Eisenerz und Koks sind ja die Eisenpreise vorbedingt. Mittels Eisen und Kohle werden auch alle anderen Produkte hergestellt. Also müssen auch sie zu teuer sein. Wir müssen also notgedrungen das Zuviel der Rohstoffpreise durch Ersparnis an anderen Positionen ausgleichen.

Dafür kommen zunächst Löhne und Gehälter, eigentliche Produktionskosten und Gewinne in Betracht. Alle drei haben ihr Mindest, unter das sie nicht sinken dürfen, wenn wir nicht planmäßig Arbeitskraft und Arbeitsmittelschutz ruinieren wollen. Die Arbeitskraft muß so entlohnt werden, daß sie durch Aufnahme genügender Lebensmittel im weitesten Sinne immer wieder neu erstellt werden kann. Dieses Mindest ist heute erreicht, wenn nicht gar schon überschritten. Auf Kosten der Arbeitskraft kann also der Exportpreis nicht verbilligt werden.

Wie aber ist es mit dem Gewinn? Er ist der Beitrag zur Erhaltung des Kapitals, das durch seine Verwendung bei der Arbeit abgenutzt wird. Das Kapital aber ist die im Arbeitsmittelschatz aufgespeicherte Wirtschaftsenergie. Auch dieses Mindest an Gewinn ist heute erreicht, wenn nicht schon unterschritten. Auf Kosten des Gewinns kann also der Exportpreis auch nicht verbilligt werden.

Es kommt aber darauf an, daß Arbeitskraft und Gewinn richtig ausgewertet werden, daß also die Arbeitskräfte restlos angewendet werden und der Gewinn auch restlos zum Kapital komme. Beide dürfen nicht vergeudet werden. Das aber geschieht heute zum Teil.

Indem wir das Übel der Arbeitskraftvergeudung zu bekämpfen trachten, stoßen wir auf die Position: Andere Produktionskosten. Diese werden durch die Kurzarbeit zweifellos verteuert. Wir wollen gleich bemerken, daß die Kurzarbeit einen moralischen Zweck erfüllen soll. Denn es ist für die gesellschaftliche Moral der Masse nicht einerlei, ob ein täglich wachsender Teil von ihr gänzlich arbeitslos ist, oder ob ein großer Teil wenigstens zwei oder drei Tage in der Woche beschäftigt wird. Aber volkswirtschaftlich betrachtet, verhindert die Kurzarbeit zweifellos die restlose Ausnützung der Anlagewerte, also des investierten Kapitals, und bewirkt dadurch eine Schmälerung der Ergiebigkeit der Arbeit. So betrachtet, ist also — unter einer Bedingung allerdings! — die Ersetzung der Kurzarbeit durch verlängerte Arbeitszeit keineswegs ganz falsch, zumal die Mehrarbeit in einem Betriebe größeren Materialverbrauch zeitigt, also im anderen Betriebe mehr Arbeitskräfte notwendig macht. Aber eben nur im Laufe der Zeit, nicht sofort. Die sofortige Folge wird zweifellos eine außerordentliche Vergrößerung der Arbeitslosigkeit sein, deren moralische Nachteile nur allzusehr auf der Hand liegen. Man muß also gleichzeitig die in der Privatwirtschaft überflüssig werdenden Arbeitskräfte wo anders einsetzen. Glücklicherweise hat der alte, falsche Begriff der Notstandsarbeit bereits dem neuen, besseren Begriff der Erwerbslosenfürsorge Platz gemacht. Es muß gleichzeitig versucht werden, die privatwirtschaftlich überflüssigen Arbeitskräfte volkswirtschaftlich anzusetzen. Wohnungsbauten, Verkehrsanlagen, namentlich Kanäle, Wasserkräfte, Urbarmachung, geleitet durch den Staat als Unternehmer, bedeuten eine Verbesserung des Gesamtkapitals. Die Entlohnung kann also sehr gut durch Gewinnbesteuerung aufgenommen werden, während das Unternehmungskapital gegen die Schwächung aus dieser Besteuerung mittels organisierten Kreditwesens gestützt werden könnte.

Wie aber ist es mit der Bekämpfung der Gewinnvergeudung? — Damit kommen wir noch zu einer vierten, bis jetzt nicht genannten Position. Sie heißt Privatkonto und Verzinsungskonto. Der Gewinn wird heute unter dem Reiz der Geldentwertung viel zu sehr für die Lebenshaltung des Arbeitgebers und des Kapitaleinlegers in Anspruch genommen, und der Gewinn wird so seinem Zwecke, das Kapital zu erhalten, zu einem unvernünftig großen Teil entzogen. Das beweist die allgemein in seiner ganzen Größe kaum zu bemerkende übersteigerte Lebensführung der Kreise, denen der Gewinn irgendwie zugänglich ist. Es gilt, den Gewinn dem Kapital zu erhalten. Das kann geschehen, indem man das Versicherungswesen in die kapitalistische Selbstverwaltung der Arbeitnehmerschaft überführt, mit der gesetzlichen Verpflichtung, der unmittelbaren Anlegung des Kapitals im Boden und in den Anlagewerten der gesamten Wirtschaft, und indem man zugleich die bisherigen Arbeitgeberanteile durch Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ersetzt und um ein Mehrfaches erhöht. Dadurch entzieht man dem Luxus der Lebenshaltung den Boden, ohne das Unternehmungskapital zu schwächen, und man stärkt das Sozialkapital auf Kosten des krassen, unsozialen Leihkapitals.

Man sieht, weder „Bergwerkszeitung“ noch Zentralverband der Angestellten haben recht. Das Richtige wird man erst finden, wenn beide Teile — Arbeitnehmer wie Arbeitgeber — sich zum Schutz der Volkswirtschaft die Hand reichen — wenn also die Arbeitnehmerschaft sich national einzustellen weiß, und die Arbeitgeberschaft nicht minder, und so dem Staat die Macht geben, sich als Sachwalter der Volkswirtschaft zu betätigen. Paul Bröcker.

*

Geld und Arbeit

Der in Folge 213/214 veröffentlichte Artikel „Das neue Geld“, zu dem wir keine kritische Stellung genommen hatten, zog eine Reihe von Einsendungen an die Schriftleitung nach sich, aus denen wir den Artikel unseres Pg. v. Kellerbauer (Nürnberg) herausgreifen. Er ist als Erwiderung auf jene Ausführungen gedacht, ohne erst durch sie veranlaßt zu sein. Eine Stellungnahme behalten wir uns auch diesem Beitrag gegenüber vor. D. R.

Die Frage, **ob wir eines neuen Geldes bedürfen**, um die Schäden der jetzigen Papiergeldüberschwemmung zu beseitigen, beantworte ich mit **Nein.** Alle die Schwierigkeiten, eine neue Währung zu finden und ihr den nötigen realen „Gold“-Untergrund zu geben, fallen mit fort, wenn wir an das Geld den **richtigen Maßstab** anlegen. Messen wir mit dem, so ist die **Mark noch viel besser als der Dollar**, was auch zu beweisen ist. Wenn am 20. Oktober das Pfund Rindfleisch in Nürnberg 1,2 Milliarden kostete und der Dollar auf 30 Milliarden stand, so konnte man für 1 Dollar in Deutschland 25 Pfund Fleisch kaufen, während man in Amerika selbst für das Pfund 40 Cents zahlt, also für 1 Dollar 2,5 Pfund erhält, d. h. der Dollar hat, in Papiermark umgesetzt, die **zehnfache Kaufkraft** als in Cents! (Im Frieden aber kaufte man 2⅓ Pfund Fleisch für 1 Dollar und für 2 Goldmark, die nur ½ Dollar gelten, für 4 Goldmark also 5 Pfund Fleisch!)

Die **Kaufkraft** ist der einzig richtige Maßstab für den Wert des „unter staatlichem Zwang geschaffenen Tauschmittels“, Geld genannt.

Die Vorkämpfer der **Metallwährung** (Gold- oder Silberwährung) behaupten, als staatliches wertbeständiges (d. h. in seiner Kaufkraft gleichbleibendes) Tauschmittel tauge nur ein Metall, das selbst wirtschaftlichen Wert in sich berge. **Wie falsch** dieser Gedankengang ist, zeigt folgendes. Es ist noch nicht lange her, da besaßen solide Staaten die Silberwährung, der Taler war das Normalgeld. Als aber plötzlich in Mittel- und Südamerika sehr reiche Silberminen entdeckt wurden, stürzte das Silber im Kurse, es verlor seinen Währungswert und wurde vom Golde verdrängt; d. h. als das **Silber billig wurde**, weil es in **zahlreicher Menge** gewonnen werden konnte, wurde es untauglich zum „wertbeständigen“ Tauschmittel. Wenn heute plötzlich Goldminen in großer Zahl das gelbe Edelmetall zum halben oder drittel Preise zu liefern imstande wären als bisher, so würde **das Gold im Preise stürzen** — und die **Goldwährung mit!**

Es ist auch nicht der wirtschaftliche Eigenwert, der dem Golde oder Silber die Geeignetheit zum Währungsmetall verlieh, sondern im Gegenteil die Unverwendbarkeit in der Wirtschaft: außer zu Zierat und Zahnkronen kann man das Gold wirtschaftlich nicht brauchen. Silber, das viel brauchbarer ist und auch viel mehr wirtschaftlich verwendet wird, hat gerade deshalb (durch seine Billigkeit) seine Eignung zum Gelde verloren. Unser bisheriges Silbergeld war nur Scheidemünze! Wenn der **wirtschaftliche** Wert eines **Metalles** maßgebend wäre, so würde das Platin das vornehmste Edelmetall für Währungszwecke sein; aber gerade weil es industriell höher ausgenützt werden kann als im Speicher der Bank, dient **es nicht** als Währungsmetall.

Nicht das Geld oder Gold ist der Wertmesser für die Arbeit, **sondern die Arbeit** ist der **Wertmesser für das Gold.** Diese Beziehung zwischen Geld und Arbeit wird bisher ganz außer acht gelassen, obwohl die Metallwährungsverfechter den Wert ihres Goldes nach Arbeitswert festsetzen. Die letzten **Folgerungen** aus diesem Zusammenhang **stürzen** allerdings die bisher für absolut gehaltene **Goldwährung**, und damit den jüdischen **Valutaschwindel**, völlig um. Der Beweis ist einfach: Das Silber verlor seine Eignung zum Währungsmetall, als es gelang, mit **gleicher Arbeitsleistung** doppelt und fünffach so große Mengen zu fördern als vorher, es wurde zu billig. **Gold** wurde — anscheinend in alter Silbermark! — das Kilo zu 2670 Mark Wert berechnet, weil die zur Gewinnung erforderliche **Arbeit soviel kostete.** Gelingt es morgen, mit gleicher oder geringerer Arbeitsleistung infolge Entdeckung neuer Goldgruben die doppelte Menge Gold zu fördern, so wird das Kilo Feingold eben nur die Hälfte „wert“ sein als bisher. **Wertmesser ist also nicht das Gold, sondern die Arbeit.**

Es ist also keineswegs notwendig, „auch die Arbeitsleistung des ganzen Volkes und damit des einzelnen als Grundlage für eine neue aufzubauende Währung beizuziehen“, wie der Verfasser des übrigens wertvollen und viel Richtiges enthaltenden Aufsatzes „Das neue Geld“ meint; es ist nicht notwendig, erst eine neue „Einheitenwährung“ zu schaffen, die doch nur eine „noch nicht abgeschlossene Währung“ wäre; **es genügt unser jetziges Papiergeld**, um alle die verlangten Maßnahmen durchzuführen und alle die nötigen Wirkungen zu erzielen. Der **erste Akt** des ganzen Läuterungsverfahrens **ist allerdings Sperrung der Notenpresse**, dieses Wälder und Volksvermögen fressenden Ungeheuers! Daraus folgt alles weitere von selbst.

Als man dem Kanzler Cuno von marxistischer Seite winkte, er solle gehen, begründete man dies damit, daß seine Ruhrpolitik den Papierumlauf von einer auf 20 Billioren vermehrt habe. Als wir eine Billion hatten, stand der Dollar auf 20 000, als wir 20 Billionen hatten, auf 1 100 000. War der erste Stand des Dollars richtig, so hätte der zweite 20 × 20 000 = 400 000 sein müssen. Was darüber war, stammte von der Spekulation.

Ein zweiter Maßstab für Festsetzung des Dollarkurses ist im Vergleich der Kaufkraft gegeben. Am 28. Januar 1923 gab die „Neuyorker Staatszeitung“ in einem Aufruf zur Ruhrspende Lohn- und Preistabellen bekannt, aus denen hervor-

Münchener Theater- und Vergnügungs-Anzeiger

Theater-Spielplan

National-Theater
Mittwoch, 31. Okt., abends 7 Uhr: Die Vögel.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 7 Uhr: Fidelio.

Residenz-Theater
Mittwoch, 31. Okt., abends 7,30 Uhr: Alles um Geld.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 7 Uhr: Urfaust.

Prinzregenten-Theater
Mittwoch, 31. Okt., abends 7 Uhr: Weh dem, der lügt.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.

Theater a. Gärtnerplatz
Mittwoch, 31. Okt., abends 7,30 Uhr: Die Siegerin.
Donnerst., 1. Nov., nachm. 3 Uhr: Dreimäderlhaus.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 7,30 Uhr: Die Siegerin.

Schauspielhaus
Mittwoch, 31. Okt., abends 7,30 Uhr: Des Esels Schatten.
Donnerst., 1. Nov., nachm. 3,30 Uhr: Über die Kraft.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 7,30 Uhr: Ein Traumspiel.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Mittwoch, 31. Okt., abends 7,30 Uhr: Wiener Blut.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 7,30 Uhr: Wiener Blut.

Volks-Theater
Mittwoch, 31. Okt., abends 7,30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Donnerst., 1. Nov., nachm. 3,30 Uhr: Der Müller u. sein Kind.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 7,30 Uhr: Der Müller u. sein Kind.

Münchner Theater (Blumensäle)
Mittwoch, 31. Okt., abends 7,30 Uhr: Die Hamburger Filiale.
Donnerst., 1. Nov., nachm. 3,30 Uhr: Der Müller u. sein Kind.
Donnerstag, 1. Nov., abds. 7,30 Uhr: Der Müller u. sein Kind.

Kleine Anzeigen im Völkischen Beobachter haben besten Erfolg!

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53464
Direktion
Max Pfahler.
Täglich abends 8 Uhr:
Das große Oktober-Programm
mit
Alois Pöschl
Ab 10½ Uhr:
Bar Wien-München

Tabarin Luitpold
Salvatorplatz 4. Tel. 27799
Ellen Eléna
Denti Margot
usw.
— Kein Weinzwang —
Sonntags 4 Uhr
TANZ-TEE

Rosen-Casino
Vornehmes Wein- und Speisehaus
Schommerstraße 19
am Stachus
Täglich
Künstlerkonzert
Tanz

Torggelstube
Platzl 8
Telephon 20976 — neben Hofbräuhaus

SERENISSIMUS
Am Siegestor Dir. F. RANDOW Fernruf 31491
Ab 1. Nov. Dagobert, wo warst Du?
Sketsch mit Bruno Wünschmann u. das große Programm

WEINHAUS
ODEON-KASINO
WITTELSBACHERPLATZ
Kapelle Duval
Nachmittagstee 4–6 U. / Ab 8 U. abds. Restaurat.-Betr.
Telephon 25809 und 25810

Weingaststätte Damböck
Barer Straße 55
Telephon 28316

Wein-Restaurant
Fledermaus
Schwanthalerstraße 1

Gaststätte Foerster
Liebigstraße 8 — Telephon 23655
Vorzügliche Küche .. .. Bestgepflegte Weine

German Böhm, München
Abteilung: Tattersall
an der Amalienstraße 49. Telephon 26476
Reitsportliche Veranstaltungen
Individueller Reitunterricht
Studenten bedeutende Ermäßigung

Löwenbräu-Keller
Große Konzerte

Bunter Vogel
Tel. 23327 — Adalbertstr. 41a — Linie 10
Gutbürgerliches Haus
Täglich Stimmungskonzert

Gediegene Herren- und Damenwäsche, Ia Strümpfe
Josef Krapp
Adalbertstraße 60
Schwanthalerstraße 43
Eingang Goethestraße

PARFUMERIE
SCHNEIDER
SCHELLINGSTRASSE 69
FEINSEIFEN UND TOILETTEGEGENSTANDE

Die führende polit. Wochenschrift ist das
„Heimatland"
Auf nationaler und völkischer Grundlage führt das „Heimatland" einen zielbewußten Befreiungskrieg gegen alle äußeren und inneren Feinde des deutschen Volkes.
Schriftleitung und Verlag, München, Sendlingertorplatz 1, Fernruf 54190, Postscheckkonto München 33747.
Bestellungen nimmt der Verlag sowie alle Postanstalten des Reiches jederzeit entgegen.

Heilanstalt für
Haut- und Geschlechts-
Haar- u. Harnleiden, Sex. Neurasth.
Sprechstunden: 10–1 und 3–6½ Uhr
Dr. med. J. Kopp
Dachauer Str. 15, nächst dem Hauptbahnhof

Am Hauptbahnhof
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Ankauf von
BRILLANTEN
Becher, Ringe, Ketten, Dosen usw.
Uhren, Gold, Silber, Platin, Zähne, Gebisse
Hans Straßberger
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Luxussteuerfreier Verkauf. Ankauf von Gemälden

Hakenkreuz-
Brosche, Anhäng., Châtelaine mit schwarzweißrotem Band, Nadeln, Edelweiß in Alpaka u. Email. Edelmetallanfertigung auf Bestellung. Große Auswahl zu jeweilig. Tagespreis. Ortsgruppen und Vereine Vorzugspreise.
NB! Bei Veranstaltungen, wie Deutsch. Tag (Verkaufsstand) im Festsaale der N.S.D.A.P.
Versand nur gegen Voreinsendung des Betrages (Preisliste 0,25 Goldmark) auf Postscheckkonto München 45592 Louis Frankl sowie 50 Millionen für Porto, Verpackung und Einschreibgebühr.
Louis Frankl
München-Ost
Sedanstr. 5/o r.

Ankauf · Verkauf
gebrauchter
Herrenkleider
Militärkleider
Spezialgeschäft:
Heinrich Herfert
Bayerstraße 1/I., / Tel. 51375
Verleih
von Hochzeits-, Gesellschafts-Anzügen / Zylindern

Deckel- u. Geschirrzinn
Quecksilber
Lötzinn
kauft Zinngießerei
Bentenrieder
Fraunhoferstr. 20 Tel. 25378

Efka-Roller
Hand-Tiegeldruck-Presse
Druckt alles in höchster Vollendung!
Kein Farbbanddruck!
Richtiger Buchdruck!
3 Größen
12 × 16
15 × 24
24 × 34

Generalvertretung für Bayern:
„Bavaria"
Bürobedarfshaus Passau
Wittgasse Nr. 3 — Inh. J. Schröder — Fernruf 360
Export nach Deutschösterreich und Tschechoslowakei
Parteigenoss. erhalten entsprech. Ermäßigung.
Verlangen Sie bitte Angebot u. Druckmuster!

Ihre Anzeige hat Erfolg
wenn Sie dieselbe im „Völkischen Beobachter" aufgeben

Stellenmarkt

Jüngerer HERR (Dame)
mit guter kaufmännischer Vorbildung als
Registrator
gesucht.
Angebote mit Zeugnisabschriften und selbstgeschriebenem Lebenslauf unter 1670 an die Anzeigen-Abtlg. d. Blattes.

Student
23 Jahre, mit nat.-soz. Gesinnung, kaufmännisch u. banktechnisch vorgebildet, mit Schreiben und Stenographie vertraut,
sucht Stellung,
möglichst in Bayern. Zuschriften unt. S. 1676 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger
Taschenmacher
welcher auf Reisetaschen, Damentaschen und Aktenmappen eingearbeitet ist, findet sofortige Aufnahme und dauernde Beschäftigung. Bewerber wollen ihre Zeugnisabschriften senden an
August Lepuschitz
Lederwarenerzeugung,
Klagenfurt (Deutschösterr.)

Verschiedenes

Wenig gebrauchter, gut erhaltener
Grudeherd
mit Grudekoks
Umständehalber zu verkaufen.
Gefl. Angebote unter 1673 an die Anzeigen-Abt.

Verlagsangestellter
wünscht für sofort
möbl. Zimmer
zu mieten. Gefl. Zuschriften an H. Johne, Verlag „Völkischer Beobachter", Thierschstraße 15.

Offizierswitwe u. Krankenschwester
bittet Parteigenossen zur Sicherung einer Existenz um Abgabe eines
möblierten Zimmers
gegen zeitgemäße Bezahlung. — Gefl. Anschriften an Hardt, Augustenstraße 62/1.

Reeller, fachmänn. Ankauf von
Gold, Silber, Platin, Gebissen, Zähnen, Doublé,
Brillanten
Rudolf Nicolodi
Goldschmied
Corneliusstr. 31 (Laden)
zum höchsten Tagespr.

ging: ein deutscher Arbeiter der Schwerindustrie verdiente damals wöchentlich 1,44 Dollar = 30 000 Mark, ein amerikanischer 30 bis 50 Dollar = 600 000 bis 1 000 000 Mark! Ein deutscher Arbeiter konnte sich für seinen Wochenlohn 30 Laib Brot kaufen, ein amerikanischer für 30 Dollar 300 Laib Brot! **Ist die deutsche Arbeitskraft weniger wert** als die amerikanische? Ist die Arbeitsleistung, das Erzeugnis deutscher Hände und deutschen Geistes nicht ebenso hochwertig wie das amerikanischer? **Warum ist der Lohn nicht gleich an Kaufkraft?** Das jetzige Verhältnis bedeutet, daß Amerika mit seiner Arbeitseinheit das Zehnfache in Deutschland kaufen kann, während Deutschland für das Produkt einer Arbeitseinheit (oder den Wert einer Währungseinheit) zehn Einheiten bezahlen muß! Hier liegt die Ausbeutung und Verarmung!

Dazu kommt die **spekulative Grundlage,** nicht nur wie die Protokolle der Weisen von Zion sie fordern für die Industrie, sondern auch für das Geldwesen. Wie das solide gütererzeugende Kapital verwandelt wurde in das zinstragende, bewegliche Börsenpapier (den Kapitalismus), so ist das „vom Staat mittels seiner Autorität zum Tauschmittel zwangsweise bestimmte" **Geld zur Spekulationsware gemacht worden!** Der Staat, der doch das Münzregal besitzt, hat kein Bestimmungsrecht mehr darüber. **Börse und Bank,** die das Gold aufspeichern, geben demselben einen beliebigen **Kurs,** wie der **Aktie!** Hierauf beruht eine weitere **Ausbeutung der Arbeit anderer:** Stand der Dollar auf 180 Millionen, und ein Händler ging mit 1000 Dollar, nachdem sie gewechselt waren, ins deutsche Land und kaufte für 80 Milliarden Waren, so ging er am nächsten Tage wieder mit 1000 Dollar samt den Waren, die er **„umsonst gekauft"** hatte, aus dem Lande, weil der Dollar auf 100 Millionen gefallen war! Man berechne den Raub an der deutschen Volkswirtschaft, wenn „große Herren" mit Millionen von Dollars „arbeiten", Herren, die selber den Kurs des Dollars machen!

Ein letzter Maßstab für die **Festsetzung** des **Verhältnisses der Papiermark zur Goldmark** (und damit zur Einheitenwährung, denn die Goldmark ist Arbeitsmark!) ist aus folgendem zu ziehen: Vor dem Kriege betrieb Deutschland seine ganze Wirtschaft (bei 22 Milliarden Außenhandel!) mit rund 9 Milliarden baren Zahlungsmitteln. Rechnen wir nun, daß wir an Land und Leuten, und damit an Volksvermögen und an Arbeitskraft, durch den Krieg 4/9 verloren haben, so dürften wir z. B. **noch 5 Milliarden an „Einheitenwährung"** besitzen. Zur Zeit, da Cuno 20 Billionen Papier gemacht hatte, würde also das Verhältnis der Papiermark zur Gold- oder Einheiten-Mark gewesen sein 20 000 Milliarden zu 5 Milliarden, d. h. der Kurs der Goldmark durfte nicht höher sein als 4000! Da der Dollar, der mit rund 4 Einheiten bewertet wird (Goldwert 4.25 M.), auf 1 100 000 stand, errechnete sich die Goldmark mit rund 250 000 Papiermark! — 246 000 „Punkte" waren also jüdischer Spekulationsschwindel!

Die Wertschätzung, die der Jude der ehrlichen Arbeit entgegenbringt, offenbart sich nirgends zynischer als in diesem Kursstand unserer Einheitenwährung! Zugleich zeigt sich aber auch die riesige verbrecherische Schuld unserer Reichsregierungen, die unsere Währung, d. h. den Ertrag unserer Arbeit, dem Juden zu seinem Börsenspiel überantwortet haben, von der zielbewußten Versklavung durch Zinsknechtschaft ganz zu schweigen!

Das Verfahren, das ein völkischer Reichsschatzmeister einzuschlagen hätte, um Ordnung in unser Geldunwesen zu bringen, wäre also folgendes:

1. Er stellt die Notenpresse still und gibt die zuletzt gedruckten Massen von 100 Milliarden- und Billionenscheinen nicht mehr aus.

2. Er stellt die in Umlauf befindliche Papiergeldmenge fest und bringt sie aus dem Mittel, das sich unter Anwendung der verschiedenen Maßstäbe errechnet, in ein festes Verhältnis zur Goldmark, gleichzeitig im Inland wie im Ausland: der Dollarkurs wird fixiert! Das heißt: der Valuta-Ausländer erhält für Dollar, Pfund und Frank nicht mehr Kaufkraft, als seine Währung in seiner Heimat hat!

3. Sämtliche Börsen werden geschlossen. Kurszettel gibt es nicht mehr, weder für Sorten noch für Effekten.

4. Alle Preise werden nach Gold-(d. h. Einheiten-)Währung festgesetzt, dann ebenso alle Gehälter und Löhne. Jede Preissteigerung wird bestraft.

5. Mit der Herausgabe eines neuen Einheiten-Papiergeldes (in Goldwährung und nicht über 5 Milliarden!) wird das „Mist"-Papiergeld schrittweise eingezogen. Dieses neue Papiergeld könnte in seiner Geltungsdauer von vornherein befristet sein, um das Hamstern und geheime Spekulieren zu verhüten.

6. Aller „Devisenverkehr" mit dem Auslande muß selbstverständlich für Einfuhr und Ausfuhr durch eine wirklich staatliche Reichsbank gehen; diese hat als Organ der nationalen Volkswirtschaft darüber zu wachen, daß nicht durch übermäßige Einfuhr eine passive Handelsbilanz und dadurch ein Kurssturz der „Einheitsmark" erfolge.

Alle Weiterungen ergeben sich von selbst. Ich glaube, daß ein Währungsdiktator auf Grund obiger Erkenntnisse binnen 24 Stunden den ganzen „Mist" aus dem Augiasstall unserer internationalen Goldversklavung, die durch das spekulierende Judentum herbeigeführt ist, hinausschwemmen kann!

Gottfried Feder sagt sehr richtig: „Wir haben soviel Geld, wie wir erarbeiten!"

Die Goldquittungen bayerischen Großwasserkräfte

Über die in diesen Tagen zur Ausgabe gelangenden Goldquittungen der Bayerischen Großwasserkraftwerke wird uns mitgeteilt:

Die bayerischen staatlichen Großwasserkraftwerke, Walchenseewerk G.-G. und Mittlere Isar A.-G., geben zusammen mit dem Großstromverteiler, der Bayernwerk-A.-G., unter samtverbindlicher Haftung dieser drei Gesellschaften und unter Bürgschaft des bayerischen Staates Empfangsbescheinigungen im Betrage von 3 Millionen Goldmark aus, die in Stücke zu 4,20, 8,40, 21,00 und 42,00 Goldmark = 1, 2, 5 und 10 Dollar eingeteilt sind, und am 1. Dezember 1927 mit einem einer 5prozentigen Verzinsung gleichkommenden Aufgeld eingelöst werden. Die Stücke sind in einer Länge von 13 und einer Höhe von 9 Zentimeter in handlichem Format gehalten. Vom 1. März 1924 ab können die Stücke vom Inhaber durch Vermittlung sämtlicher Niederlassungen der Bayerischen Staatsbank kostenlos in 4prozentige Walchensee-Goldanleihe umgetauscht werden. Die Stücke werden ausschließlich durch Vermittlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie der Organisationen des Landesprodukten- und Viehhandels in den Verkehr gebracht, welche die Stücke beim Einkauf von Getreide, Kartoffeln, Vieh und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen an die Produzenten absetzen werden.

Die staatlichen Werke haben sich zu dieser Maßnahme auf Wunsch der einschlägigen Staatsstellen entschlossen, um dem Bedürfnis nach einem wertbeständigen Zahlungsmittel für die gerade im jetzigen Zeitpunkt besonders dringliche Erfassung der Ernte zu entsprechen. Der Ausgabebetrag mußte so bemessen werden, daß am Einlösungstage die Deckung aus den Erträgnissen der Werke sichergestellt ist. Dadurch ist die Wertbeständigkeit der Goldquittungen gesichert.

Der ab 1. März 1924 zugelassene Umtausch in Walchensee-Goldanleihe ermöglicht zubem den jederzeitigen Erwerb eines erstklassigen wertbeständigen Anleihepapiers, dessen Wert der Besitzer nach der für die nächste Woche in Aussicht stehenden Einführung der Walchensee-Goldanleihe an der Börse jederzeit auf Grund der amtlichen Notierung feststellen kann.

Brotgetreide gegen Goldanleihe

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die ständige Geldentwertung hat sich als besonderes Hindernis für die Bewegung der Ernte erwiesen, da die Landwirtschaft nicht in der Lage ist, die ihr zufließenden Papiermarkbeträge alsbald gegen Waren, die sie zur Aufrechterhaltung der Produktion benötigt, einzutauschen. Infolgedessen hat die Landwirtschaft den Wunsch nach wertbeständigen Zahlungsmitteln immer dringender geäußert. Dieses Bestreben der Landwirtschaft, das in den Bestrebungen anderer Wirtschaftszweige eine Parallele findet, kann nicht als unberechtigt bezeichnet werden. Es darf allerdings auch nicht zum Zurückhalten der Ernte führen. Entgegen den Behauptungen, die in dieser Hinsicht in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden sind, muß festgestellt werden, daß zum mindesten in weiterem Umfange von einem solchen Zurückhalten auch nicht gesprochen werden kann. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat in Würdigung des landwirtschaftlichen Standpunktes Sorge dafür getragen, daß die Reichsgetreidestelle in die Lage versetzt wurde, Brotgetreide gegen Goldanleihestücke zu kaufen. Die Reichsgetreidestelle gibt beim Ankauf von Getreide Goldanleihestücke mit besonderen Begleitscheinen hin, die mit diesen Begleitscheinen von den Finanzkassen als vollwertige Steuerzahlungen angenommen werden. Ferner ist zwecks erleichterter Verwendung der Goldanleihe Vorkehrung getroffen, daß dem Stickstoff-Syndikat und den Thomasmehl- und Superphosphat-Erzeugern diejenigen Goldanleihestücke, welche sie für die zum landwirtschaftlichen Verbrauch verkauften Düngemittel in Zahlung nehmen, zum Nennwert, und zwar zum Mittelkurse für die Dollarauszahlung in Neuyork am Tage vor der Einlieferung der Stücke bei der Reichsbank abgenommen werden. Schließlich ist das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft jetzt noch dafür eingetreten, daß für landwirtschaftliche Organisationen, welche Kartoffeln in die durch die Lebensmittelnot besonders gefährdeten Gebiete einführen, Goldanleihe zur Bezahlung der eingeführten Kartoffeln zur Verfügung gestellt wird, und daß ferner dem Deutschen Städtetag Goldanleihestücke bereitgestellt werden, um damit Kartoffeln zur Versorgung besonders notleidender Städte zu kaufen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird seinen ganzen Einfluß auf die beschleunigte und ausreichende Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel legen, um die Belieferung der Verbrauchszentren mit Lebensmitteln seitens der Landwirtschaft nach Kräften zu beleben. Es geschieht ferner alles, um Vorkehrungen gegen die größte Not zu treffen, soweit es die vorhandenen Mittel zulassen. Weitere Mitteilungen über die Ernährungslage werden fortlaufend folgen.

Ende gut, alles gut

Das neue wertbeständige Geld hat den Blättern zufolge in Berlin gute Aufnahme gefunden. Von den Warenhäusern und großen Einzelhandelsgeschäften ist das Neugeld allgemein als vollgültiges Zahlungsmittel aufgenommen worden; auch in den Restaurants und Cafés wurden die neuen Scheine in Zahlung genommen.

Wirtschaftsrundschau

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über Postvorschüsse und Beiträge in die Unfallversicherung sowie einen Erlaß betreffend die Auflösung der Versorgungsämter Neustrelitz, Waren und Schwerin i. M.

Zum neuen Personentarif. Da der Personentarif mit 1. November auf Goldmarkbasis umgestellt wird, die Gehälter und Löhne aber noch nicht auf Goldmark aufgebaut sind, hat der Reichsverkehrsminister die Preise der Monats-, Schülermonats-, Wochen- und Kurzarbeiterwochenkarten vorübergehend um 50 Prozent ermäßigt. Gleichzeitig werden die Mindestpreise auf 4 Kilometer, und zwar auf 10 Pfg. in der 4. Klasse, 15 in der 3., 45 in der 2. und 90 Pfg. in der 1. Klasse herabgesetzt. Ferner wird ab 1. November als vorübergehende Maßnahme für die Kurzarbeiter, die nur einen Tag in der Woche arbeiten, die einfache, für Hin- und Rückfahrt gültige Karte 4. Klasse mit dem Stempel Rückfahrt ausgegeben gegen tarifmäßigen Ausweis, daß nur einen Wochentag gearbeitet wird. Über den Berliner und Hamburger Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird noch besondere Bestimmung getroffen.

Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 30. Oktober beträgt 15 Milliarden.

Verschärfung des Verfütterungsverbotes. Schon bisher war es verboten, Brotgetreide oder Mehl aus Brotgetreide zu verfüttern, oder zur Bereitung von Futtermitteln zu verwenden. Dieses Verbot ist durch eine Reichsverordnung vom 13. Oktober sehr verschärft worden. Neben den vorgesehenen Freiheits- oder Geldstrafen kann künftig das nachweisbar mit Brotgetreide verfütterte Vieh eingezogen werden. Der Einzug muß erfolgen, wenn das zur verbotswidrigen Verfütterung verwendete Brotgetreide nicht in dem Verfütterungsbetrieb selbst geerntet worden ist, also erst bei dem Erzeuger oder Händler erworben wurde. In diesem Falle ist eine Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat erwirkt.

Abermals Erhöhung des Notenausgaberechts der Privatnotenbanken. Nach einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers ist für die Geltungsdauer des § 1 des Gesetzes, betreffend die Metallreserven der Privatnotenbanken, der Betrag, über den hinaus ohne reichsgesetzliche Ermächtigung Noten nicht ausgegeben werden dürfen, mit Wirkung vom 24. Oktober auf folgende Beträge erhöht worden: Für die Bayerische Notenbank und die Sächsische Bank je 415 000 Milliarden, für die Württembergische Notenbank und die Badische Bank je 141 750 Milliarden.

Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Ausland. Vom 25. Oktober an ist der Höchstbetrag für persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Auslande auf 500 Goldmark (berechnet nach dem jeweiligen Goldumrechnungssatz) oder der Gegenwert des Betrages in ausländischer Währung festgesetzt.

Die Kohlenförderung an der Ruhr. Nach Feststellungen über den Umfang der Kohlenförderung im Ruhrbezirk nach Aufgabe des passiven Widerstandes, die sich auf etwa die Hälfte der Ruhrzechen erstrecken, betrug die Förderung in der ersten Oktoberhälfte arbeitstäglich etwa 30% der arbeitstäglichen Förderung in der gleichen Zeit des Dezember 1922.

Die M-Mark in Bayern. Die Mitglieder der Bayerischen Bankenvereinigung werden laut Bekanntmachung im Anzeigenteil mit Wirkung ab 1. November die sogenannte M-Mark (Million-Mark) buch- und korrespondenzmäßig einführen.

Holzwertanleihe der Vereinigten Wohltätigkeitsstiftungen der Stadt Memmingen. Die Stiftungen erhielten die Genehmigung, 5prozentige Schuldverschreibungen in Höhe des Wertes von 3000 Festmeter Fichtenlangholz 1. Klasse auszugeben.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Österreich. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen erfuhr von Ende September bis Mitte Oktober einen Rückgang von 79 956 auf 77 923.

Die hessische Staatsregierung gibt Staatsschatzanweisungen aus, die auf 4,20 Goldmark = 1 Dollar lauten und unverzinslich sind. Sie werden am 18. Oktober 1926 zu 120 Prozent des Nennwertes eingelöst unter Zugrundelegung der Berliner Durchschnittskurse für Auszahlung Neuyork im Monat September 1926.

Badische Goldschatzanweisungen. Für Baden werden Goldschatzanweisungen in Höhe von 1, 3, 5 und 10 Dollar ausgegeben. Die badische Staatsschuldenverwaltung löst diese Schuldscheine in Goldwährung mit 5 Prozent Zinsen ein. Für die Schuld haftet der Holzerlös Badens. Wahrscheinlich werden auch Goldpfennigscheine angefertigt werden.

Goldpfandbriefe der Preußischen Landespfandbriefanstalt. Ein unter Führung der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehendes Konsortium fordert zur Zeichnung von 5prozentigen reichsmündelsicheren Goldpfandbriefen der Preußischen Landespfandbriefanstalt auf. Die Anleihe lautet über 100 000 Gramm Feingold. Die Stückelung ist 1, 5, 10, 20 Gramm. Als Deckung für die Goldpfandbriefe dienen Goldhypotheken auf neue, der Zwangswirtschaft nicht unterworfene Wohnhäuser.

Preisbewegung

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit:
Nachdem der Schiedsspruch des Zentralschlichtungsamtes für das Deutsche Buchdruckgewerbe für verbindlich erklärt worden ist, ist die Schlüsselzahl ab 30. Oktober auf 800 Millionen festgesetzt worden.

Die Höchstpreise für Thomasmehl sind mit Wirkung vom 22. Oktober 1923 für das Kilogramm-Prozent zitronensäurelösliche (Gesamt-)Phosphorsäure auf 22½ (19) Goldpfennig Erzeugerpreis und 12 (10½) Goldpfennig Umlage festgesetzt worden; der Verbraucherpreis beträgt hiernach 34½ (29½) Goldpfennig. Dazu kommt ein Sackzuschlag für neue Jute- (haltbare Papier-)Säcke von 2½ (1¼) Goldpfennig.

Für Superphosphat und Rhenaniaphosphat sowie für Stickstoffdünger (Handelsdünger, der nach dem Stickstoffgehalt gehandelt wird) werden bis auf weiteres Höchstpreise nicht mehr festgesetzt. Rhenaniaphosphat ist nach Wahl des Werkes mit mindestens 14 Prozent Gesamtphosphorsäure, hiervon mindestens 75 Prozent zitronensäurelöslich, oder mit mindestens 12 Prozent zitronensäurelöslicher Phosphorsäure (Feinheitsgrad bei Gesamtphosphorsäure mindestens 90 Prozent auf dem Sieb A K 100) zu liefern.

Für Knochenmehl gelten folgende Richtpreise: für 1 Kilogramm-Prozent Gesamtphosphorsäure 40 Goldpfennig und für 1 Kilogramm-Prozent Reinstickstoff neun Zehntel des Reinstickstoffpreises im schwefelsauren Ammoniak.

Bei Mischdünger wird von der Festsetzung von Höchstpreisen für wasserlösliche Phosphorsäure und Stickstoff bis auf weiteres abgesehen. Dem jeweiligen Preis für das Kilogramm-Prozent Kali im 20prozentigen Kalidüngesalz ab Frachtausgangsstation dürfen 10½ Prozent zugeschlagen werden.

Warenmarkt

Berlin, 30. Okt. (Produktenbericht.) Im Anschluß an die gestrige nachmittägige Festigkeit entwickelte sich heute am Produktenmarkte eine kräftige Aufwärtsbewegung. Namentlich Roggen stieg erheblich wegen des andauernd großen Begehrs nach Roggenmehl. Im Zusammenhange hiermit standen vermehrte Käufe der Reichsgetreidestelle. Auf Weizen wirkte das Zurückbleiben hinter den Auslandspreisen und das geringe Inlandsangebot preissteigernd. — Auch die verhältnismäßig hohen ausländischen Dollarkurse und die zum 1. November bevorstehende Frachtensteigerung haben den Begehr angeregt. Besonders gilt es für Hafer. Gerste war bei ruhigem Geschäft fester. Für Weizenmehl zeigte sich wenig Interesse.

Berliner Metalle.
Berlin, den 30. Oktober 1923

Raffinadekupfer	18,5–19,5
Originalhüttenweichblei	13–14
Hüttenrohzink im freien Verkehr	15–16
Originalhüttenrohzink	— —
Plattenzink	10–10,5
Originalhüttenaluminium	46–47
Hüttenaluminium in Walzen	— —
Bankazinn	84–86
Straitszinn	84–86
Australzinn	84–86
Hüttenzinn	81–83
Reinnickel	50 52
Antimon	12–13
Silber	1800–1850
Elektrolytkupfer	

Die Ziffern gelten in Milliarden.

Berlin, 30. Okt. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen märkischer 158–159, schlesischer 162–163,5, Roggen märkischer 149–151, Sommergerste märk. 140–143, Hafer märk. 116 bis 117,5, schlesischer 115–116,5, Weizen- und Roggenmehl 23,25 bis 25,60, Weizen- und Roggenkleie 6–6,20, Raps 215–218, Leinsaat 329–350, Viktoriaerbsen 35–40, kleine Speiseerbsen 33–36, Rapskuchen 10–10,05, Trockenschnitzel 6, Torfmelasse 4,40–4,50. — Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 12–14, Haferstroh 11–13, gebündeltes Roggenlangstroh 10–11, Heu gutes 10–14, Heu handelsüblich 7–10.

Kurse

Berlin, 30. Okt. (Devisenbericht.) Bei ruhigem Geschäft blieb im Vormittagsverkehr der Kurs der Goldanleihe mit 65 Milliarden unverändert. Für Devisen machte sich vermehrte Nachfrage geltend. Doch wurde das Material von der Reichsbank zu den gestrigen Kursen gegeben, allerdings bei scharfer Repartierung. Es wurden durchgängig nur 10 Prozent der angeforderten Beträge zugeteilt. Die Tendenz war infolgedessen recht fest, Goldanleihe 65 Milliarden, Dollarschatzanweisungen 80 Milliarden.

Der Dollar

64 838 000 000 G — 65 162 000 000 B

Zürich, 30. Okt. (Devisenkurse; ohne Gewähr.) Holland 218,25, Berlin 4½ Cent., Wien 0,0078.80, Prag 16,47½, Paris 33,02½, London 25,20½, Italien 25,27½, Brüssel 28,40, Budapest 0,0305, Neuyork 561,25, Agram 6,60, Warschau 0,0003, Kopenhagen 97, Stockholm 148, Christiania 85,50, Madrid 75, Buenos Aires 179,50, Sofia 5,30.

Berlin, den 30. Oktober 1923. Devisen-Kurse.

	30. 10. Geld	30. 10. Brief	29. 10. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	25,137 r10%	25,263	25,137 r10%
Buen. Air. 1 Pes.	20,349 r10%	20,451	20,349 r25%
Christiania 1 Kr.	9,975 r10%	10,025	9,975 r25%
Kopenhagen 1 Kr.	11,172 r10%	11,228	11,172 r20%
Stockholm 1 Kr.	16,957 r10%	17,043	16,957 r10%
Helsingf. 1 f. M.	1,746	1,754	1,716 r10%
Italien 1 Lira	2,913 r10%	2,927	2,913 r10%
London 1 Pfd. St.	289,275 r10%	290,725	289,275 r12%
New-York 1 Dollar	64,838 r10%	65,162	64,838 r10%
Schweiz 1 Frcs.	11,571 r10%	11,629	11,571 r12½%
Spanien 1 Pes.	8,778 r10%	8,822	8,778 r20%
Japan 1 Yen	30,923	31 077	20,923
Rio 1 Milreis	5,786	5,814	5,985
Wien 1 Kr.	908,000 r25%	912,000	908,000 r25%
Prag 1 Kr.	1,895 r10%	1,905	1,895 r10%
Agram 1 Dinar	768 r25%	772	768 r10%
Budapest 1 Kr.	3,491	3,509	3,491
Sofia 1 Leva	608 r50%	612	608 r10%

Berlin, den 30. Oktober 1923. Noten.

	30. 10. Geld	30. 10. Brief	29. 10. vor. Geldk.
Amerikan. Noten	64,838 r5%	65,162	64,838 r20%
Englische	289,275 r5%	290,725	289,275 r25%
Italienische	2,913 r25%	2,927	2,913 r60%
Rumänische	309	311	304
Schweizer	11,571 r10%	11,629	11,571 r25%
Türkische	—	—	—
Tschechische	1,895 r75%	1,905	1,895
Kleine Tschechen	1,895 r75%	1,905	1,895
Österreich. abgest.	918,000 r40%	922,000	908,000
neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	31,688	33,312	33,000
Holländische	25,137 r10%	25,263	25,137 r10%
Ungarische	2,494	2,506	2,045

* Alle Devisen in Millionen Mark, mit Ausnahme von Wien und Budapest.

Inderzahlen

1 Goldmark am 29. Okt. = 15 476 190 476 P.-M.
Goldsteuers. 30. Okt. = 15 000 000 000
Lohnsteuer-Abz. 28. Okt. = 6000 Verhältn.-Zahl
Großhnd.-Inder 23. Okt. = 14 600 000 000
Lebenshalt.-Inder 22. Okt. = 3 045 000 000fach
Güterv.-Inder ab 29. Okt. = 12 000 000 000
Pers.-Vk.-Inder ab 29. Okt. = 6 000 000 000
Fernbriefv. ab 20. Okt. = 10 000 000
Buchhandelschlz. ab 27. Okt. = 16 000 000 000
Buchdruckgewerbeschlz. ab 30. Okt. = 800 000 000
Dollarmittelkurs 30. Okt. = 65 000 000 000

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Ragl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ebers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.